

Die Linke

Kreisverband
Münster

Die Linke

Wahlprogramm

Kommunalwahl 2025

Wahlprogramm der Partei die Linke zur Kommunalwahl 2025 in Münster

Verändern, was ungerecht ist.

Vorwort

Hey, ich bin Katja und wir als Linke in Münster wollen in diesem Wahlkampf vor allem eins: laut, solidarisch und gemeinsam mit euch für eine gerechte Stadt streiten.

Wir leben in Zeiten, in denen es gefährlicher wird, links und aktiv zu sein. Zeiten, in denen es notwendig ist, auf die Straße zu gehen, Haltung zu zeigen und denen etwas entgegenzusetzen, die mit rechter Hetze, Rassismus und Sozialabbau wieder salonfähig werden wollen. In solchen Zeiten braucht es eine starke, geeinte Linke – in den Bewegungen, auf der Straße und auch im Stadtrat.



Mit uns habt ihr die Möglichkeit, laut zu bleiben und gehört zu werden. Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen eine Stimme haben – nicht nur die mit Geld, Einfluss oder guten Kontakten. Politik darf sich nicht länger an Prestigeprojekten und Profiten orientieren, sondern an den Bedürfnissen derer, die oft übersehen werden.

In unserem Wahlprogramm findet ihr konkrete, solidarische Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Stadt:

Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum, für Kinder, die echte Chancen haben, für gute Bildung ohne Gebühren, für mehrsprachige Verwaltungen, für soziale Sicherheit und Teilhabe für alle. Und für eine klare Kante gegen Rassismus, Ausgrenzung und soziale Spaltung.

Wir wollen, dass Münster eine Stadt bleibt, in der wir alle wohnen können. In der alle Menschen einen Platz haben. In der sich alle sicher fühlen können.

Lasst uns gemeinsam laut sein: für eine Zukunft, in der Solidarität nicht verhandelbar ist.

Eure

Herausgeber:

Die Linke. Kreisverband Münster
Jonas Hakenes
Achtermannstraße 19
48143 Münster
www.die-linke-muenster.de

Was steckt drin?

1	Für ein Münster, das allen gerecht wird!	5
2	Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe	8
2.1	Armut und Reichtum in Münster	8
2.2	Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld, Sozialhilfe und Grundsicherung	8
2.3	Der „Münster-Pass“ – Das Sozialticket verteidigen und weiterentwickeln	9
2.4	Gesundheit und Pflege – Gesundheit ist keine Ware!	10
2.5	Pflegenotstand stoppen – Menschenwürde vor Profite!	11
2.6	Sozialberatung – Selbstbestimmt und solidarisch durch die Krise	12
2.7	Inklusion für Menschen mit Behinderung heißt Selbstbestimmung und Teilhabe	12
2.8	Senior*innen – Partizipation und Selbstbestimmung bis ins hohe Alter	15
3	Junge Menschen und Familien in der Stadt!	18
3.1	Kinderarmut beseitigen!	19
3.2	Fachkräftemangel in Kitas und OGS angehen!	20
3.3	Schulsozialarbeit an allen Schulen!	20
3.4	Innovative Schulformen als Chance, Bildungsgerechtigkeit und Armut entgegenen!	20
3.5	Fachkräftegewinnung auf die für Arbeit im kommunalen Sozialdienst!	21
3.6	Jugendzentren und Jugendarbeit absichern! Für einen „Platz der Jugend“	22
3.7	Demokratie funktioniert nur durch Mitbestimmung!	22
3.8	Präventions- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien sichern!	23
3.9	Sport in der Breite bedeutet Teilhabe und Gesundheit	24
4	Gutes Wohnen in einer Stadt für alle	27
4.1	Die Mieten müssen runter!	30
4.2	Konfrontations- statt Kooperationskurs mit den Profiteuren der Krise	31
4.3	Sozialwohnungen – das Mindeste!	34
4.4	Schluss mit Spekulation und Verwahrlosung: Für ein menschenwürdiges Wohnen	36
4.5	Wohn+Stadtbau stärken für gutes und günstiges Wohnen	38
4.6	Gemeinwohl statt Rendite: Genossenschaftliche und gemeinnützige Wohnprojekte fördern	41
4.7	Öffentlicher Raum für alle – mit Würde, Teilhabe und Menschlichkeit	42
5	Umwelt und Klima retten, statt grünen Kapitalismus predigen	48
5.1	Ökologischer Umbau und echte Energiewende	49
5.2	Produktion vor Ort: Kurze Wege, fairer Handel!	51
5.3	Landwirtschaft ökologisch nachhaltig gestalten	51

5.4	Tierrechte stärken- Keine Profite mit Tierausbeutung!	52
5.5	Für eine tierfreundliche und fortschrittliche Stadt: Veranstaltungen und Mobilität ohne Tierausbeutung!	53
5.6	Flächen gerecht und ökologisch nutzen	54
6	Selbstbestimmt, frei, bewegt – neue Mobilitätskonzepte durchsetzen	56
6.1	ÖPNV – Nahverkehr für alle, zuverlässig und fahrscheinfrei	57
6.2	Rad- und Fußverkehr in einer Stadt der kurzen Wege	59
6.3	Ja zur autofreien Innenstadt! Verkehrswende endlich richtig machen	59
6.4	Pendel- und Lieferverkehr verlagern und reduzieren	60
7	Sicherer Hafen Münster – Refugees welcome	63
7.1	Bleiberecht und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten	63
7.2	Integration: Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Münster	64
8	Für ein friedliches Münster gegen Militär, Krieg und Faschismus	67
8.1	Friedensstadt Münster?!	67
8.2	Kein Fußbreit dem Faschismus – für ein solidarisches Münster	68
9	Gute Arbeit, gute Löhne, solidarische Wirtschaft	71
10	Für eine feministische Stadt - Emanzipatorische Kämpfe verbinden!	74
11	Bildung und Kultur für eine lebenswerte Stadt	77
11.1	Gute Schulbildung unabhängig vom Geldbeutel	77
11.2	Studis aller Fächer vereinigt euch – für Hochschulen jenseits der Profitlogik	78
11.3	Bildung kennt kein Alter – Erwachsenenbildung stärken	79
11.4	Kulturelle Freiräume verteidigen, statt Leuchtturmprojekte fördern	79
12	Demokratie selbst machen	82
12.1	Echte Demokratie von unten – Im Parlament und auf der Straße	82
12.2	Bürgermedien – Die vierte Gewalt demokratisch und von unten	83
12.3	Digitalisierung sozial gerecht und demokratisch nutzen – Technologie nicht den Konzernen überlassen	84
12.4	Smart City – Die digitale Stadt von morgen darf niemanden zurücklassen	85
12.5	Religion und Staat trennen, religiöse Minderheiten schützen	86
12.6	Ehrenamtliches Engagement stärken, Ausbeutung verhindern	87
13	Demokratisch planen, gerecht finanzieren	89
13.1	Kommunale Finanzen stärken, statt Münster kaputt zu sparen	89
13.2	Ein neuer Stadtteil für Münster!? Wachstumsschmerz oder Aufbruch zu neuen Ufern?	90
13.3	Leben, Arbeiten und Wohnen in der Region – Das Münsterland	91
14	Jetzt Mitglied werden!	95

1 Für ein Münster, das allen gerecht wird!

Liebe Münsteraner*innen,
wir leben in einer Stadt, die mit ihrer in Deutschland einzigartigen Fahrradinfrastruktur, einem breiten Bildungsangebot und der Kombination aus traditionsreichen Wahrzeichen und modernem Stadtleben für sich wirbt. Münster stellt sich als eine Stadt dar, die für alle etwas zu bieten hat und in der alle Menschen gut leben können. Doch für viele Münsteraner*innen stellt sich zunehmend die Frage:

Wer kann sich ein Leben in Münster noch leisten?

Menschen, die in Münster arbeiten, studieren oder eine Ausbildung machen wollen, finden – wenn überhaupt – bestenfalls eine Wohnung am Stadtrand, mit Befristung oder zu kaum bezahlbaren Preisen. Immer mehr von uns müssen stattdessen pendeln oder lange Fahrten in Kauf nehmen, weil unser öffentlicher Nahverkehr schlecht ausgebaut und unzuverlässig ist, kann er diese Belastungen nicht auffangen. Öffentliche Begegnungsräume werden reihenweise geschlossen und für fast alles, das man in Münster unternehmen kann, muss man viel Geld zahlen. Münster entwickelt sich dadurch immer mehr zu einer Stadt der Reichen und entfernt sich von unserem Ziel einer solidarischen und lebenswerten Stadt für alle.

Das kann so nicht bleiben!

Wir kämpfen weiter für ein Münster, das wirklich allen offensteht und den Bedürfnissen derer gerecht wird, die hier leben. Das bedeutet, dass wir alle ein Zuhause haben, in dem wir gut leben können, dass kein Kind mehr arm ist und alle Münsteraner*innen wirklich an der Gesellschaft teilhaben können. In diesem Kommunalwahlprogramm möchten wir einen Weg dafür aufzeigen. Viele unserer Vorschläge könnten problemlos und kurzfristig Verbesserungen herbeiführen – sofern es die politischen Mehrheiten im Stadtrat dafür gäbe. Einige Probleme lassen sich jedoch nur auf Landes- oder Bundesebene lösen. Wo dies der Fall ist, machen wir das transparent, aber machen trotzdem nicht Halt davor, auch in diesen Punkten unsere Stimme zu erheben.

Genau da sehen wir als Partei unsere Rolle.

Im Stadtrat wollen wir Druck machen und laut sein für ein Münster, in dem niemand zurückgelassen wird und damit wirksam zum Klimaschutz beiträgt – nicht auf dem Rücken der Mehrheit der Münsteraner*innen, sondern auf dem derer, die am meisten zu seiner Zerstörung beitragen. Aber wir sind uns bewusst: Wir allein können weder im Stadtrat noch anderswo die grundlegenden Veränderungen herbeiführen, die es für eine wirklich gerechte Gesellschaft braucht. Daher geht unser Politikverständnis weiter:

Wir wollen gemeinsam mit euch gegen die kleinen und großen Ungerechtigkeiten im Alltag kämpfen – egal, ob es um eine gestrichene Buslinie oder eine überteuerte Heizkostenabrechnung geht. Wir stehen vor und nach der Wahl bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen. An der Seite all jener,

denen das Geld kaum zum Leben reicht und die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser Gesellschaft.

Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass diese Stadt nicht nur ein Ort für die Reichen, sondern für uns alle wird. Unsere Ideen für die kommenden Jahre findest du in diesem Wahlprogramm – erkämpfe sie mit uns:

Für ein Münster, das allen gerecht wird!

MENSCHENRECHTE
+ SOZIALE
GERECHTIGKEIT
= #UNTEILBAR!



2 Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

2.1 Armut und Reichtum in Münster

Münster bekam 2004 den Titel „Lebenswerteste Stadt der Welt“ verliehen. Doch Anspruch und Wirklichkeit gehen in Teilen weit auseinander. Menschen, die in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen, wachsende Wohnungslosigkeit und lange Schlangen vor den Einrichtungen der Tafeln gehören heute zum Stadtbild. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Münster immer weiter auseinander. Auch in der reichen Stadt Münster gilt jedes 5. Kind als arm oder ist von Armut bedroht. Die finanziellen Kürzungen auf Landesebene im sozialen Sektor bergen zusätzlich das Risiko, dass sich die Lage zukünftig weiter zuspitzt. Armut bedroht aber nicht nur die ökonomische Existenz, sondern bedeutet für die betroffenen Menschen den weitgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben eine Wunschvorstellung. Viele Familien haben schlichtweg kein Geld für grundlegende Lebensbedürfnisse wie Kleidung, gesunde Ernährung, Mobilität oder Freizeitangebote, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind. Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen sich ein kleiner Teil der Gesellschaft auf Kosten anderer mehr und mehr Reichtum aneignet. Diese Ungleichheit hat eine tiefere Ursache: Sie liegt in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Und deshalb kämpfen wir dafür, dasselbe zu überwinden.

2.2 Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld, Sozialhilfe und Grundsicherung

Mit der Agenda 2010, die nur von der Linken abgelehnt wurde, wurden in den letzten 15 Jahren schrittweise sachgrundlos befristete Arbeitsverträge, Werkverträge, Minijobs, eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und Billigjobs ermöglicht und das menschenunwürdige Bürgergeld-System geschaffen. Die Folgen machen sich insbesondere auch auf kommunaler Ebene bemerkbar. Bedauerlicherweise kann dieses unmenschliche System nur auf Bundesebene abgeschafft werden. Die Linke setzt sich daher auf Bundesebene für eine repressionsfreie Mindestsicherung und eine solidarische Mindestrente von 1400 Euro monatlich ein. Das Bürgergeld sowie die daran systematisch angepasste Grundsicherung sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt gehören sofort abgeschafft und durch diese sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt! Bis wir dies umsetzen können, wollen wir alle kommunalen Möglichkeiten nutzen, zum Beispiel durch niedrigschwellige Beratungsstellen, um Menschen zu unterstützen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Stopp aller repressiven Maßnahmen und Demütigungen im Jobcenter und im Sozialamt, soweit die Stadt Münster darauf Einfluss hat.
- ◆ Volle Kostenübernahme für Miete und Heizung (Kosten der Unterkunft) unter Berücksichtigung des Mietspiegels bis zur mittleren Wohnlage und Ausstattung.

- ◆ Die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen an die Mietentwicklung angepasst werden.
- ◆ Aussetzung von Zwangsumzügen.
- ◆ Bei drohenden Strom- und Gassperren sind die rückständigen Kosten sofort aus einem von der Stadt zu errichtenden Härtefallfonds zu übernehmen.
- ◆ Sämtliche öffentlichen Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern von Menschen in Bürgergeld- oder Sozialhilfebezug kostenlos zur Verfügung gestellt.
- ◆ Die Linke fordert eine sozial gerechte Weiterentwicklung der Förderprogramme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, wie sie bisher in §§ 16e und 16i SGB II geregelt waren. Voraussetzung ist, dass diese nicht sanktionsbewehrt sind und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden.
- ◆ Mehr Personal im Jobcenter, sowohl in der Leistungs-, als auch in der Vermittlungsarbeit, um eine schnellere Antragsbearbeitung zu gewährleisten; mehr Personal im Sozialamt.
- ◆ Persönliche telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen des Jobcenters und des Sozialamtes sicherstellen.

2.3 Der „Münster-Pass“ – Das Sozialticket verteidigen und weiterentwickeln

Die Einführung eines Sozialtickets war eine der sozialen Maßnahmen in Münster. Sie wurde auf Initiative der Linken und gegen den Widerstand von CDU und FDP im Stadtrat erstritten. Seither stellt Münster allen Bezieher*innen von Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen den „Münster-Pass“ zur Verfügung. Dadurch können viele Menschen in Münster stärker am öffentlichen Leben teilhaben und von den Kultur-, Bildungs-, Mobilitäts- und Freizeitangeboten der städtischen Einrichtungen profitieren. Solche Formen der Teilhabe sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich und dienen der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und gesellschaftlicher Spaltung. Die Linke wird daher alle Versuche bekämpfen, den Münster-Pass erneut abzuschaffen – wie es die CDU bereits 2001 getan hatte. Die Wiedereinführung wurde 2010 auf Druck der Linken durchgesetzt. Außerdem wollen wir prüfen lassen, inwiefern der Berechtigungskreis erweitert werden kann. Wir sind der Meinung, dass grundsätzlich alle Menschen, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, berechtigt sein sollten, die entsprechenden Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen. Zu prüfen ist, wie dieser Personenkreis ohne übermäßigen verwaltungstechnischen Mehraufwand ermittelt werden kann.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Der Münster-Pass sollte allen Menschen zur Verfügung gestellt werden, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt. Es ist zu prüfen, wie das umgesetzt werden kann.

- ◆ Inhaber*innen des Münster-Passes sollten Anspruch auf ein kostenfreies Girokonto bei der Sparkasse Münsterland Ost haben.
- ◆ Es ist zu prüfen, ob Inhaber*innen über die Stadtwerke ein vergünstigter Internetzugang bereitgestellt werden kann.
- ◆ Alle Inhaber*innen des Münster-Passes sollen die Stadtbüchereien und Schwimmbäder kostenlos nutzen können. Auch Musikschul-Kurse für Kinder und Jugendliche, Theaterbesuche sowie der Eintritt in den Zoo sollen für sie kostenfrei sein.

2.4 Gesundheit und Pflege – Gesundheit ist keine Ware!

Eine zentrale Aufgabe der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge ist die Gesundheitsversorgung. Krankenhäuser sowie die Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche Hand und sollten nicht dazu dienen, einige wenige Menschen - auf Kosten der Ärmere - noch reicher zu machen. Gesundheit ist ein Menschenrecht. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) müssen Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege flächendeckend, wohnortnah und in ausreichendem Maße allen Menschen zur Verfügung stehen – unabhängig von ihrer finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation. Davon sind wir weit entfernt. Überfüllte Arztpraxen und monatelanges Warten auf Facharzttermine sind Tagesordnung. Viele Medikamente, Zahnbehandlungen und Brillen kosten deutlich zu viel. Hinzu kommt: Immer mehr Menschen verarmen. Und Armut macht krank. In den letzten Jahren haben fast alle Gesundheitsreformen zur Öffnung des Gesundheitswesens für Markt und Wettbewerb geführt. Flächendeckend schließen kleine kommunale Krankenhäuser und Gesundheitszentren. Stattdessen dominieren wenige große Kliniken. Sie gehören häufig privaten Konzernen und sollen vorrangig Profite für Investoren erwirtschaften. Die Linke setzt sich dafür ein, dass auf kommunaler Ebene ausreichend öffentliche Krankenhäuser, Gesundheitszentren, Pflegeeinrichtungen sowie Wohn- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen bereitgestellt werden. Münster muss dafür sorgen, dass in allen Stadtteilen ausreichend medizinisches Fachpersonal – etwa Fachärzt*innen, Psychiater*innen und Psycholog*innen – zur Verfügung steht, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Uns ist bewusst: Viele zentrale Grundsatz- und Rahmenentscheidungen im Gesundheitsbereich werden auf Landes- bzw. Bundesebene getroffen, weshalb Münster als Kommune nur bedingten Einfluss darauf hat. Aber genau deshalb setzen wir uns bis zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen auf Landes- bzw. Bundesebene dafür ein, alle kommunalen Handlungsspielräume – etwa durch kommunale Gesundheitszentren oder mobile medizinische Dienste – für eine bessere Gesundheitsversorgung auszuschöpfen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Mindestens einen öffentlich finanzierten mobilen Arzt-Bus für Wohnungslose und Menschen ohne Krankenversicherung.
- ◆ Die Stadt Münster soll prüfen, in welchen Bereichen und Stadtgebieten der Mangel an Ärzt*innen und Psycholog*innen besonders eklatant ist.

- ◆ Sie soll sich außerdem für die Eröffnung entsprechender neuer Praxen einsetzen.
- ◆ Die Stadt Münster soll sich dafür einsetzen, dass mehr bezahlbare Wohnungen und Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen und Menschen in sozialen Schwierigkeiten zur Verfügung stehen.
- ◆ eine finanzielle und personelle Aufstockung von Indro e. V.
- ◆ Kostenlose Kursangebote zu Erster Hilfe, gesunder Lebensführung und Ernährung. Diese richten sich insbesondere an junge Menschen und sollen an Schulen beworben werden.
- ◆ Ausweitung des betrieblichen AWM-Gesundheitsvorsorge-Programms auf alle städtischen Beschäftigten.
- ◆ Bereitstellung öffentlicher Sportgeräte.

2.5 Pflegenotstand stoppen – Menschenwürde vor Profite!

Die Pflege von Menschen mit Behinderung, Menschen im hohen Alter oder Menschen mit einer Erkrankung ist eine körperlich und psychisch anstrengende und anspruchsvolle Arbeit, die weder angemessen anerkannt noch vergütet wird. Pflegekräfte leiden unter immensem Zeitdruck und Stress, der nicht nur zu Lasten ihrer Gesundheit geht, sondern auch zu Lasten der Patient*innen und Pflegebedürftigen. Die Arbeitsbedingungen führen dazu, dass viele engagierte Fachkräfte den Beruf nach einigen Jahren aufgeben – nicht aus mangelnder Motivation, sondern weil die Belastung dauerhaft zu hoch ist.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum für Menschen mit Behinderung, Menschen im hohen Alter oder Menschen mit einer Erkrankung - durch Wohn- und Stadtbau.
- ◆ Einrichtung kommunaler Pflegedienste; Einrichtung kommunaler psychiatrischer Pflegedienste.
- ◆ Bau von kommunalen Pflegeeinrichtungen; insbesondere werden mehr Kurzzeitpflegeplätze benötigt.
- ◆ Um die Gefahr durch multiresistente Keime wirksam einzudämmen, braucht es eine qualifizierte infektionshygienische Überwachung medizinischer Einrichtungen – darunter Krankenhäuser, ambulante OP-Zentren, Arztpraxen sowie Pflege- und Reha Einrichtungen – durch die Gesundheitsämter. Gleichzeitig ist mehr Personal in der Pflege und im Reinigungsdienst notwendig, um Krankenhausinfektionen effektiv vorzubeugen.
- ◆ die Auslagerung von Arbeitsplätzen, z.B. bei Hygienepersonal, lehnen wir ab.
- ◆ Ein runder Tisch soll eingerichtet werden, um gemeinsam mit Einrichtungen, dem Medizinischen Dienst Münster (MDK) und Betroffenen den tatsächlichen Bedarf sowie bestehende Lücken in der Versorgung – insbesondere in den Außenbereichen der Stadt – sichtbar zu machen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

- ◆ Pflegekräfte verdienen mehr: eine faire Bezahlung, echte Mitbestimmung und sofortiges Handeln bei Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen – statt Wegschauen und Stillstand.

2.6 Sozialberatung – Selbstbestimmt und solidarisch durch die Krise

Auch in Münster sind viele Menschen von der unsozialen Politik der bisherigen Regierungsparteien in Berlin und Düsseldorf betroffen. Anträge auf Grundsicherung und Sozialhilfe sind unverständlich, die dahinterstehenden gesetzlichen Regelungen kompliziert und undurchsichtig. Leistungsbescheide sind (nicht zuletzt durch die Arbeitsüberlastung vieler Mitarbeiter*innen der Jobcenter und Sozialämter) oft falsch. Um Betroffene so weit wie möglich zu unterstützen, brauchen sie fach- und sachkundige Unterstützung und entsprechende Beratung und Rechtshilfe. Angestellte der jeweiligen Behörden müssen genug Zeit dafür haben, die Anträge gemeinsam mit den Antragssteller*innen auszufüllen. Wir fordern, dass die Finanzierung von Schulden- und Insolvenzberatung neu geregelt wird. Die derzeitige Trennung beider Bereiche muss aufgehoben werden, um eine ganzheitliche Beratung zu ermöglichen. Zudem setzen wir uns für eine verlässliche Festbetragsfinanzierung ein, anstelle des aktuellen Systems mit Fallpauschalen, das Beratungsstellen unter unnötigen Druck setzt und ihre Arbeit erschwert.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Wir setzen uns ein für eine personelle und finanzielle Stärkung der unabhängigen Sozialberatungsstellen. Diese wichtigen Anlaufstellen müssen auch in den äußeren Stadtteilen präsent sein, um soziale Teilhabe für alle zu gewährleisten.
- ◆ Die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten in den Schuldnerberatungsstellen der Verbraucherzentrale und der Stadt Münster muss auf jeweils vier Stellen erhöht werden, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden und nachhaltige Hilfe zu ermöglichen.
- ◆ Die kommunale Ombudsstelle für das Jobcenter soll personell aufgestockt und in ihrer Zuständigkeit auf das Sozialamt ausgeweitet werden, um Ratsuchenden niedrigschwellige, unabhängige Unterstützung zu garantieren.
- ◆ Für Münster soll eine umfassende Informationsbroschüre erstellt werden, die Hinweise, Kontaktstellen und Unterstützungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen (z.B. Armut, Krankheit oder Wohnungslosigkeit) bündelt. Sie soll jährlich aktualisiert und an alle Haushalte verteilt werden.

2.7 Inklusion für Menschen mit Behinderung heißt Selbstbestimmung und Teilhabe

Seit über 15 Jahren gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen

festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, dass alle Menschen mit Behinderungen die gleichen Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können – und dass ihre Würde geachtet, geschützt und gestärkt wird. Münster hat sich in den letzten Jahren durch zahlreiche Maßnahmen um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen bemüht. Doch diese Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus. Der Anteil der Beschäftigten mit Schwerbehinderung in der Stadtverwaltung Münsters erfüllte mit 6,27% für das Jahr 2023 zwar die gesetzlich vorgeschriebene Mindestgrenze von 5%, bleibt jedoch hinter dem Durchschnitt der Mitgliedskommunen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe zurück. Dort lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2022 bei 7,78% – mit steigender Tendenz. Bei den Gesellschaften der Stadt und den Institutionen, an denen die Stadt beteiligt ist, sieht es noch schlechter aus. So lag beispielsweise der Anteil schwerbehinderter Menschen bei der Sparkasse Münsterland Ost im Jahr 2018 bei lediglich 3,6%. Aktuelle Zahlen sind öffentlich nicht zugänglich. Die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber sollte hier Vorreiter sein. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist. Teilhabe und gleichberechtigte Gestaltung an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht. Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1. Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung. Die Teilhabe, die wir wollen, ist barrierefrei, inklusiv, gleichberechtigt und selbstbestimmt! Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen, und ermöglicht ihnen Teilhabe. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senior*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen, wie z. B. ihre Rente beantragen. Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Die Linke fordert, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich konsequent auf der Ebene unserer Kommune umgesetzt wird. Es gilt, die Barrieren in baulichen, kommunikativen, rechtlichen, administrativen und sozialen Bereichen zu überwinden. Wo der politische Wille fehlt, braucht es umso mehr Einsatz für ein Umdenken – wir kämpfen dafür, dass Barrieren auch in den Köpfen abgebaut werden!

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Unterstützung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der kommunalen Gesellschaft – einschließlich der Familien – das Verständnis für Menschen mit Behinderungen zu stärken und die Achtung ihrer Rechte sowie ihrer Würde zu fördern.
- ◆ Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen, einschließlich barrierefreier Wahllokale, Wahlverfahren, Wahlmaterialien und Wahleinrichtungen.
- ◆ Systematische Überprüfung öffentlicher Gebäude auf Barrierefreiheit unter aktiver Beteiligung von Selbstvertretungs- und Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen – insbesondere bei öffentlichen Bildungseinrichtungen, die für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit von besonderer Bedeutung sind.
- ◆ Neubau und Sanierung kommunaler Gebäude müssen ausnahmslos barrierefrei erfolgen. Dazu gehört auch die Ausstattung aller öffentlichen Gebäude mit stationären oder mobilen Höranlagen.
- ◆ Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im gesamten öffentlichen Raum.
- ◆ Ausstattung des ÖPNV und aller Haltestellen mit akustischer Ansage sowie Hochbordsteinen für barrierefreien Einstieg bis spätestens 2027; Umbau aller Haltestellenbuchten zu Haltestellenkaps (Ausnahme: Bushaltestellen am Hauptbahnhof und an Endhaltestellen).
- ◆ Förderung von Inklusion in KiTas und Schulen durch ausreichende personelle und sachliche Ausstattung.
- ◆ Barrierefreier Ausbau und Erhalt der Stadtbibliotheken, inklusive einer bedarfsgerechten Ausstattung mit barrierefreien Medien, z. B. Büchern in Großdruck, Hörbüchern, Literatur in Leichter oder Einfacher Sprache sowie Brailleschrift.
- ◆ Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen gewährleisten – räumlich, kommunikativ und digital.
- ◆ Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung.
- ◆ Verbindliche Beschäftigungsziele für Menschen mit Schwerbehinderung bei städtischen Gesellschaften und Institutionen mit städtischer Beteiligung (z. B. Sparkasse Münsterland Ost).
- ◆ Ausbau von Inklusionsabteilungen in der Stadtverwaltung und in kommunalen Betrieben.
- ◆ Gezielte Ausbildungsförderung für Menschen mit Behinderungen, unter anderem durch spezielle Werbekampagnen und Schulbesuche, um den Einstieg in die Stadtverwaltung als Ausbildungsort zu stärken.
- ◆ Vergabe städtischer Aufträge an anerkannte Inklusionsbetriebe – als klares kommunales Bekenntnis zu einem inklusiven Arbeitsmarkt.
- ◆ Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch das Jobcenter Münster, inklusive gezielter Vermittlungs- und Unterstützungsangebote.
- ◆ „Daheim statt im Heim“: Diese Forderung ist umgesetzt durch gezielte Förderung des barrierefreien sozialen Wohnungsbaus sowie durch Um-

und Neubauten durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft Wohn- und Stadtbau.

- ◆ Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, um Schutz, Qualität und Rechte in Einrichtungen besser gewährleisten zu können.
- ◆ Schaffung einer barrierefreien und transparenten Verwaltung – von der Webseite über Formulare bis hin zu allen öffentlich zugänglichen Gebäuden.
- ◆ Alle Schriftstücke der Verwaltung müssen auch in Leichter und Einfacher Sprache sowie als barrierefreie Audiodateien bereitgestellt werden, damit alle Bürger*innen ihre Rechte eigenständig wahrnehmen können.

2.8 Senior*innen – Partizipation und Selbstbestimmung bis ins hohe Alter

Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede fünfte Rente liegt nach mindestens 45 Versicherungsjahren in Deutschland bei weniger als 1200 Euro, besonders betroffen sind Frauen. Deutschland ist unter den entwickelten Industriestaaten Schlusslicht bei der Alterssicherung Geringverdiener*innen. Im Allgemeinen liegt der Anteil der Rentenausgaben am BIP in Deutschland aktuell bei 12,2%, europäischer Durchschnitt ist hingegen 12,9%. Daher fordern wir auf Bundesebene seit langem eine armutsfeste Mindestrente. Bis wir diese durchsetzen können, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um Senior*innen ein gutes Leben zu ermöglichen. Armut führt auch bei Senior*innen zu einer geringeren Lebenserwartung – Armut macht krank. Aufgrund des medizinischen Fortschritts werden wir immer älter. Nun kommt es darauf an, auch die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir auch im Alter an gesellschaftlichen Aktivitäten, an Kultur, Bildung und Sport teilnehmen können und dies auf allen Ebenen: Wir brauchen alters- und behindertengerechten Wohnraum, ein angepasstes Wohnumfeld und Stadtviertel, die die Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Das gelingt vor allem dann, wenn die Betroffenen für sich selbst sprechen und ihr Umfeld selbst gestalten und aktiv an Politik und Gesellschaft teilnehmen können.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Alters- und behindertengerechte Verkehrsplanung mit dem Ziel einer Stadt der kurzen Wege: Lebensmittelmärkte, Gesundheitseinrichtungen sowie Kultur-, Sozial- und Freizeitangebote sollen fußläufig erreichbar und barrierefrei zugänglich sein.
- ◆ Schaffung von mehr alters- und behindertengerechtem Wohnraum sowie gezielte Förderung von Wohnprojekten, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern – insbesondere auch für Menschen mit niedrigen Renten oder im Grundsicherungsbezug.
- ◆ Ortsnahe, flächendeckende und bedarfsgerechte Betreuung und Pflege im Alter, mit dem Ziel, ein würdevolles Leben in einer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.
- ◆ Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen müssen barrierefrei gestaltet sein und spezielle Angebote für ältere Menschen vorhalten.

- ◆ Barrierefreiheit auf allen Gehwegen und an allen Querungen durch abgesenkte Bordsteine, rutschfeste Beläge und ausreichend Sitzgelegenheiten.
- ◆ Barrierefreier Zugang zu allen Bus- und Bahnhaltepunkten – durch Hochbordsteine, taktile Leitsysteme, akustische Durchsagen und stufenlose Einstiege.
- ◆ Ausbau und Förderung von Sozial- und Verbraucherberatungsstellen, die bei eingeschränkter Mobilität auch Hausbesuche ermöglichen.
- ◆ Hausärztinnen und Hausärzte sollen in Kooperation mit der Ärztekammer dazu angehalten werden, flächendeckend Hausbesuche bei Menschen mit eingeschränkter Mobilität anzubieten.



3 Junge Menschen und Familien in der Stadt!

Wir wenden uns in diesem Kapitel an alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt und an alle Lebensgemeinschaften, in denen Menschen füreinander Fürsorge und soziale und erzieherische Verantwortung übernehmen – unabhängig von einem Trauschein, der sexuellen Orientierung, ob als „klassische“ Familie, ob als Ein-Eltern-Familien oder als Pflege- oder Patchworkfamilie.

Wir wollen in der nächsten Ratsperiode mit Euch und Ihnen ins Gespräch kommen, wir wollen Beteiligung und Mitsprache fördern und unterstützen. Wir möchten Euch und Sie einladen, mitzudenken und mitzudiskutieren!

Grundsätzlich gilt: Kinder und Jugendliche und ihre erwachsenen Bezugspersonen brauchen gesellschaftliche Unterstützung, Schutz und Förderung. Junge Menschen brauchen einen sicheren Rahmen und Freiheit und Zutrauen, um sich gut zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln zu können. Familien brauchen ein gutes Zusammenspiel zwischen Sorgeaufgaben und Arbeit. Wir kümmern uns um alle Familien! Und wir haben etwas gegen Armut!

Das größte Entwicklungshemmnis für Kinder ist das Aufwachsen in Armut. Dies ist auch in Münster für über 20 % der Kinder und Jugendlichen Alltag. In einigen Stadtteilen ist ihr Anteil ein Vielfaches größer! Wir nennen dies einen Skandal!

Armut bedeutet für die Kinder und Jugendlichen konkret häufiger nicht gesund zu sein, mit Hunger den Schultag beginnen zu müssen, häufiger nicht so gut lernen zu können als andere gleichaltrige Kinder, häufig mit großen Problemen ihrer Eltern konfrontiert zu sein, längst nicht so gut am alltäglichen Leben (im Sportverein, in der Freizeitgestaltung) teilhaben zu können.

Armut bedeutet oftmals Scham, vor dem als Arm angesehen werden, vor dem herabgesetzt werden, vor dem Ankratzen der Würde. Für uns Linke steht die Achtung vor allen Menschen, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Beteiligung, auf Schutz vor Stigmatisierung und Ausgrenzung absolut im Vordergrund!

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke setzt sich auf Landes- und Bundesebene und konkret in Münster für eine Überwindung der Kinderarmut ein!
- ◆ Wir streiten für gute Bildungschancen von der Kita bis zur Uni! Das Land NRW muss endlich die Finanzierung der Kindertagesstätten deutlich nachbessern. Prioritäten müssen auch im Land NRW auf die Interessen von jungen Menschen verschoben werden!
- ◆ Die Linke setzt sich für gute Freizeit- und Sportangebote für alle Kinder und Jugendlichen ein! Und dies unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern! Eltern und ihre Kinder brauchen ein gutes Angebot an Schwimmkursen, von Sportmöglichkeiten in allen Stadtteilen.
- ◆ Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz vor Gewalt und Ausgrenzung und Diskriminierung! Die Linke setzt sich für schützende, wertschätzende Lebensbedingungen und sichere Orte für Kinder ein! Nur Kinder, die gesehen werden, die gemocht werden, Raum für Entfaltung haben, werden sich gut und gesund entwickeln können!

3.1 Kinderarmut beseitigen!

Die Linke setzt sich konsequent für die Bekämpfung von Armut und die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Münster ein. Wir fordern die Wiedereinführung des Armutspräventionsfonds: In der letzten Ratsperiode wurde der Innovationsfonds zur Armutsbekämpfung gegen die Stimmen der Linken von der damaligen Ratsmehrheit unter CDU und FDP umgewidmet. Wir wollen den mit 60.000 Euro ausgestatteten Fördertopf reaktivieren – mit klarer sozialer Zielrichtung. Mit wissenschaftlicher Unterstützung und fachlicher Beratung soll der Fonds künftig gezielt selbstorganisierte Stadtteilinitiativen, die Gemeinwesenarbeit und die Selbsthilfe von Eltern und jungen Familien fördern. Modelle wie ein Stadtteilbudget liegen auf dem Tisch – wir wollen sie umsetzen. Zudem gilt für uns: Für alle Kinder und ihre Familien muss es in Münster einen Kitaplatz geben – und zwar in allen Stadtteilen und Bezirken. Besonders in Gremmendorf und Coerde fehlen zahlreiche Plätze. Deshalb fordern wir einen priorisierten Kitausbau in genau diesen Stadtteilen. Bereits in der vergangenen Ratsperiode hat die Linksfraktion hierzu konkrete Anträge eingebracht – und wir bleiben dran, beharrlich und solidarisch an der Seite der Familien. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Erhalt und die Absicherung der Frühen Hilfen. Das Netz der stadtteilorientierten Angebote für junge Familien, Spielgruppen und Sure-Start-Gruppen muss stabil bleiben und weiter ausgebaut werden. Familienhebammen und Kulturvermittler*innen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu einem funktionierenden und solidarischen Gemeinwesen. Kinder sollen satt und gesund lernen und aufwachsen können – deshalb fordern wir ein gesundes, vegetarisches und vor allem kostenfreies Mittagessen in Kita und Schule. In einigen Stadtteilen und Schulen soll außerdem ein gesundes Frühstück zum Schulstart dazugehören. Denn mit Hunger kann niemand lernen oder spielen. Bewegung und Sport sind zentrale Bestandteile für eine gesunde Entwicklung. Die Linke wird sich auch künftig im Rat dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche in Münster Zugang zu ausreichend Bewegungs- und Sportangeboten haben – wohnortnah, inklusiv und kostenfrei.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Wiedereinführung des Armutsprävention-Fonds mit 60.000 Euro für selbstorganisierte Projekte in Stadtteilen.
- ◆ Kitaplatz-Garantie für alle Kinder in allen Stadtteilen – mit Priorität für Gremmendorf und Coerde.
- ◆ Absicherung und Ausbau der Frühen Hilfen, Spielgruppen und Familienangebote
- ◆ Kostenfreies, gesundes und vegetarisches Essen in Kita und Schule; zusätzlich Frühstücksangebote.
- ◆ Ausbau wohnortnaher und inklusiver Bewegungs- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche.

3.2 Fachkräftemangel in Kitas und OGS angehen!

In ganz Münster fehlen Erzieher*innen und weitere Fachkräfte in Kitas und OGS. Als Beispiel möchten wir den Stadtteil Coerde benennen: Im Jahr 2024 sind in Coerde fast 150 Kitaplätze aufgrund von fehlendem Personal nicht besetzt.

Die Linke in Münster wird sich für einen stadtweiten Ausbau der Kitaplätze einsetzen. Um das erforderliche Personal zu finden und zu halten, braucht es eine gemeinsame, priorisierte Kraftanstrengung der Politik, der den finanziellen Rahmen bereitstellt, der Stadt Münster und der Kita-Träger.

Wir priorisieren in diesem Bereich den Stadtteil Coerde, der sowohl von einer hohen Kinderarmut betroffen ist als auch besonders unter dem Kitaplatzmangel und dem Mangel an Fachkräften leidet.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Konkret fordern wir eine Cash Prämie von 1000 Euro für jede neu besetzte Fachkraftstelle in einer Kita in Coerde.
- ◆ Schaffung von Wohnraum für neue Fachkräfte: Der Zusammenhang von Fachkräftemangel und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist offensichtlich. Um die Stadt Münster geht es sehr konkret und sehr entschieden mit der Bima in Verhandlungen um die leerstehenden Reihenhäuser im Markweg für Wohnraum für Fachkräfte zu nutzen.
- ◆ Die Linke in Münster wird auch zu den Haushaltsberatungen 2026 einen dafür auskömmlichen Sondertopf zur Fachkräftegewinnung beantragen.

3.3 Schulsozialarbeit an allen Schulen!

Schulsozialarbeit ist an den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen inklusive der Berufskollegs, der Berufsschulen und der Förderschulen ein wichtiger Bestandteil der Begleitung und Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern. Schulsozialarbeit ist zudem ein wichtiger Bestandteil von Armutsbekämpfung und Prävention.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Wir werden uns konkret für ein abgesichertes Angebot von Schulsozialarbeit an allen Schulen in Münster einsetzen.
- ◆ Neben einer Basisversorgung von mindestens einer halben Vollzeitstelle pro Schule müssen die darüberhinausgehenden großen Bedarfe der Schülerinnen und Schüler an vielen Schulen mit einem darüberhinausgehenden Angebot begegnet werden. Hierzu müssen die Stellen in der Schulsozialarbeit stadtweit erweitert werden!

3.4 Innovative Schulformen als Chance, Bildungsgerechtigkeit und Armut entgegen!

Wir setzen uns für die Förderung innovativer Schulformen ein – wie sie etwa die Primus-Schule in Berg Fidel erfolgreich vorlebt. Dort gelingt es, ein vielfältiges

und wohnortnahes Bildungsangebot zu schaffen, das Kinder im Stadtteil stärkt und bestehende Ungleichheiten abbaut.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene Schulentwicklung sind die vom Land NRW geförderten Familien-Grundschulen. Sie verbinden die gezielte Förderung der Kinder mit konkreten Unterstützungsangeboten für Eltern – direkt vor Ort. Um Schulen noch stärker zu Orten zu machen, die Bildungsungleichheiten abbauen und Familien umfassend begleiten, braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt Münster, fachlicher und wissenschaftlicher Begleitung sowie den Kindern und Eltern selbst.

Das fordert Die Linke in Münster:

- ◆ Förderung und Ausbau innovativer Schulformen, wie der Primus-Schule in Berg Fidel, die wohnortnahe Bildung, längeres gemeinsames Lernen und soziale Integration ermöglicht.
- ◆ Einführung und Stärkung von Familien-Grundschulen in allen Stadtteilen – mit verbindlicher Förderung durch Stadt, Land und Träger.
- ◆ Verbindliche strukturelle Verankerung von Elternarbeit an Schulen, z. B. durch Elterncafés, Familien Beratungsangebote und Lots*innenprojekte vor Ort.
- ◆ Ausbau multiprofessioneller Teams an Grundschulen, um Bildung, Sozialarbeit und Familienbegleitung ganzheitlich zu denken.
- ◆ Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur Weiterentwicklung sozial gerechter Schulformen, finanziert aus kommunalen Bildungsfonds.
- ◆ Stärkere Beteiligung von Eltern, Kindern und pädagogischen Fachkräften an der Gestaltung ihrer Schulen – auf Augenhöhe und mit konkretem Einfluss.
- ◆ Kommunale Verantwortung für Bildungsgerechtigkeit ernst nehmen: Die Stadt muss nicht nur Gebäude stellen, sondern aktiv Bildungsräume gestalten – mit Fokus auf benachteiligte Stadtteile.

3.5 Fachkräftegewinnung auf die für Arbeit im kommunalen Sozialdienst!

Deutlich weniger im öffentlichen Fokus, aber dennoch genauso herausfordernd, ist die hohe Fachkräftefluktuation im Arbeitsfeld der kommunalen Sozialdienste und die oftmals sehr belastende und herausfordernde Arbeit. Wir wissen auch hier, wie wichtig es ist, kontinuierlich mit Familien und jungen Menschen im Stadtteil zu arbeiten und die sozialräumlichen Strukturen und die weiteren Akteure zu kennen. Dieses verdient unsere und die gesellschaftliche Wertschätzung!

Das fordert Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke fordert eine weitere sozialräumliche Verortung des KSD. Die Bezirksstelle Hilstrup muss personell und organisatorisch gestärkt und im Jahr 2026 wieder in den

- ◆ In Anlehnung an unseren Vorschlag zur Fachkräftegewinnung in Kitas möchten wir auch für die Aufnahme einer Tätigkeit einer neuen Fachkraft im Kommunalen Sozialdienst eine Cash Prämie einführen. Jede neue mitarbeitende Person erhält nach einem Jahr Beschäftigungsdauer im KSD eine Prämie von 1000 Euro und nach einem weiteren Jahr weitere 1000 Euro. Diese Regelung gilt stadtweit!

3.6 Jugendzentren und Jugendarbeit absichern! Für einen „Platz der Jugend“

Das „Paul-Gerhard-Haus“ (PG) war ein sehr zentraler und anerkannter und etablierter Ort für Generationen von Kindern und Jugendlichen. Das PG, in seiner ursprünglichen Form, fiel ökonomischen Interessen zum Opfer und ist derzeit in einer kleinen Interimslösung im Gleis 22 untergebracht.

Auch die unterschiedlichen Stadtteilhäuser für junge Menschen stellen einen unverzichtbaren Raum für die Kinder und Jugendlichen dar und sind immer am Rande ihrer Möglichkeiten. Das Personal reicht häufig nicht für die Bedarfe aus, die Räumlichkeiten sind renovierungsbedürftig. Wir wollen zusammen mit den Kindern- und Jugendlichen und ihren demokratischen Vertretungen (Jugendrat) einen zentralen Platz in Münster für Kinder und Jugendliche schaffen: einen „Platz der Jugend“. Auf dem gespielt werden kann, es einen Basketballplatz gibt, vielleicht ein Platz für Rollschuhe und Skateboards, Sitzecken zum Chillen und einen überdachten Bereich. Alles Konsum und Kommerz frei.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke wird sich für einen Ausbau der Angebotsstrukturen und der Absicherung der Personal- und Sachkosten der Jugendzentren einsetzen.
- ◆ Absicherung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit. Sie stellt einen unverzichtbaren Teil der Unterstützungsstrukturen für junge Menschen in der Stadt und im Gemeinwesen der Stadtteile dar!
- ◆ Kinder und Jugendliche dürfen laut sein, sie brauchen Freiräume, einen geschützten Raum. Wir wollen diesen Raum ermöglichen, am besten mitten in der Stadt, zum Beispiel am Hörsterplatz.
- ◆ Münster braucht ein starkes Jugendzentrum mitten in der Stadt. Ein Ort für Treffen, Angebote, Selbstorganisation und Freizeitgestaltung. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die Forderungen des Jugendrates.

3.7 Demokratie funktioniert nur durch Mitbestimmung!

Wir unterstützen die Forderung des Jugendrates, dieses demokratisch gewählte Gremium nicht nur beratend an Ausschüssen zu beteiligen, sondern auch mitbestimmen zu lassen. Denn wer Jugendliche wirklich ernst nimmt, darf ihnen nicht bloß zuhören, sondern muss ihnen auch das Recht einräumen, mitzuentcheiden. Der Jugendrat ist ein legitimes, demokratisch gewähltes Gremium – seine Mitglieder repräsentieren die Interessen der jungen Generation und bringen wichtige Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse ein, die

sonst allzu oft übersehen werden. Tatsächliche Mitbestimmung stärkt das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie. Sie lernen, dass Engagement Wirkung zeigt – und dass ihre Stimme zählt. Gerade in Zeiten, in denen viele junge Menschen das Gefühl haben, dass Politik an ihren Bedürfnissen vorbeigeht, braucht es Beteiligungsformate mit echter Relevanz. Wer Jugendlichen Verantwortung überträgt, fördert nicht nur ihre politische Bildung, sondern auch ihre Fähigkeit, komplexe Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Beteiligung junger Menschen nicht bei unverbindlichen Anhörungen endet, sondern in konkrete Mitbestimmungsrechte mündet, sei es durch Stimmrechte in Ausschüssen oder verbindliche Beteiligungsstrukturen bei jugendrelevanten Entscheidungen. Demokratie lebt von Teilhabe. Und das gilt für alle Altersgruppen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke fordert ein Stimmrecht für die Vertreter*innen des Jugendrates, als ersten Schritt im AKJF. Wir müssen zu einer wirklichen Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen kommen! Erwachsene fangen erst an, wirklich auf Kinder und Jugendliche zu hören, wenn sie mitbestimmen können.

3.8 Präventions- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien sichern!

In Münster gibt es bereits viele engagierte Fachstellen, die Kinder, Jugendliche, Familien, Frauen und queere Menschen unterstützen – sei es in schwierigen Lebensphasen, bei Fragen zur Erziehung, in Krisensituationen oder bei Gewalterfahrungen. Diese Einrichtungen leisten tagtäglich unverzichtbare Arbeit, die oft im Verborgenen geschieht – aber für die Betroffenen von unschätzbarem Wert ist.

Doch gesellschaftliche Realitäten verändern sich: Die Anforderungen an Familien werden komplexer, psychische Belastungen bei jungen Menschen nehmen zu, Themen wie sexualisierte Gewalt, Drogenkonsum oder geschlechtliche Vielfalt brauchen neue Antworten und verlässliche Anlaufstellen. Prävention, Schutz und Begleitung dürfen dabei nicht als freiwillige Aufgabe verstanden werden, sondern gehören zum Kern einer sozialen Stadtpolitik.

Besonders Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie ernst genommen werden, Unterstützung finden und geschützt sind – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Auch pädagogische Fachkräfte, Eltern und Ehrenamtliche benötigen verlässliche Partner*innen, um diese Verantwortung gemeinsam tragen zu können.

Eine starke Beratungslandschaft schützt nicht nur Einzelne, sondern ist Ausdruck einer Gesellschaft, die hinschaut, unterstützt und Menschen in ihrer Vielfalt anerkennt. Sie muss gesichert, sichtbar gemacht und weiterentwickelt werden – denn soziale Infrastruktur ist keine Kür, sondern Grundlage für Teilhabe, Gerechtigkeit und echte Chancengleichheit.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke in Münster wird Angebote der Familienberatung, der Erziehungsberatung, der Beratung von jungen Menschen, Präventionsangebote gegen (sexualisierte) Gewalt, für Drogenprävention und Drogenberatung, für Mädchen und Frauen, für junge queere Menschen erhalten und bedarfsorientiert weiterentwickeln.
- ◆ Schutz und Prävention vor (sexualisierter) Gewalt ist eine Aufgabe der gesamten Stadt und ihrer Menschen. Wir wollen entsprechende Präventionsangebote in Kitas und Grundschulen fördern und absichern und die Stadtgesellschaft für diese Themen sensibilisieren. Hierzu haben wir in der letzten Ratsperiode einen Ratsantrag gestellt und werden dieses Thema engagiert weiterverfolgen.

3.9 Sport in der Breite bedeutet Teilhabe und Gesundheit

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Über 30% aller Menschen in Deutschland sind in einem Sportverein. Die Kommunen haben eine wichtige Aufgabe, wenn es um den Erhalt der Sportstätten und -vereine geht. Der Zugang muss jedem Menschen unabhängig vom Geldbeutel möglich sein. In der Praxis haben die Stadtverwaltung und die regierenden Parteien in den vergangenen Jahren jedoch vielfach, wenn es um Einsparungen geht, zuerst beim Sport gespart. Viele Sportstätten, insbesondere in den einkommensschwachen Außenbezirken, verkommen immer weiter. Sport ist aber für viele Menschen ein Treffpunkt und oft Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens. Er kann eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen sein. Die Förderung von Toleranz, Integration, Inklusion und Akzeptanz sowie Gewaltprävention ist ein wichtiges Ziel für Vereine und die Kommune. In diesem Sinne begrüßen wir den Beschluss zum Neubau des Preußenstadions, da es einen wichtigen Freizeit- und Begegnungsort für Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und Hintergründen darstellt. Die voranschreitende Kommerzialisierung und Minderung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Fans und Mitglieder durch die Ausgliederung der Profiabteilung in eine GmbH & Co KGaA lehnen wir ab.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, insbesondere solcher des Breitensports; gefördert werden sollen auch vereinsungebundene Sportstätten.
- ◆ Barrierefreier Zugang zu allen Sportstätten.
- ◆ Kostenloser Zugang zu allen städtischen Schwimm- und Freibädern für Inhaber*innen des Münster-Passes.
- ◆ Besondere Projekte zur Ansprache und Integration Zugewanderter in Sportvereine; mehr finanzielle Mittel für integrative Vereine, wie den SV Blau-Weiß Aasee e.V.; Entscheidungen der Stadt, die die Belange der Vereine berühren, müssen auf Augenhöhe mit diesen diskutiert und mit Rücksicht auf die Anliegen der Mitglieder getroffen werden.

- ◆ Umgehende Renovierung der sanierungsbedürftigen Umkleideräume und Sanitärräume in den kommunalen Sportstätten; Zuschüsse für Sportvereine zur Renovierung vereinseigener Sportstätten.
- ◆ Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. dem Stadtsportbund erarbeitet werden.
- ◆ Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei Förderanträgen.
- ◆ Einrichtung und Erhaltung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten, Bouldern, Parkour usw.
- ◆ Sport- und Schwimmunterricht an Schulen fällt nach wie vor viel zu oft aus; Sporthallen und Schwimmbäder müssen auch hier in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.
- ◆ Wir fordern einen Bahnhaltepunkt am Preußenstadion; die Kosten sollen jedoch nicht zu Lasten des Neubaus des Stadions erfolgen.
- ◆ Seitens einiger Parteien und der Verwaltung war es immer wieder Praxis, andere Projekte aus dem Sportetat vorzufinanzieren; dies lehnen wir ab.
- ◆ Es soll nach ökologischen Alternativen zu Kunstrasen aus Plastik auf Fußballspielfeldern gesucht werden; die Verwendung von Plastikgranulat auf Sportflächen lehnen wir ab.
- ◆ Die Subventionierung überteuerter und unnötiger High Society Events (insbesondere des tierquälerischen „Turniers der Sieger“) lehnen wir ab – stattdessen befürworten wir sozialpädagogische Projekte, wie beispielsweise Fanport und setzen uns für eine Förderung dieser ein.



4 Gutes Wohnen in einer Stadt für alle

Münster ist eine vielfältige Stadt, die Menschen aus allen Lebenslagen anzieht – und genau das macht sie so lebenswert. Ganz nach dem Motto „Münster ist bunt“ wollen wir, dass Münster ein Ort ist, an dem alle sicher und gut leben und an der Stadt teilhaben können – egal, ob sie berufstätig, Single, Familie, erwerbslos, im Ruhestand oder in Ausbildung sind. Doch dieser Anspruch gerät zunehmend in Konflikt mit der Realität und es drängt sich die Frage auf: Wer kann sich ein Leben in Münster noch leisten? Die eskalierende Mietpreisentwicklung treibt immer mehr Menschen in die Verzweiflung, an den Rand der Stadt oder ganz hinaus. Besonders Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen trifft das mit voller Wucht: Für Erwerbslose, Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Menschen mit gesundheitlichen Problemen, aber auch Familien und Rentner*innen ist es trotz langer Suche schwer, eine passende Wohnung zu finden. Wir halten es für inakzeptabel, dass immer mehr Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für überhöhte Mieten ausgeben müssen, während gleichzeitig die Kosten für den täglichen Bedarf, für Energie, Mobilität und Lebensmittel explodieren. Das treibt viele Menschen in eine existenzielle Notlage und zwingt sie, zwischen Grundbedürfnissen wie Heizen, Essen oder einem Minimum an Freizeitgestaltung zu ‚entscheiden‘ – während die sowieso schon Reichen aus dieser Not enorme Gewinne schlagen. Es ist ebenso wenig hinnehmbar, dass Menschen in Stadtteile verdrängt werden, in denen soziale Infrastruktur und Anbindung systematisch vernachlässigt werden und wo sie oft trotz zu kleiner und sanierungsbedürftiger Wohnung zu überhöhten Preisen leben müssen. Gleichzeitig entstehen im Zentrum Luxusbauten, die an den Bedürfnissen der Mehrheit vorbeigehen und für die meisten Münsteraner*innen unbezahlbar sind. Die Wohnraumkrise beraubt Mieter*innen ihrer Freiheit, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten oder brauchen – ein untragbarer und menschenunwürdiger Zustand. Wir halten es für ein wohnungspolitisches Armutszeugnis, wenn Menschen in ständiger Angst leben müssen, ihr Zuhause zu verlieren. Eine tragische Folge ist auch die Wohnungslosigkeit, die überall besorgniserregende Ausmaße annimmt. Auch in Münster wächst die Zahl der Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben, auf der Straße leben oder Zuflucht in Notunterkünften suchen müssen. Obwohl die Dringlichkeit, die eskalierende Mietpreisentwicklung zu stoppen, die die Menschen im Alltag schmerzlich zu spüren bekommen, seit Jahren bekannt ist, fehlt der politische Mut, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und wirksame Lösungen umzusetzen. Es ist höchste Zeit, dieser Misere ein Ende zu setzen! Statt der Illusion zu verfallen, die Lösung liege darin, einfach so weiterzumachen wie bisher und an den Mitteln festzuhalten, die dabei stets gescheitert sind, setzen wir auf einen grundlegend anderen Kurs – einen, der die Krise an den Wurzeln angeht und eine echte Perspektive auf Besserung bietet. Wir dürfen die Versorgung mit Wohnraum nicht länger dem Markt überlassen – denn der hat offensichtlich versagt. Er verwandelt das Grundbedürfnis Wohnen in eine Ware, die sich nicht jede*r leisten kann und in ein Spekulationsobjekt, an dem sich wenige auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Die Finanzialisierung und Privatisierung des Wohnungsmarktes in den letzten Jahrzehnten haben dieses Zur-Ware-Werden entscheidend vorangetrieben. In Münster erleben wir die Folgen: Mieten explodieren, Wohnraum wird entweder verwahrlost oder drastisch aufgewertet und immer

mehr Menschen finden hier kein Zuhause. Die Wohnraumkrise ist das Ergebnis des Marktes – er kann und wird sie nicht lösen. Ebenso wenig können wir uns dabei auf diejenigen verlassen, die Profit aus der Not der Menschen schlagen. Für Die Linke ist klar: Wohnraum ist eine unverzichtbare soziale Infrastruktur und seine Bereitstellung eine öffentliche Aufgabe, so wie es bspw. auch für das Bildungs- und Gesundheitswesen gilt. Die Kommune muss sicherstellen, dass alle Menschen hier sicher, würdig und leistbar wohnen können – indem sie die Bedürfnisse der Mieter*innen ins Zentrum stellt und bedarfsdeckend, sozial gerecht und nachhaltig handelt.

„Recht auf Stadt“ bedeutet für uns mehr, als sich hier eine Wohnung leisten zu können und im täglichen Kreislauf zwischen Arbeiten, Einkaufen und Schlafen irgendwie über die Runden zu kommen. Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf: Sie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort und Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Sie sollte in einem lebenswerten Umfeld liegen, das Menschen ein echtes Zuhause bietet – wo sie ihre Freizeit frei gestalten und aktiv am kulturellen und sozialen Leben teilhaben können. Es geht darum, Münster so zu gestalten, dass leistbare Mieten, lebendige Nachbarschaften mit Frei- und Grünflächen und eine durchdachte soziale Infrastruktur ein gutes Leben für alle ermöglichen. Dabei darf niemand zurückgelassen oder ausgegrenzt werden. Wir setzen uns gegen die Kommerzialisierung des städtischen Raumes und die Verdrängung aus diesem ein. Er sollte gemeinwohlorientiert und ökologisch gestaltet sein und allen Menschen einladende Orte bieten, an denen sie sich treffen und erholen können, ohne dafür etwas kaufen oder bezahlen zu müssen. Derzeit bleibt oft kaum noch Geld für ein erfülltes Leben übrig. Gerade in Zeiten sich verschärfender Krisen, zunehmender Hoffnungslosigkeit und schwindenden Vertrauens in die Politik wäre es wichtig, soziale und kulturelle Begegnungsräume zu unterstützen, statt deren Förderung immer weiter zurückzufahren. Sie wirken der Vereinzelung entgegen, stärken das Miteinander und bieten vielen Menschen einen (leider immer noch notwendigen) Schutzraum.

Als Linke kämpfen wir für ein solidarisches und lebenswertes Münster; für eine leistbare Stadt mit Freiräumen für alle! Eine bessere Wohnungspolitik ist möglich. Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht die Norm bleiben.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Ein Münster, in dem jede*r ein Zuhause findet! Das Grundrecht auf Wohnen darf kein leeres Versprechen bleiben, sondern muss für alle gelten. Alle Menschen in Münster sollen die Möglichkeit haben, sicher und ihren Bedürfnissen entsprechend zu wohnen. Niemand darf auf der Straße leben oder von der Angst geplagt sein müssen, sein Zuhause zu verlieren. Wir kämpfen für Wohnraum für alle – ohne Wenn und Aber, denn Wohnen darf weder Privileg noch Luxus sein!
- ◆ Leistbares Wohnen! Die Mietenexplosion muss gestoppt werden und die Mieten wieder runter. Wohnen darf nicht arm machen! Niemand soll zwischen Essen und Heizen entscheiden müssen. Jede*r muss sich sein Zuhause leisten und so leben können, wie er möchte und braucht, ohne an anderer Stelle sparen zu müssen.

- ◆ Wohnraum, wie die Menschen ihn brauchen! Die Wohnraumversorgung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Bezahlbarkeit, Gesundheit und Nachhaltigkeit können und müssen gemeinsam gedacht werden – wir brauchen eine Wohnungspolitik, die diese Ziele vereint und nicht gegeneinander ausspielt. Münster braucht Wohnraum, der sowohl den Menschen als auch dem Klima gerecht wird, der barrierefrei, gesundheitsfördernd und so gestaltet ist, dass man darin auch im Alter gut leben kann.
- ◆ Eine Stadt für alle! Münster soll von und für die Menschen gestaltet werden, die hier leben. Lebendige Nachbarschaften und Freiräume sollen das Miteinander stärken und es allen ermöglichen, am städtischen Leben teilzuhaben. Ein gesundes, lebenswertes Wohnumfeld und eine inklusive Stadtgestaltung schaffen die Grundlage für ein gutes und erfülltes Leben für alle.
- ◆ Zwischen den Münsteraner Stadtteilen klaffen die Lebensbedingungen und damit auch die Lebenserwartungen auseinander – ein politisch verursachter Zustand, der absolut untragbar ist. Diese Ungleichheiten müssen überwunden und überall gute und gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden. Lebensqualität und -chancen dürfen nicht vom Einkommen oder Wohnort abhängen. Saubere Luft, wohnortnahe Grünflächen und Freizeitangebote sowie eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur sollten überall selbstverständlich sein.
- ◆ Derzeit können Mieter*innen kaum über ihr eigenes Zuhause entscheiden. Das schränkt sie in ihrer Freiheit ein, nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zu leben. Unser Ziel ist eine Stadt, in der das Wohl der Menschen im Mittelpunkt steht und die Lebensgestaltung nicht länger von den Entscheidungen der Investor*innen abhängt. Es braucht eine Demokratisierung des Wohnungswesens & der Stadtplanung und echte Mitspracherechte, die es allen ermöglichen, aktiv an Entscheidungen über ihre Wohnsituation und ihr Umfeld mitzuwirken.
- ◆ Mehr öffentliches Handeln! Die Verwirklichung des Rechts auf Wohnen darf keine Privatangelegenheit sein – die Verantwortung dafür liegt bei der (kommunalen) Politik. Die Stadt Münster muss handeln und darf ihre Verantwortung nicht auf Investor*innen oder die Eigeninitiative von Einzelpersonen abwälzen. Statt leeren Versprechen sind konkrete Schritte nötig – mit gezielten Maßnahmen und einer personellen Verstärkung.
- ◆ Radikale Maßnahmen gegen hohe Mieten! Während Konzerne hohe Gewinne einsacken, zahlen wir Mieter*innen den Preis dafür. Explodierende Wohn- und Lebenshaltungskosten und der Verzicht auf das Nötigste dürfen nicht zur Normalität werden. Diese Zustände müssen ein Ende haben! Mit mehr Sozialwohnungen allein ist es nicht getan. Wir brauchen dringend wirksame, anti-spekulative Maßnahmen gegen die steigenden Mieten, damit sich alle Menschen die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse leisten können.
- ◆ Eine Wohnungspolitik, die die Grundbedürfnisse aller sichert und unsere Lebensqualität fördert. Die letzten Jahre haben gezeigt: Der kapitalistische Wohnungsmarkt versagt dabei, weil er auf Rendite statt auf Gemeinwohl setzt. Die Ursache der Wohnkrise liegt nicht primär in einem

Mangel an Ressourcen, sondern vor allem darin, dass Wohnraum so gebaut und verteilt wird, dass er möglichst viel Gewinn verspricht und nicht so, wie er gebraucht wird. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern ist mit dem Streben nach Gewinn nicht vereinbar. Vor allem gehört Wohnraum nicht an die Börse! Wir sagen: Schluss mit der Marktlogik – aus der Not darf kein Profit geschlagen werden!

- ◆ Schluss mit der Verdrängung! Niemand darf wegen steigender Mieten zum Auszug aus seinem Zuhause oder seiner Nachbarschaft gezwungen werden. Niemand darf durch repressive Maßnahmen aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden. Wer hier lebt, soll auch bleiben können!
- ◆ Raus aus der Krise, rein ins Gemeinwohl! Die wirtschaftliche Nutzung von Immobilieneigentum ist eine zentrale Hürde für eine soziale, ökologische und demokratische Stadtentwicklung. Um dem Marktmechanismus entgegenzuwirken, müssen wir den Erhalt und Ausbau des öffentlichen und gemeinschaftlichen Wohnungsbestandes in Angriff nehmen. Langfristig lässt sich das Grundrecht auf Wohnen nur durch die grundlegende Entkopplung von der Marktlogik und die Vergesellschaftung des Wohnungswesens sichern.

4.1 Die Mieten müssen runter!

Tragischerweise hat sich an der Entwicklung auf dem Münsteraner Wohnungsmarkt seit der letzten Kommunalwahl nicht viel geändert: Die Mieten stiegen unaufhörlich – in den 3 Jahren danach um 14 % und in den letzten 10 Jahren um fast 40 % [1]. Aber das ist kein Naturgesetz, sondern Folge einer fehlgeleiteten Politik, die Wohnraum als Ware behandelt und die Interessen der großen Vermieter*innen über ein bedingungsloses Recht auf Wohnen stellt. Der Zustand anhaltender Tatenlosigkeit ist ein wohnungspolitisches Armutszeugnis – Dem treten wir als Linke entschieden entgegen. Der erste Schritt aus der Krise muss ein sofortiger Stopp der stetig steigenden Mieten sein.

Die Mietpreisbremse hat sich dabei als nahezu wirkungslos erwiesen. Sie verspricht zwar, den Anstieg zu verlangsamen, aber die Logik steigender Mieten wird von ihr weder durchbrochen noch umgekehrt. So können Vermieter*innen die Mieten weiter kräftig erhöhen – neben dem normalen Weg stehen ihnen zahlreiche schwer durchschaubare Ausnahmen und Sonderregelungen zur Verfügung. Oft werden Mieterhöhungen auch rechtswidrig gefordert, was wenig überraschend nur selten bestraft wird. Angesichts der völlig ungleichen Machtverteilung ist es völlig absurd, von Mieter*innen zu verlangen, das zu beweisen und sie im Zweifel vor Gericht zu zwingen. Wer kann es sich schon leisten, seine Rechte gegenüber der Vermieter*innenseite gerichtlich einzufordern und dabei das Risiko einzugehen, seine Wohnung zu verlieren? Deshalb braucht es eine Verschärfung der Mietpreisbremse, um Schlupflöcher wie die Ausnahmen für Neubauten und modernisierte Wohnungen zu schließen. Sie soll dauerhaft und für alle Mietverhältnisse gelten. Verstöße von Vermieter*innen dürfen nicht wie bisher folgenlos bleiben: Neben der Rückzahlung zu viel gezahlter Miete müssen auch angemessene Strafen eingeführt werden. Mieter*innen müssen bei der Durchsetzung ihrer Rechte umfassend unterstützt werden, etwa durch einen verbindlichen Anspruch auf Informationen und eine erhöhte Aktivität der städtischen Behörden. Zudem muss

die Regel abgeschafft werden, dass ungerechtfertigte Mieterhöhungen nicht rückwirkend korrigiert werden können – eine klare Benachteiligung der Mieter*innen, die sich meist nicht beruflich mit mietrechtlichen Fragen beschäftigen, sondern in ihrer Freizeit damit herumschlagen müssen. Zudem muss der Mietspiegel alle Bestandsmieten berücksichtigen, idealerweise auch die von preisgebundenem Wohnraum, und nicht länger nur die hohen Neuvertragsmieten und Erhöhungen der letzten 6 Jahre. Es ist skandalös, dass bei seiner Erstellung „zu niedrige“ Mieten herausgerechnet werden, (oft sogar rechtswidrig) zu hohen Mieten aber in der Regel weiterhin einfließen können. Diese einseitige Verzerrung treibt die Mieten noch weiter in die Höhe und muss dringend korrigiert werden! Die Stadt muss ein gutes Wohnumfeld bei gleichzeitiger Absicherung bezahlbarer Mieten schaffen. Infrastruktur, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, wie ein Spielplatz, darf nicht als Vorwand für höhere Mieten genutzt werden – es kann nicht sein, dass Mieter*innen auf diese Weise doppelt zur Kasse gebeten werden.

Unser Ziel: Die Explosion der Mieten nicht nur verlangsamen, sondern beenden und rückgängig machen. Deshalb fordern wir die Einführung eines bundes- oder landesweiten Mietendeckels. Damit dieser nicht (wie in Berlin) an Formalitäten scheitert, muss er auf Bundesebene beschlossen werden. Wir können uns aber nicht zurücklehnen und darauf vertrauen, dass dort gehandelt wird, sondern müssen uns als Stadt Münster mit Nachdruck für eine schnelle Einführung einsetzen. Vor Ort in Münster müssen die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Mietwucher von den zuständigen Behörden voll ausgeschöpft werden. Mietpreisüberhöhungen, bei denen die Miete mehr als 20 % über der zulässigen Höhe liegt, dürfen nicht länger ungestraft bleiben.

4.2 Konfrontations- statt Kooperationskurs mit den Profiteuren der Krise

Um die Wohnraumkrise als eine der drängendsten sozialen Fragen langfristig zu lösen, reicht es nicht, Mietsteigerungen im Bestand zu stoppen. Für einen echten Trendumkehr müssen wir neuen, günstigen Wohnraum schaffen – und zwar in großem Stil. Auch die etablierten Parteien sprechen vom Wohnungsbau, gehen dabei aber meist davon aus, dass es einfach nur an Wohnungen fehlt. Daraus folgt ihr übliches, aber verkürztes Mantra: Hauptsache viel bauen, und zwar um jeden und zu jedem Preis – und ohne Rücksicht darauf, was benötigt wird. Das wird immer wieder genutzt, um Grundstücke in begehrten Lagen an private Investor*innen zu verkaufen oder Maßnahmen zu ihrer Förderung durchzusetzen. Denn wenn diese nur bauen *könnten*, würden dabei *auch* günstige Wohnungen entstehen – behauptet zumindest die Immobilienlobby. Aber dieser Ansatz übersieht das eigentliche Problem: Das sind nicht die fehlenden Investitionen, sondern ihre Geschäftsmodelle.

Es ist höchste Zeit, den Mythos vom baufreudigen Investor*innen zu überwinden! Schließlich beweisen die letzten Jahre: Es sind gerade diese privaten Akteure, die die Mieten in die Höhe treiben und Nachbarschaften bedrohen. Ihre vielbeschworene ‚soziale Verantwortung‘ endet dort, wo ihre Profitinteressen beginnen. Vor allem große Konzerne kaufen in erster Linie bestehende Wohnungen auf, nutzen dort jede Gelegenheit, die Mieten zu erhöhen und

mieter*innenschützende Regeln zu umgehen. Trotz zahlreicher Versprechen schaffen sie also kaum bezahlbaren Wohnraum, sondern tragen faktisch eher zu seiner Vernichtung bei. Wo sie bauen, entstehen meist luxuriöse, hochpreisige Neubauten. Private Investor*innen bauen nicht für die Allgemeinheit, sondern für den Profit. Die daraus folgenden Mietpreise kann sich kaum noch jemand leisten. Statt den realen Bedarf an günstigem Wohnraum zu decken, wird die Stadt mit Hotels, Luxusappartements und Einkaufsmeilen überflutet, die nicht nur Flächen vergeuden, sondern in der ganzen Stadt preistreibend wirken. Ihre Praktiken beeinflussen auch die generelle Lebensqualität in den Stadtteilen. In einem Prozess der Gentrifizierung werden diese im Namen der Profitsteigerung „aufgewertet“, also teurer und exklusiver gemacht. Investor*innen eignen sich an, was eigentlich allen gehören sollte: Den städtischen Raum. Alteingesessene Geschäfte, geschätzte Lokale und unkommerzielle Räume werden durch Angebote ersetzt, bei denen nicht zählt, was die Anwohnerschaft möchte oder braucht, sondern der erwartete Profit. Vor allem ältere oder ärmere Menschen und Familien sind von steigenden Mieten, vorgeschobenen Eigenbedarfskündigungen und Luxussanierungen betroffen. Trotz jahrelanger Verwurzelung bleibt ihnen oft nur der Umzug aus der gewohnten Umgebung, weil vor Ort kaum noch eine neue, leistbare Wohnung zu finden ist. Sie verlieren nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihr soziales Netz und den Zugang zu wichtigen Einrichtungen. Dieser Verlust treibt nicht selten in ein Klima der Unsicherheit und Isolation. In Münster ist diese ausgrenzende Entwicklung derzeit besonders im Hansaviertel und in Gievenbeck sichtbar. Erfahrungsgemäß endet sie nicht, wenn ein Bereich vollständig nach Profitkriterien umgestaltet ist. Wenn es nicht gelingt, sie zu stoppen, breitet sie sich auf die gesamte Stadt aus. Für uns Linke steht fest: Der Ausverkauf unserer Stadt muss stoppen – und mit ihm jede Profitmaximierung auf Kosten der Menschen! Es gibt zahlreiche Beispiele von Bewohner*innen, die sich entschlossen dagegen wehren. Wir unterstützen sie ausdrücklich im Kampf gegen Verdrängung und für den Erhalt sozialer (Frei-)Räume sowie lebendiger Nachbarschaften. Das Recht auf Stadt darf nicht für Profite Einzelner geopfert werden. Langfristig lässt es sich nur erkämpfen, indem der Spekulation mit Boden und Immobilien – also der Zweckentfremdung gesellschaftlichen Wohlstands zur persönlichen Bereicherung – ein Ende gesetzt wird. Investor*innen, die nur im Interesse ihrer Aktionär*innen handeln und auf Kosten der Allgemeinheit vom wohnungspolitischen Notstand profitieren, indem sie die Mieten unaufhörlich in die Höhe treiben und uns allen das Leben schwerer machen, sind keine geeigneten Gesprächspartner*innen oder gar Verbündete, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht. Wir setzen auf Konfrontation statt Kooperation mit den Profiteur*innen dieser Krise, denn die Zukunft der Menschen in Münster gehört nicht in ihre Hände.

Von Seiten der Stadt sind dringend Maßnahmen erforderlich, um bezahlbaren Wohnraum zu schützen und Verdrängung zu stoppen. Eine Möglichkeit, rücksichtslose Mieterhöhungen und Verdrängung, bspw. durch Luxus-Sanierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen, in gefährdeten Bereichen zumindest auszubremsen, sind Milieuschutzsatzungen. Sie schützen die Anwohnerschaft, indem sie geeignete Maßnahmen unter einen Genehmigungsvorbehalt stellen. Die 2021 für das Hafen-, Hansa- und Herz-Jesu-Viertel beschlossene „Soziale Erhaltungssatzung“ zeigt aber, dass es notwendig ist, deren Verbindlichkeit zu stärken.

Wir brauchen eine Verschärfung und flächendeckende Anwendung von Milieuschutzsatzungen in allen Stadtteilen Münsters. Sie sind so auszugestalten, dass sie zugleich den Erhalt sichern sowie die notwendige Instandhaltung des Wohnungsbestands gewährleisten. Zudem muss die Wohnraumschutzsatzung der Stadt Münster konsequent angewandt werden, u.a. durch mehr zuständige Stellen, um Zweckentfremdung und Spekulation zu bekämpfen.

Der knappe städtische Boden darf nicht länger mit Projekten zugepflastert werden, die keine sozialen Bedarfe decken. Als Linke lassen wir uns nicht von Spekulant*innen kaufen oder durch uneinlösbare Versprechen besänftigen und lehnen es daher ab, dass Flächen in oft schwer durchschaubaren Verfahren verscherbelt werden - wie etwa im Bereich des Hafens in den letzten Jahren geschehen. Auch die Privatisierung von Wohnungsbeständen lehnen wir konsequent ab – denn jede Privatisierung fördert den Anstieg der Mieten und senkt die Lebensqualität, wie man an den Beständen der ehemals landeseigenen Wohnungsgesellschaft LEG erkennen kann.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Eine Intensivierung der Bodenvorratspolitik und einen sofortigen Stopp des Verkaufes städtischer Grundstücke. Sie dürfen *höchstens* in Erbpacht vergeben, aber nicht an profitorientierte Akteure oder aus Gewinnmotiven verkauft und damit privatisiert werden. Bodenwertsteigerungen durch Ausweisung von Bauland, das sich in privatem Eigentum befindet, müssen von der Stadt Münster konsequent abgeschöpft werden.
- ◆ Keine Armen- oder Reicheviertel in Münster! Insbesondere sogenannte „Gated Communities“, also baulich durch Mauern oder Zäune abgeschlossene und bewachte Luxuswohnanlagen, wie die Klostergärten, lehnen wir ab.

Wir wollen eine Stadt, in der die Einwohner*innen darüber entscheiden, wie sie leben! Auch bei städtebaulichen Wettbewerben geht es häufig nicht um eine echte Beteiligung der Anwohner*innen und deren Bedürfnisse, sondern um eine Aufwertung, die vor allem finanziellen Interessen dient. Sie stellen nicht selten eine Gefahr für städtische Vielfalt und kulturelle Freiräume dar und bergen das Risiko, dass die Erschließung ganzer Gebiete für Profitinteressen zur Verdrängung von Veranstaltungsräumen, Ateliers und anderen kreativen Freiräumen führt. Wir lehnen diese völlig falsche Prioritätensetzung ab und wollen, dass die Entscheidung über die betreffenden Flächen der lokalen Gemeinschaft überlassen bleibt und sie nur nach ihren Bedürfnissen entwickelt werden. Wenn wir gemeinsam mit allen, die hier wohnen, Ideen dafür entwickeln, was wir für ein gutes Leben benötigen, und diese Projekte gemeinsam angehen, können wir unsere Stadt lebenswerter machen und dafür sorgen, dass niemand verdrängt wird.

- ◆ Echte Bürgerbeteiligung, in der die lokale Gemeinschaft über Veränderungen und Weiterentwicklungen ihres Viertels demokratisch und verbindlich entscheidet. Alibi-Maßnahmen wie das Quartiersmanagement

und städtebauliche Wettbewerbe lehnen wir ab und fordern stattdessen echte Mitbestimmung, z.B. in Form von Stadtteilträten oder ergebnisoffenen Anwohner*innen-Versammlungen.

- ◆ Eine bedarfsorientierte statt profitgetriebene Stadtentwicklung, die immer auch soziale und ökologische Kriterien sowie die Verkehrssituation im Umkreis berücksichtigt. Das Wohnungswesen muss inklusiv gestaltet werden. Es ist ein ausreichendes Angebot an unterschiedlich großem und für alle Menschen, Lebensentwürfe und Familienmodelle geeignetem Wohnraum, insbesondere auch barrierefrei und altersgerecht, sicherzustellen. Die Stadtentwicklung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren!
- ◆ Die Unterstützung von Initiativen, die sich selbstorganisiert gegen den Ausverkauf der Stadt und die Tricks der Immobilienkonzerne wehren, wie die LEG-Mieter*innen-Initiative, das Hansaforum, Berg Fidel Solidarisch und Gievenbeck Solidarisch.

4.3 Sozialwohnungen – das Mindeste!

Im Gegensatz zu uns halten die etablierten Parteien an der Kooperation mit den Krisenprofiteur*innen fest und setzen nach wie vor auf den Sozialen Wohnungsbau als wäre er das Allheilmittel zur Lösung des Interessenkonflikts zwischen Profit und Bedarf. Sie werben damit, dass bei einer Quote von 30 % Sozialwohnungen auch bei der privaten Bebauung preiswerter Wohnraum geschaffen werde. Doch diese Strategie ist unzureichend und führt in eine Sackgasse. Zwar hält auch Die Linke eine Mindestquote für Sozialwohnungen als Übergangslösung für notwendig. Gleichzeitig ist uns aber klar: In seiner derzeitigen Form ist der Soziale Wohnungsbau nicht darauf ausgelegt, die Wohnungskrise mittel- oder langfristig zu lösen. Vielmehr wirkt er als oberflächliche Symptombekämpfung und als Förderinstrument für die Wohnungs- und Bauwirtschaft. Offiziell heißt er auch nicht sozialer sondern öffentlich geförderter Wohnungsbau. Privaten werden öffentliche Gelder für Bauprojekte zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug sind die Mietpreise in einem Teil der Wohnungen für einige Jahre gedeckelt. Nach Ablauf dieser Frist landen sie auf dem freien Markt und die Mieten werden meist mit einem Schlag drastisch erhöht. Derzeit ist die durchschnittliche Angebotsmiete in Münster fast doppelt so hoch wie der Preis, den eine Person zahlen kann, die Anspruch auf eine Sozialwohnung hat[2]. Aber während immer mehr Haushalte von den Wohnkosten überlastet sind und die Anzahl der Wohnungssuchenden mit einem solchen Anspruch seit Jahren ansteigt - Sozialwohnungen also immer wichtiger werden -, geht ihr Bestand seit Jahrzehnten massiv zurück. Denn neue Sozialwohnungen werden längst nicht im gleichen Umfang nachgebaut wie alte aus der Preisbindung fallen. Münster bräuchte über 40 % zusätzliche Sozialwohnungen[3], um den Bedarf decken zu können. Durch jahrelange verantwortungslose Politik wurde dieses (ohnehin kaum wirksame) Instrument also immer unzureichender. Ohne dass auf diese Weise dauerhaft bezahlbarer Wohnraum entsteht, profitieren die Investor*innen dafür gleich doppelt: Zunächst werden sie durch öffentliche Zuschüsse für ausbleibende Gewinne entschädigt, zudem erhalten sie eine langfristig sichere und äußerst rentable

Anlagemöglichkeit, da sich die Wohnungen nach der Frist in eine Goldgrube verwandeln. In der Annahme, die Wohnungsnot kurzfristig lindern zu können, wird ein längst gescheitertes Modell fortgeschrieben, das immer mehr Flächen der privaten Verwertung überlässt, die Bodenpreise langfristig in die Höhe treibt und die Macht der Immobilienkonzerne ausweitet. Wir lehnen diese naive Marktgläubigkeit ab. Der herkömmliche Soziale Wohnungsbau bietet weder eine dauerhafte Lösung noch ist er kurzfristig geeignet, den Wohnungsmarkt ausreichend zu entlasten. Er greift nicht in die Mechanismen des profitorientierten Marktes ein und ist in seiner jetzigen Form eher Teil des Problems als der Lösung. Kurzfristig kann ein hoher Anteil an Sozialwohnungen auch dort, wo es keine anderen Optionen gibt, nur das absolute Minimum sein. Ebenso unverzichtbar ist eine deutliche Verlängerung der Bindungen, damit die Wohnungen nicht schon nach wenigen Jahren wieder auf dem freien Markt landen. Aber: Für sich allein genommen sind diese Mindestanforderungen bei weitem nicht ausreichend.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Eine verbindliche Mindestquote für Sozialwohnungen bei Neubauten, die den akuten Bedarf decken soll. Diese muss jedoch als Übergangslösung verstanden werden, nicht als langfristige Strategie.
- ◆ Sozialgerechte Bodennutzung Münster (SoBoMü) stärken und deren Umsetzung garantieren: Wo sich Grundstücke bereits in privatem Eigentum befinden, müssen private Investor*innen stärker dazu verpflichtet werden, öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen. Angesichts der drastischen Mietsteigerungen fordern wir eine deutliche Erhöhung der in der SoBoMü festgelegten Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau in Mehrfamilienhäusern: Generell auf mindestens 60 % der Wohnfläche und in der Innenstadt auf 80 %. Die festgelegten Quoten müssen strikt eingehalten werden. Um eine Umgehung dieser Vorgaben zu verhindern, muss die SoBoMü insbesondere in Bezug auf den Anteil der Stadt am Bauland eindeutig und missbrauchssicher formuliert werden.
- ◆ Für Sozialwohnungen muss eine möglichst lange, am besten dauerhafte Belegungsbindung gelten, um einen drastischen Anstieg der Mieten nach Ablauf der Frist zu vermeiden.
- ◆ Damit alle Stadtteile allen Menschen offenstehen und sozial-räumliche Unterschiede abgebaut werden, darf es nicht möglich sein, Vorgaben zu umgehen und in der Innenstadt hauptsächlich hochpreisigen Wohnraum zu schaffen, indem man den geförderten Wohnungsbau in die Außenbezirke verlagert.
- ◆ Öffentliche Fördermittel sollen vorrangig für den Bau und Erhalt von kommunalem Wohnraum genutzt werden, statt in die Taschen der Krisenprofiteur*innen zu fließen, die kein Interesse an der Lösung der Wohnraumkrise haben.

4.4 Schluss mit Spekulation und Verwahrlosung: Für ein menschenwürdiges Wohnen

Das Versagen des profitorientierten Wohnungsmarktes zeigt sich nicht nur in teuren Neubauprojekten, sondern ebenso im anderen Extrem: In spekulativem Leerstand, gezielter Verwahrlosung und unnötigem Abriss. Investitionen werden oft nur dort getätigt, wo Gewinne winken – dabei können selbst die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen auf der Strecke bleiben. Das zeigt sich etwa in Vierteln wie Coerde oder Berg Fidel, die seit Jahren einer massiven Stigmatisierung und systematischen Vernachlässigung ausgesetzt sind. Hier leben viele in Gebäuden mit katastrophalen Wohnbedingungen, weil ihre Eigentümer*innen sie bewusst herunterwirtschaften, bis sie kaum noch sanier- und bewohnbar sind. Im Sommer 2024 spitzte sich der Zustand in einer Wohnanlage in Coerde dramatisch zu: Wasser, Strom und Aufzug fielen wochenlang aus, Mieter*innen hatten mit Schimmel und Löchern in den Wänden zu kämpfen. Der Zustand war so unhaltbar, dass die Stadt gezwungen war, einzugreifen und den Bewohner*innen zumindest mobile Duschen bereitstellte. Trotzdem erhielten die Eigentümer*innen zumeist die volle Miete. Bei vielen Immobilien börsennotierter Konzerne herrscht eine ähnliche Praxis: Sie werden regelmäßig verkauft, um von steigenden Bodenpreisen zu profitieren und nebenbei Mietzahlungen zu kassieren, ohne in die Instandhaltung oder das Wohl der Mieter*innen zu investieren. Das erfolgt so lange, bis das Gebäude nahezu baufällig wird. Häufig werden die bisherigen Mieter*innen durch bewusstes Verwahrlosen zum Auszug gedrängt („entmietet“), weil darauf spekuliert wird, die nun leerstehende Immobilie zu einem höheren Preis verkaufen oder neu vermieten zu können. Ziel kann es aber auch sein, eine Luxusmodernisierung oder einen Abriss durchführen zu können, um so renditehemmende Auflagen zu umgehen oder mit einem Neubau mehr Gewinn zu erzielen. Auch dies verdeutlicht ein Blick nach Coerde, wo gegenüber den betroffenen Häusern Luxus-Wohnanlagen entstehen, die sich die bisherigen Anwohner*innen kaum leisten können werden. Die Systematik dieser Praktiken wird an vielen Beispielen lokaler Problemvermieter*innen deutlich. Sie verschärft die ohnehin angespannten Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, treibt die Mieten hoch und verschlechtert die Lebensbedingungen vieler Mieter*innen.

Dass Menschen aus purer Not in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben müssen, ist längst keine Ausnahme mehr. Maßlos überbewertete Mikro-Appartements oder private Studierendenwohnheime, die die Notsituation schamlos ausnutzen und gleichzeitig die Verdrängung der Anwohnerschaft vorantreiben, sind für die meisten keine (langfristige) Alternative. So sehen sich auch viele junge Menschen gezwungen, in dubiosen WGs oder unter prekären Bedingungen zu wohnen. In den zur Verfügung stehenden Wohnungen und Zimmern hat man oft mit höchst problematischen Wohnverhältnissen zu kämpfen. Schimmel, Schädlinge, Heizungs- und Warmwasserausfälle sowie das endlose Warten selbst auf dringende Reparaturen sind längst bitterer Alltag vieler Mieter*innen in Münster. Diese Missstände bergen erhebliche gesundheitliche Risiken. Hinzu kommen immer wieder Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung.

Einige Vermieter*innen kommen damit nicht einmal ihren grundlegenden Verpflichtungen nach – doch während ihre Mieter*innen für den Aktienkurs

frieren, machen sie weiter satte Gewinne. Daneben nutzen sie die Abhängigkeit ihrer Mieter*innen aus und greifen zu allen möglichen Mitteln, um die Miete in die Höhe zu treiben, bei Nebenkostenabrechnungen zu tricksen oder unter fadenscheinigen Vorwänden zu kündigen. Viele Menschen haben nicht die Mittel, sich dagegen zu wehren und verzichten auf rechtliche Schritte – aus Hoffnungslosigkeit oder aus Angst, aufgrund der prekären Situation auf dem Münsteraner Wohnungsmarkt ihre Wohnung zu verlieren, so unzumutbar sie auch sein mag.

Verdrängung, Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit, Verwahrlosung und Luxusmodernisierungen, explodierende Mieten und spekulativer Leerstand sind Bestandteile eines Systems, das Profite über Menschen stellt. Sie alle sind auf ein Ziel ausgerichtet: Die Verwertung unserer Existenz – auf Kosten der Mieter*innen, und auf Kosten unserer Nachbarschaften, unserer Freund*innen und Familien. Damit stellen sie eine ständige Bedrohung dar: Für die Sicherheit des eigenen Zuhauses und für unsere Nachbarschaften. Wohnungskonzerne und Vermieter*innen machen Gewinne mit dem Grundbedürfnis nach Wohnraum. *Spätestens* wenn sie dabei selbst minimale Standards missachten, muss eingegriffen werden. Dieser Zeitpunkt ist längst überschritten. Diese Zustände sind Ausdruck eines gescheiterten Systems – als Linke verurteilen wir, dass die herrschende Politik sie duldet und unterstützt. Wir fordern ein konsequentes und präventives Eingreifen der Kommune, um endlich bessere Wohnverhältnisse durchzusetzen, ohne dabei Menschen zu verdrängen. Menschenwürdiges Wohnen für alle Menschen in Münster darf nicht länger aufgeschoben werden.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Leerstand bekämpfen, durch eine flächendeckende Erfassung der Nutzung und des Zustands von Immobilien, die alle Arten von Leerstand sichtbar macht; strengere Kontrollen und Durchsetzung bestehender Gesetze. Mittel und Kompetenzen der zuständigen Behörden müssen ausgebaut und Bußgelder deutlich erhöht werden.
- ◆ Abriss verhindern und den Bestand zukunftsfähig machen! Abrisse sollen nur erlaubt sein, wenn sie wirklich notwendig sowie sozial und ökologisch vertretbar sind. Erhaltenswerte Gebäude sollen durch Sanierung, Umbau oder Weiterentwicklung zukunftsfähig und langfristig nutzbar bleiben. Der Schutz des Bestands – und damit der Schutz von Menschen und Umwelt – muss Vorrang vor Neubauprojekten haben. Dafür brauchen wir klare Regeln und eine gezielte Förderung von Sanierungsmaßnahmen im Bestand bei gleichbleibenden Mieten.
- ◆ Einschränkung von Share Deals und verhindern, dass Immobilien auf diesem Weg verkauft werden. Diese Praxis, mit der Investor*innen die Grunderwerbsteuer umgehen, verursacht massive Steuerverluste, untergräbt das kommunale Vorkaufsrecht, benachteiligt private Käufer*innen und treibt die Spekulation voran. Sie schafft zudem undurchsichtige, schwer regulierbare Eigentumsstrukturen, die städtische Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten stark einschränken.

- ◆ Mehr Transparenz und Eingriffsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt durch die Einführung eines Transparenzregisters und die Stärkung kommunaler Rechte.

4.5 Wohn+Stadtbau stärken für gutes und günstiges Wohnen

Um die Krise zu stoppen, muss Wohnraum der Profitlogik und den Händen spekulativer Marktakteure entzogen und stattdessen im Interesse des Gemeinwohls bewirtschaftet werden. Die Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungsbestände in den letzten Jahrzehnten hat maßgeblich zur Verschärfung der Wohnraumkrise, zur Mietpreis-Explosion und zur Verdrängung vieler Menschen aus dem städtischen Raum beigetragen. Die Linke setzt sich für eine Boden- und Wohnungspolitik ein, die darauf ausgerichtet ist, diesen Trend umzukehren und eine langfristig sichere Wohnperspektive für alle schafft. Ein Ausweg aus dieser Misere ergibt sich nur durch die Rückgewinnung der Kontrolle über den Wohnungsmarkt. Öffentliches Bodeneigentum ist ein zentraler Schlüssel für eine gerechte Stadtentwicklung, die soziale und ökologische Notwendigkeiten vor Einzelinteressen stellt. Wir fordern daher eine Neuausrichtung der Wohnraumpolitik, die den öffentlichen Bestand schützt und ausbaut. Städtische Flächen und Gebäude dürfen nicht an profitorientierte Akteur*innen oder aus Gewinnmotiven verkauft werden, sondern müssen dauerhaft im öffentlichen Besitz bleiben.

Langfristig führt kein Weg an einer Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes vorbei. Die Stadt Münster muss die bestehenden Möglichkeiten nutzen, um ehemals privatisierte Flächen in öffentliches Eigentum zurückzuführen. Das Grundgesetz (Art. 15) eröffnet hier Optionen, die bisher nur selten im Interesse der Menschen genutzt wurden. Stattdessen wird die Möglichkeit der Vergesellschaftung oft nur diskutiert, wenn Investor*inneninteressen betroffen sind – wie im Fall der Theodor-Scheiwe-Straße. Das Konzept der Vergesellschaftung ist also nicht utopisch, sondern durchaus machbar. Derzeit fehlt der politische Wille dazu, wir als Linke sagen hingegen: Dieses vielversprechende Instrument muss als Teil einer gerechten Wohnungspolitik im Interesse der Stadtgesellschaft eingesetzt werden! Das gilt auch für die erstmalige Kommunalisierung von bisher gewinnorientiert bewirtschaftetem Wohnraum. Langfristig muss besonders der Bestand der großen, börsennotierten Immobilienkonzerne in öffentliches Eigentum übergehen. Gerade in einer Stadt wie Münster, mit einem wachsenden Mietenproblem ist eine umfassende Kehrtwende notwendig. Die Stadt ist gefordert, ihre Strategie zu überdenken und den politischen Willen zur Ermöglichung der notwendigen Veränderungen zu entwickeln. Ein Rückfall in die gescheiterte Politik der Privatisierung muss unbedingt ausgeschlossen sein.

Weil Bauland knapp ist, muss die Stadt als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge alle verfügbaren Flächen erwerben, diese behalten und dort, wo es sinnvoll ist, bebauen. Ein deutlicher Ausbau des öffentlichen Boden- und Wohnungsbestands ist nötig, um die Mieten zu stabilisieren und allen Münsteraner*innen Zugang zu einer guten, leistbaren Wohnung zu ermöglichen. Eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Mit über 7.000 eigenen Wohnungen bildet die Wohn+Stadtbau als kommunales Wohnungsunternehmen in Münster einen Gegenpol zu profitgetriebenen

Akteur*innen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Es ist ein sinnvoller und verstetigungsbedürftiger Schritt, dass sie seit einigen Jahren keine Gewinne mehr abführen muss, sondern von der Stadt zusätzliche Mittel in Form von Grundstücken erhält. Völlig losgelöst von marktwirtschaftlichen Zwängen ist sie dadurch aber leider noch nicht: So blieben auch ihre Mieten nicht immer von Erhöhungen verschont und zur Refinanzierung günstiger Wohnungen werden zum Verkauf bestimmte Eigentumswohnungen gebaut. Das wollen wir ändern: Die Wohn+Stadtbau muss sich endlich ausschließlich am Gemeinwohl orientieren können und mit den nötigen Mitteln zur Schaffung und zum Erhalt guten, leistbaren Wohnraums ausgestattet werden. Münster braucht dringend günstigen Wohnraum. Deshalb muss der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Wohnraum stark vermehrt und langfristig gesichert werden. Dies erfordert nicht nur ein dauerhaftes Privatisierungsverbot für kommunale Wohnungsbestände und eine verstärkte (Re-)Kommunalisierung, sondern auch eine deutliche Stärkung des kommunalen Neubaus. Je größer der Anteil an Wohnungen, die der Profitlogik entzogen sind, desto größer ist der Spielraum, den absurden Marktmechanismen einschließlich der Preisexplosion entgegenzuwirken. So kann die Grundlage für eine gerechte Wohnungspolitik geschaffen werden, die allen Menschen statt nur den Investoren dient und ihnen langfristig Sicherheit bietet.

Die Bewohner*innen wissen selbst am besten, was ihre Nachbarschaft braucht – ob es um vernachlässigte Grünflächen, Müllprobleme oder andere Missstände geht. Es sollte selbstverständlich sein, dass sie aktiv an Entscheidungen über ihr Wohnumfeld mitwirken können. Schließlich sind sie direkt von Maßnahmen wie Modernisierungen, Mietsteigerungen oder Nachverdichtungen betroffen. Die Verankerung einer umfassenden demokratischen und partizipativen Wohnkultur ist ein zentrales Element der Vergesellschaftungsidee. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und eine gemeinschaftliche Kontrolle über das Wohnen zu ermöglichen, sollten Mieter*innen-Räte eingeführt werden.

Die Wohnraumkrise zählt zu den drängendsten Sorgen der Bewohner*innen dieser Stadt. Die Münsteraner Politik muss ihrer Verantwortung in diesem Bereich endlich gerecht werden und die Wohnraumversorgung zur zentralen Aufgabe machen – verbunden mit einer entsprechenden Priorisierung im städtischen Haushalt. Jede Investition in kommunalen Wohnraum ist eine Investition in die Zukunft der Stadt. Sie ermöglicht nicht nur eine langfristige Kontrolle und Mitgestaltung der städtischen Entwicklung und sichert die Wohnraumversorgung. Auch ökonomisch ist sie sinnvoll und entlastet langfristig die öffentlichen Kassen, da Wohngeld- und Sozialausgaben bei stabil günstigen Mieten nicht ständig erhöht werden müssen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Eine finanzielle und personelle Stärkung der Wohn+Stadtbau, damit sie mehr guten, leistbaren Wohnraum schaffen und ihren Bestand nachhaltig bewirtschaften kann. Die Übertragung zusätzlicher städtischer Mittel in Form von Grundstücken an die Wohn+Stadtbau ist ein sinnvoller Schritt, den wir verstetigen wollen: Jedes Jahr sollen Flächen oder Wohnraum im Wert von mindestens 50 Mio. € übertragen werden.

- ◆ Erhalt und Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestandes, der dauerhaft gut und für alle leistbar bleibt und damit ein preisdämpfendes Gegengewicht zum teuren privaten Wohnungsmarkt schafft. Dazu gehört der Neubau kommunaler Wohnungen sowie der An- und Rückkauf privatisierter Wohnungen. Mietsteigerung müssen verhindert werden.
- ◆ Gut und günstig bauen und wohnen! Neuer Wohnraum soll zu dauerhaft günstigen Mieten entstehen. Statt Billigbau setzen wir auf langlebiges, zukunftsfähiges Bauen, das die Bedürfnisse der Menschen erfüllt und ohne Abstriche bei Bezahlbarkeit, Wohnqualität oder Klimaschutz möglich ist.
- ◆ Kein Bau von Eigentumswohnungen durch die Wohn+Stadtbau. Diese zu verkaufen, um mit dem Gewinn Neubauvorhaben zu finanzieren, ist nicht zielführend. Sie treiben die Mietpreise in der Regel noch weiter in die Höhe. Die Wohn+Stadtbau sollte dieser Entwicklung entgegenwirken, statt sie zu befördern.
- ◆ Sofortiger und dauerhafter Stopp des Verkaufs von städtischen Wohnungen und Grundstücken, insbesondere an profitorientierte Firmen. Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände hat wesentlich zu den heutigen Problemen auf dem Wohnungsmarkt beigetragen – dieser Fehler darf nicht wiederholt werden.
- ◆ Städtische Grundstücke dürfen höchstens in Erbpacht vergeben werden, damit sie im öffentlichen Eigentum verbleiben. Das sichert einen langfristigen öffentlichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt und dämpft Boden-, und somit Miet- und Kaufpreise. Damit kommt sie allen zugute, die Wohnraum bewohnen und ihn nicht zu Profitzwecken nutzen.
- ◆ Eine nachhaltige Bodenvorratspolitik, bei der die Stadt möglichst viele Flächen erwirbt und bei der Grundstücksvergabe kein Marktpreis verlangt wird, sondern ökologische und soziale Kriterien Vorrang haben. Wohnraum gehört in öffentliche Hand, wenn er nicht auch von den Eigentümern selbst bewohnt wird. Städtische Bauflächen sollen daher vorrangig in kommunalen, genossenschaftlichen oder in anderen gemeinschaftlichen Eigentumsformen (d.h. im Eigentum der Menschen, die dort leben) bebaut werden. Nur so ist gesichert, dass der Wohnraum dort dauerhaft leistbar bleibt. Auch andere alternative Wohnformen, denen der Zugang über den Markt oft verwehrt bleibt, sollen einfacher realisiert werden können.
- ◆ Wohnraum ist Gemeingut! Mieter*innen in kommunalen Wohnungen sollten ein verbindliches Recht zur Mitbestimmung über die Sanierung und Entwicklung der Gebäude haben, in denen sie leben.
- ◆ Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist rechtlich möglich und wohnungspolitisch notwendig – diese Option sollte im Interesse der Stadtgesellschaft genutzt werden.

4.6 Gemeinwohl statt Rendite: Genossenschaftliche und gemeinnützige Wohnprojekte fördern

Perspektivisch müssen wir die Wohnungsversorgung dem Markt komplett entziehen, damit alle Menschen in Münster unabhängig von ihrem Geldbeutel gut und sicher wohnen können. Um die Weichen dafür zu stellen, setzen wir auf die Förderung eines starken gemeinwohlorientierten Wohnungssektors. Durch genossenschaftlichen Wohnungsbau kann langfristig leistbarer und qualitativ hochwertiger Wohnraum geschaffen werden. Daneben sind weitere nicht-profitorientierte Wohnprojekte wie z.B. Mietshäusersyndikate zu unterstützen und neue anzuregen. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke sollen solche alternativen und gemeinschaftlichen Wohnformen, denen der Zugang über den Markt oft verwehrt bleibt, neben dem kommunalen Wohnungsbau bevorzugt werden, damit sie diese im Sinne sozialer und ökologischer Kriterien nutzen können. Dafür braucht es ein preislimitiertes Vorkaufsrecht, das an die Garantie einer dauerhaften sozialen und gemeinwohlorientierten Nutzung geknüpft ist.

Auf Bundesebene fordert die Linke seit Jahren eine Wiederbelebung der Wohngemeinnützigkeit. Statt weiterhin Milliarden in Wohngeld und Unterkunftskosten und damit in die Subventionierung der Profite von Vermieter*innen zu stecken, könnte man genossenschaftliche Wohnprojekte damit gezielt unterstützen. Dieser Ansatz wurde von der letzten Bundesregierung zwar aufgegriffen, aber leider völlig unzureichend umgesetzt. Die beschlossenen Maßnahmen greifen zu kurz, um den Sektor nachhaltig zu stärken und mit ihm einen effektiven Gegenpol zur profitorientierten Wohnungswirtschaft aufzubauen, den es so dringend braucht. Unsere Forderung stützt sich auf die historische Wohngemeinnützigkeit, die bis 1989 eine breite Bevölkerungsschicht mit bezahlbarem Wohnraum in hoher Qualität versorgte und wesentlich zum Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren beitrug. Dabei war sie von einem antifaschistischen Grundgedanken geprägt: Als demokratischer Gegenentwurf zur Ideologie der „Volksgemeinschaft“ zielte sie darauf ab, Gemeinwohl und Solidarität ins Zentrum der Wohnungspolitik zu stellen. Nach ihrer Abschaffung fiel der Bestand an günstigen Wohnungen drastisch, die Wohnraumversorgung wurde zunehmend privatisiert und finanzialisiert. Die Folgen werden heute vielerorts zur Existenzbedrohung für Mieter*innen. Auch wirtschaftlich hat sich die Abschaffung nicht gerechnet, weil die Ausgaben für Wohngeld und Kosten der Unterkunft massiv gestiegen sind.

Leider stehen Genossenschaften aktuell oft vor denselben Problemen wie andere Wohnprojekte: Sie haben keinen Zugang zu günstigen Grundstücken und kämpfen mit der Finanzierung, die bei niedrigen Mieten schwer realisierbar ist. Ohne ausreichende Unterstützung, die auch das Konzept der Bundesregierung nicht bieten kann, sind sie auf private Investitionen angewiesen, was die Mieten in die Höhe treibt und viele Projekte gefährdet. Dabei wäre günstiges Wohnen hier gut möglich: Laut einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung könnten Mieten von knapp 5,50 € pro Quadratmeter realisiert werden. Eine Wohnraumbewirtschaftung im Interesse der Mieter*innen würde neben leistbaren Mieten auch eine Sicherung und Verbesserung der Wohnqualität, einen zuverlässigen Service und eine Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten bedeuten.

Ein neue, wirksame Wohngemeinnützigkeit muss gemeinnützige Akteure im Gegenzug für steuer- sowie förderrechtliche Vorteile und privilegierten Zugang zu Bauland zu dauerhaft niedrigen Mieten verpflichten. Ebenso muss sie die Einhaltung sozialer und ökologischer Prinzipien sowie demokratische Mitbestimmungsrechte sicherstellen. Die Wohnungen sollen dauerhaft belegungsgebunden sein und auf eine Kostenmiete, d.h. auf die anfallenden Kosten (z.B. für Herstellung, Finanzierung, Instandhaltung und Verwaltung) und eine Investitionsrücklage begrenzt werden. Überschüssige Gewinne dürfen nicht ausgeschüttet, sondern müssen reinvestiert werden.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Alternatives Wohnen ermöglichen! Immer mehr Menschen möchten in alternativen Wohnformen zusammenleben. Das möchten wir unterstützen und setzen auf eine Förderung neuer und bestehender genossenschaftlicher und alternativer Wohn- und Häuserprojekte sowie die Beratung von Interessierten.
- ◆ Die Stadt Münster soll genossenschaftlichen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnprojekten bevorzugt Grundstücke in Erbpacht und zu vorteilhaften Konditionen zur Verfügung stellen.
- ◆ Die Wiedereinführung einer effektiven Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene, die sich im Gegensatz zur völlig unzureichenden Fassung der letzten Regierung an der alten Wohngemeinnützigkeit orientiert. Diese würde gemeinwohlorientierte Träger stärken und ihnen die Schaffung von gutem, leistbarem Wohnraum erleichtern. Sie würde dafür sorgen, dass Mieten kostendeckend begrenzt und Gewinne in den Neubau preisgünstiger Wohnungen sowie in den Bestand reinvestiert werden.

4.7 Öffentlicher Raum für alle – mit Würde, Teilhabe und Menschlichkeit

Reichtum und Armut existieren auch in Münster Seite an Seite und driften immer weiter auseinander. Dieser Gegensatz ist Ergebnis einer Politik, die Reiche und Unternehmen entlastet, während öffentliche Leistungen gekürzt und Gemeingüter privatisiert werden. Das zeigt sich auch im öffentlichen Raum: Statt die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, prägt die kapitalistische Verwertungslogik das Stadtbild. Gerade in einer Zeit, die spüren lässt, wie die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einer Krise des sozialen Zusammenhalts und der Demokratie führt, ist es ein Skandal, wenn soziale und kulturelle Teilhabemöglichkeiten immer weiter abgebaut werden. Wollen wir dem Anspruch gerecht werden, eine bunte Stadt gegen Rechts zu sein, müssen wir uns dieser Entwicklung und jedem Ausschluss von Teilhabe durch städtisches oder unternehmerisches Handeln entschieden entgegenstellen.

Für Die Linke ist klar: Öffentliche Räume sind zentral für das gemeinschaftliche Leben und sie gehören uns allen. Wir setzen uns für eine demokratische, ökologische und inklusive Stadtentwicklung ein, die ein echtes „Recht auf Stadt“ für alle ermöglicht. Damit meinen wir eine Stadt, die für alle zugänglich und

lebenswert ist und in der wir alle an der Gestaltung des gemeinsamen Raums mitwirken können. Eine Stadt, die allen Teilhabe ermöglicht und mit der kapitalistischen Verwertungslogik bricht. Wir stellen uns klar gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung der Stadt. Der öffentliche Raum soll Orte der Begegnung, des Austauschs und des gemeinsamen Handelns schaffen, an denen Isolation überwunden und Gemeinschaft gelebt werden kann. Diese müssen auch Menschen mit wenig Geld offen stehen. Es braucht mehr urbane Freiräume, die dazu einladen, sich zu treffen, zu entspannen oder kreativ zu sein und die ohne Konsum- oder Verzehrzwang genutzt werden können.

Wie das aussehen kann, zeigen zahlreiche selbstorganisierte, kulturelle und nicht-kommerzielle Projekte in Münster. Die von engagierten Münsteraner*innen erkämpften, geschaffenen und gepflegten Freiräume eröffnen den Menschen vor Ort lebendige Treffpunkte. Sie bieten sichere Rückzugs- und Begegnungsmöglichkeiten, die Raum für politische sowie kulturelle Teilhabe und vielfältige Lebensweisen schaffen. Zudem regen sie zu freier Entfaltung, kritischem Denken und echtem Austausch an – fernab von der ständigen Bewertung und den Zwängen, denen wir in Schule, Beruf und Alltag oft begegnen. Hier entstehen vielfältige Projekte – von Soli-Küchen über Workshops bis hin zu Konzerten, Ausstellungen und vielem mehr – die allen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sexualität oder Geldbeutel offenstehen und die die Stadt prägen und bereichern. Der Erhalt dieser Freiräume ist keineswegs selbstverständlich. Wegen öffentlichen Sparmaßnahmen, Reglementierungen und der fortschreitenden Gentrifizierung droht vielen alternativen Projekten und soziokulturellen Zentren das Aus. Die Linke stellt sich entschieden gegen diese Entwicklung. Wir verurteilen die Räumung und Zerschlagung selbstverwalteter Projekte wie dem Gazo oder dem Jugendzentrum „PG“. Mit ihnen verschwinden nicht nur Treffpunkte, sondern auch Ideen und Perspektiven, die unsere Stadt lebendig und widerstandsfähig machen. Die Stadt muss sie unterstützen und ihnen langfristig eine sichere Zukunftsperspektive bieten.

Auch immer mehr Treffpunkte im Freien, an denen man sich ohne Konsumzwang begegnen kann, verschwinden. Etablierte Praktiken im öffentlichen Raum und Möglichkeiten, ihn für spontane Begegnung und Austausch zu nutzen, werden zunehmend eingeschränkt. Dabei ist er Ausgangspunkt, um Kultur und Gesellschaft zu erleben, zum Ausgehen und Feiern. Nicht jede*r möchte sich den Besuch in einer schicken Bar leisten – und nicht jede*r kann das. Obwohl es gerade in Zeiten massiver Preissteigerungen, wachsender Armut und Isolation Treffpunkte und Freizeitangebote bräuchte, die auch mit wenig Geld zugänglich sind, fehlen diese besonders abends. Solche werden etwa durch das Cornern geschaffen – ein fester Bestandteil des Nachtlebens im Hansaviertel, der die Gelegenheit bietet, sich spontan und vergleichsweise günstig mit Freund*innen zu treffen. Menschen können sich niedrigschwellig und konsumzwangfrei als Teil ihrer Stadt wahrnehmen – das ist für Die Linke gelebte, inklusive Stadtteilkultur. Sie sollten nicht gezwungen sein, etwas zu kaufen, um ihr Viertel erleben und genießen zu dürfen! Eine lebendige und vielfältige Kulturszene ist unverzichtbar für ein erfüllendes Stadtleben. Für uns bedeutet das: Schluss mit der Verdrängung von Subkultur und Praktiken, die nicht ins Bild der Wohlhabenden passen! Kultur und Begegnung leben von Experimentierfreude und unkonventionellen Ideen. Dafür braucht es Freiräume für alternative Kultur – Orte,

an denen Menschen sie gemeinsam gestalten und erleben können. Selbstorganisierte Raves sind ein Beispiel dafür: Sie bieten gerade jungen Menschen und jenen mit wenig Geld eine Alternative zu teuren Clubs und die Möglichkeit, sich auszuprobieren und Kultur aktiv mitzugestalten. Die Linke Münster steht dafür ein, dass alternative Projekte, unkommerzielle Subkultur und selbstorganisierte Zusammenkünfte in dieser Stadt einen festen Platz haben. Wir fordern eine offene Haltung aller städtischen Stellen ihnen gegenüber. Künstler*innen, Nutzer*innen und Veranstalter*innen verdienen Unterstützung und Toleranz statt Kriminalisierung! Ihre Aktivitäten sind ein unverzichtbarer Teil des kulturellen Lebens und müssen als solcher anerkannt werden. Leider wird der städtische Raum in Münster seit Jahren kommerzialisiert, privatisiert und durchreguliert. Seine Nutzung steht zunehmend unter dem Einfluss von Verboten, Bußgeldern und einer fortschreitenden Aufwertungspolitik, die die Interessen wohlhabender Investor*innen und die touristischen Aufwertung der Stadt über das Gemeinwohl stellt. Dadurch werden ein ungezwungenes Miteinander und die verschiedenen Formen urbaner Raumeignung immer weiter eingeschränkt. Sie nimmt der Stadt ihre kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit und entzieht besonders jenen, die weniger haben, die wenigen verbleibenden Räume, in denen sie sich als Teil der Stadt erleben können. Wir stellen uns klar gegen den weiteren Ausverkauf der Stadt, solidarisieren uns mit den von Verdrängung und Ausgrenzung Betroffenen, unterstützen die Selbstorganisation von Bewohner*innen in Stadtteilinitiativen wie dem Hansaforum, Berg Fidel Solidarisch oder Gievenbeck Solidarisch und setzen uns für den Schutz und Fortbestand emanzipatorischer Projekte und ihrer Freiräume ein. Wir wollen Selbstorganisation ermöglichen statt Fremdbestimmung zu akzeptieren!

Als Linke stellen wir uns gegen jede Kriminalisierung von Lebensentwürfen und -realitäten. Münster muss ein Ort sein, an dem jede*r ohne Angst vor Ausgrenzung, Diskriminierung oder Existenznot leben kann. Unsere öffentlichen Räume müssen ein Miteinander ermöglichen, das die Teilhabe und Würde jedes Menschen garantiert. Ein Blick in die Innenstadt zeigt jedoch eine gegenläufige Tendenz. Tragischerweise nehmen nicht nur Wohnungslosigkeit und die Zahl der „Drogentoten“ zu, sondern auch die Fälle von Stigmatisierung, Anfeindung und Gewalt gegen die Betroffenen. Zugleich geraten wohnungslose Menschen und Konsumierende illegalisierter Substanzen in den Fokus einer an der Marktlogik ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik, die ihre bloße Anwesenheit besonders in konsumorientierten Gegenden als Problem ansieht. Statt sozialer Lösungen wird auf Repression, Verdrängung und Kriminalisierung gesetzt – sei es durch gezielte Polizeikontrollen, Überwachungskameras, den Abbau von Bänken oder andere städtebauliche Maßnahmen, die „unerwünschte“ Personengruppen aus dem Blickfeld verdrängen sollen. Diese Praktiken, die unter dem Deckmantel der ‚Kriminalprävention‘ betrieben werden, tragen nicht zur Lösung der Probleme bei, sondern verschärfen die ohnehin prekäre Lebenslage der Betroffenen und stigmatisieren sie zusätzlich. Auch die vermeintliche „Aufwertung“ dient in erster Linie den einflussreichen wirtschaftlichen Interessenverbänden, statt Verbesserungen im Lebensumfeld der Menschen vor Ort zu bewirken. Das Unsichtbarmachen von Armut und sozialer Ungleichheit ist Ausdruck einer Politik, die Wirtschaftsinteressen über das Gemeinwohl stellt. Eine Stadt, die nur

für Konsum und Wettbewerb gestaltet wird, verliert ihre Menschlichkeit. Wir stellen uns der Logik dieser inhumanen Verdrängungspolitik entgegen und kämpfen für eine sozial gerechte Stadtpolitik, die verbindet statt trennt, indem sie die Ursachen von Armut bekämpft, statt sie durch kostspielige „Aufwertungsmaßnahmen“ zu kaschieren. Anstelle repressiver Verdrängung und Kriminalisierung fordern wir konkrete Maßnahmen, die den Betroffenen Hilfe, Schutz und Perspektiven bieten. Soziale Probleme erfordern soziale Lösungen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Stadt muss Schutz und Förderung von sozialen Zentren, selbstverwalteten Strukturen und Freiräumen gewährleisten, ohne dies an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch übermäßige Auflagen zu erschweren.
- ◆ Zur Bekämpfung von Vereinsamung fordern wir die Schaffung und Förderung von intergenerativen Projekten und Wohnformen, in denen Menschen unterschiedlicher Generationen zusammenkommen können.
- ◆ Wir setzen uns für eine Stadtpolitik ein, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, ihr Umfeld nach ihren Bedürfnissen mitzugestalten. Anwohner*innen und nicht-profitorientierte Initiativen sollten aktiv in die Stadtgestaltung einbezogen werden.
- ◆ Leerstand beleben und für das Allgemeinwohl nutzen: Leerstehende Räume sollen für soziale, kulturelle und gemeinschaftliche Projekte sowie als Begegnungsorte geöffnet und genutzt werden. Initiativen wie MS.Quadrat sind zu unterstützen: Durch die Aktivierung dieser Räume durch Zwischennutzungen schafft sie nicht nur günstige Raumangebote, sondern zeigt auch, wie ein lebendiges städtisches Zusammenleben gestaltet werden kann.
- ◆ Wohnungslosigkeit bekämpfen, nicht Wohnungslose: Sie ist das Ergebnis des kapitalistischen Wohnungsmarktes und muss an ihren Ursachen bekämpft werden! Hilfsmodelle wie der Housing First-Ansatz, der wohnungslosen Menschen bedingungslosen Zugang zu sicherem Wohnraum und damit Stabilität und Perspektiven schafft, müssen ausgebaut werden. Zwangsräumungen gehören verboten, die Unterstützung bei Miet- und Energierückständen muss verstärkt werden. Es werden mehr städtische Ersatzwohnungen benötigt – dabei sind Einrichtungen mit Einzelzimmern und speziellen Schutzräumen für FLINTA* großen Massenunterkünften vorzuziehen. Zudem sind Tagesaufenthaltsmöglichkeiten sowie Kälte- und Hitzeschutzmaßnahmen auszubauen.
- ◆ Eine humane Drogenpolitik – Entkriminalisierung und Hilfe statt Ausgrenzung! Die gescheiterte, repressive Drogenpolitik, die Notlagen verschärft und unzählige Leben kostet, muss durch eine akzeptierende und gesundheitsorientierte Strategie ersetzt werden. Der Konsum illegalisierter Substanzen muss entkriminalisiert und bedarfsgerechte Hilfsangebote wie Drogenkonsumräume, Substitutionsprogramme, Drug-Checking und aufklärende sowie aufsuchende Sozialarbeit flächendeckend ausgebaut werden. Soziale Einrichtungen wie INDRO e.V. müssen stärker gefördert werden.

- ◆ Mehr soziale Infrastruktur für eine menschliche und inklusive Stadtgestaltung! Die Gestaltung öffentlicher Plätze darf nicht der Verdrängung und wirtschaftlichen Verwertung dienen. Der Einsatz menschenfeindlicher Architektur ist zu verbieten. Statt millionenschweren „Aufwertungsprojekten“ wie im Hamburger Tunnel, die ohnehin weder Ursachen noch Symptome sozialer Probleme lösen, fordern wir konkrete Maßnahmen und Investitionen in die Lebensqualität aller, z.B. durch kostenlose öffentliche Toiletten und Trinkwasserspender, mehr grüne Plätze in allen Stadtteilen, zur Erholung und für das Stadtklima sowie Sitzgelegenheiten, zugängliche, wettergeschützte Aufenthaltsbereiche und einladende Verweilmöglichkeiten.

Münster ist für uns alle der Ort, an dem wir zu Hause sind, der unsere Lebensumstände prägt und an dessen Gestaltung wir deshalb auch alle mitwirken können sollten. Unsere Vision ist eine lebenswerte und inklusive Stadt, in der alle Menschen ohne Hürden teilhaben können – unabhängig von Alter, Einkommen oder anderen Barrieren. Wir streben eine grüne, nachhaltig gestaltete Stadt mit kurzen Wegen und leistbarer Infrastruktur an, die sich dem Klimawandel nicht nur auf dem Papier stellt. Eine Stadt, in der alle Menschen ihre Freizeit und ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten können und in der Isolation und Entfremdung überwunden werden können. Nicht die Menschen müssen sich der Stadt, sondern die Stadt muss sich den Menschen anpassen.

Münster gehört uns allen!



5 Umwelt und Klima retten, statt grünen Kapitalismus predigen

Über 50 Jahre ist es her, dass der Club of Rome mit seiner Studie »Die Grenzen des Wachstums« an die Öffentlichkeit gegangen ist und deutlich gemacht hat, dass endloses Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten in die Katastrophe führen muss. Als Reaktion darauf gab es unter dem Begriff der Nachhaltigkeit vor allem Aktionismus in Form zahlreicher internationaler Kongresse zum Umwelt-, Klima-, Meeres- und Artenschutz. Sieht man sich die oftmals fortgeführte, oder gar beschleunigte Umweltzerstörung der letzten Jahrzehnte an, wird klar, dass oftmals nur zahme Papiertiger beschlossen wurden. Wo ein echter Wille bestand, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, wurden ambitionierte Schutzziele häufig vor dem Hintergrund von Einzelinteressen und dem grenzenlosen Gewinnstreben der kapitalistischen Wirtschaft durch Lobbyisten aufgeweicht. Dies geht mitunter so weit, dass beispielsweise die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), in dem der aktuelle Stand der Forschung zum menschengemachten Klimawandel zusammengefasst wird, vor ihrer Veröffentlichung auf politischen Druck hingezielt verharmlost werden. Dabei ist die Lage mehr als Ernst: Vermüllung, Klimawandel, Artensterben, Bodenerosion, Entwaldung, Überfischung und viele weitere Probleme fordern dringend eine Kehrtwende. Nicht morgen, nicht übermorgen, sondern jetzt! Wo wirtschaftsnahe Ökonomen und Unternehmen immer wieder den Profit und den Kapitalismus als angeblich alternativlos in den Vordergrund stellen, ist für uns klar: Unser Planet muss auch in Zukunft bewohnbar bleiben und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dass dies mit der auf Wachstum angewiesenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung offenbar kaum zu vereinbaren ist, muss zu dem Schluss führen, deren Überwindung anzustreben. Der Schutz der Umwelt ist nicht in erster Linie durch Marktinstrumente zu bewerkstelligen, denn der freie Markt hat überhaupt erst in diese Situation geführt. Vergangene Erfahrungen zeigen, dass es staatliche Regulierungen braucht, um die Zerstörung der Umwelt zu stoppen. So wurde mit dem Montrealer Protokoll die Herstellung der ozonschädlichen FCKWs weltweit verboten – eine Maßnahme, die unsere Ozonschicht gerettet hat. Um das Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, noch erreichen zu können, sind drastische Maßnahmen erforderlich. Für uns ist es dabei selbstverständlich, dass diese auch staatliche Investitionen beinhalten müssen. Wenn Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen sollen, muss dafür selbstverständlich ein gut ausgebauter und zuverlässiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) vorhanden sein. Der aktuelle Trend geht jedoch leider in eine andere Richtung: Seitdem die Deutsche Bahn auf politischen Beschluss hin, wie ein gewinnorientiertes Privatunternehmen agiert, sind Verspätungen, Ausfälle von Zügen und die Stilllegung immer größerer Teile des Streckennetzes traurige Realität. An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass ökologische Politik immer auch soziale Politik ist: Wenn der ÖPNV als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen wird, ermöglicht er auch einkommensschwachen Menschen Mobilität. Gleichzeitig treffen die Folgen der Umweltzerstörung gerade arme Menschen am härtesten, da sie nicht die finanziellen Mittel haben, sich gegen wiederholte extreme Hitzewellen mit Klimaanlage zu schützen, sich Wohnraum abseits

vielfahrener Straßen und verpesteter Luft zu leisten oder die steigenden Lebensmittelpreise infolge von Ernteausschlägen zu bewältigen. Sozialer und ökologischer Wandel gehören untrennbar zusammen. Für viele Maßnahmen des Umweltschutzes sind aufgrund der weltweiten Zusammenhänge Regelungen auf Landes-, Bundes- oder internationaler Ebene notwendig. Doch auch Münster kann als Kommune einen bedeutenden Beitrag leisten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in Münster der Klima Notstand ausgerufen und damit anerkannt wurde, dass der Klimaschutz bei allen kommunalen Entscheidungen der Stadt eine wichtige Rolle zu spielen hat. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Bekenntnis nun mit Leben gefüllt wird, statt eine bloße Worthülse zu bleiben. Konkret bedeutet das für uns die Förderung von Investitionen in umweltfreundliche Infrastruktur, den Ausbau des ÖPNV, die Zurückdrängung des Autoverkehrs in der Münsteraner Innenstadt und den Ausstieg kommunaler Institutionen aus umweltschädlichen Investitionen - auch Divestment genannt. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) seine RWE-Anteile abstößt. Die Klimaneutralität 2030 ist mit aller Kraft anzustreben.

5.1 Ökologischer Umbau und echte Energiewende

Die Stadt Münster rühmt sich damit, beim Thema Umwelt- und Klimaschutz in einer Vorreiterrolle zu sein. Aber wo hat der ökologische Umbau in Münster bereits stattgefunden? In der Landwirtschaft? Beim Thema Verkehr? Beim Thema Energieversorgung? Dass Münster bereits zahlreiche Konzepte auf dem Papier erstellt hat, genügt nicht. Konzepte müssen mit Leben gefüllt werden. Papier ist geduldig, unser Planet nicht mehr. Ökologie darf nicht gegen soziale Politik ausgespielt werden. Wir müssen beides zusammen denken. Die reichsten 10% der Menschheit sind für die Hälfte aller Treibhausgase verantwortlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Umwelt und Klima konsequent geschützt werden, aber nicht zu Lasten derer, die dafür nicht verantwortlich sind. Diese Arbeit fängt vor unserer Haustüre an. Unsere Umwelt, und damit unsere natürliche Lebensgrundlage, gerät durch das aktuelle Wirtschaftssystem immer mehr an ihre Grenzen. Während ein gutes Leben für Alle mit dem Erhalt von Umwelt und Natur vereinbar wäre, wird daraus im Kapitalismus ein unerreichbares Ziel. Denn um die Profite zu erwirtschaften, durch die reiche Menschen auf Kosten der Ärmern immer reicher werden, ist ein stetiges Wirtschaftswachstum notwendig. Die Folgen sind enorm und teilweise absurd: Während in Deutschland zum Beispiel immer mehr Menschen bewusst ihren Fleischkonsum einschränken, sucht die Fleischindustrie nach neuen Absatzmärkten im Ausland. Die anfallenden Güllemassen überdüngen die Landschaften und sorgen auch in Münster für mit Nährstoffen übersättigte Gewässer – mit fatalen Folgen! Man denke nur an das massenhafte Fischsterben im Aasee im Jahr 2018. Einer der Gründe dafür war die Übersättigung mit Phosphat. Wir als Linke erteilen dieser perfiden Logik eine klare Absage. Ziel muss eine Wirtschaft sein, die nicht Unternehmens- und Profitinteressen, sondern dem Interesse der breiten Bevölkerung dient und unsere Umwelt erhält. Eine intakte Umwelt und funktionierende ökologische Kreisläufe für die jetzigen und kommenden Generationen zu erhalten muss daher ein selbstverständliches Ziel der Politik sein. Leider ist aktuell das Gegenteil der Fall: Immer mehr

Grünflächen werden zubetoniert, Bäume werden – auch trotz massiver Gegenproteste der Anwohner*innen – gefällt. Angesichts des verschwenderischen Gebrauchs von Kunststoffen durch die Verpackungsindustrie wird mit Plastiktütenverboten lediglich Symbolpolitik betrieben und die Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig wäre. Um das zu ändern, ist es notwendig, den politischen Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen – im Rat und auf der Straße. Die Energiewende muss vorangetrieben werden und hierbei soll Münster eine tragende Rolle spielen. Münster soll Modellstadt für Energieeinsparung und Klimaschutz werden. Ziel der Linken ist eine soziale, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung auf Basis einer kommunalen und dezentralen Energieerzeugung. Hierbei soll zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien zurückgegriffen werden, in jederlei Hinsicht soll eine maximale Energieeinsparung erreicht werden. Münster muss bis 2030 CO₂-neutral werden.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Ökologisch nachhaltige, energetische Sanierung von Altbauten hinsichtlich der Wärmedämmung und weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Neubauten sollen hohe Energiestandards erfüllen; eine finanzielle Mehrbelastung von Mieter*innen durch Umlage der Kosten energetischer Maßnahmen lehnen wir ab.
- ◆ Beratungsangebote hinsichtlich der Energieeffizienz für sowohl Einwohner*innen als auch Unternehmer*innen.
- ◆ Ausbau der Förderprogramme für die Sanierung von Altbauten.
- ◆ Ausstieg des LWL aus schmutzigen Investitionen. Die millionenschwere Beteiligung an RWE muss abgestoßen werden.
- ◆ Bestehende und neu gebaute öffentliche Gebäude müssen mit Solaranlagen, Dachflächen- und Fassadenbegrünung ausgestattet sein; wo private Bauherren auf öffentlichem Grund bauen, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, diese ebenfalls zu den genannten Maßnahmen zu verpflichten.
- ◆ Ausbau erneuerbarer Energiequellen.
- ◆ Die Münsteraner Stadtwerke sollen keinen Strom mehr aus fossilen Energien beziehen; die Stadtwerke sollen so schnell wie möglich die Stadtbevölkerung mit 100% Ökostrom beliefern.
- ◆ Statt hoher Gewinnabführung der Stadtwerke an die Stadt Münster fordern wir mehr Investitionen in erneuerbare Energien.
- ◆ Die Endlagerungskosten der Atomwirtschaft und die Ewigkeitskosten der Kohlewirtschaft sind, anders als bisher, durch tatsächliche Rücklagen, statt lediglich durch in der Bilanz ausgewiesene Rückstellungen abzusichern; als Prinzip muss gelten: Wer die Gewinne gemacht hat, muss auch die Folgekosten tragen!
- ◆ Münster soll sich für die sofortige Schließung der Atomanlagen in Gronau, Lingen und Ahaus einsetzen; es dürfen keine Atomtransporte mehr durch Münster fahren.

- ◆ Der Aasee muss naturnah umgestaltet werden, damit keine Katastrophen wie das Fischsterben im Jahr 2018 mehr stattfinden; Zu- und Abflüsse sind zu vergrößern; der Phosphateintrag durch die Massentierhaltung im Umland ist deutlich zu verringern.
- ◆ Mehr Grünflächen und mehr Bäume, sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken; kommunale Wälder sollen als Mischwälder naturnah gestaltet werden; bei der Wahl der zu pflanzende Bäume sollten klimafeste, heimische Baumarten bevorzugt werden. Das hat auch den Vorteil, dass die Begrünung als Nahrungsquelle und Lebensraum für einheimische Insekten dient und so dem dramatischen Insektensterben entgegenwirkt.
- ◆ Einrichtung von möglichst vielen sogenannten Tiny Forests, bevorzugt in dichtbesiedelten Gebieten der Stadt.
- ◆ Keine Eingriffe in die Frischluftschneisen und Grünringe.

5.2 Produktion vor Ort: Kurze Wege, fairer Handel!

Die Linke steht für eine nachhaltige, ökologische und soziale Wirtschaftspolitik zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze, vor allem in regionalen und ökologischen Wirtschaftskreisläufen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Unterstützung der regionalen Herstellung und Vermarktung von Produkten; die Stadtverwaltung sollte als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen vor allem auf Regionalität, Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen achten.
- ◆ Wo Importe unvermeidbar sind, soll fairer Handel unterstützt und weiter ausgebaut werden.
- ◆ Verwendung ausschließlich pflanzlicher, ökologisch nachhaltig und fair produzierter Nahrungsmittel in allen städtischen Schulen, Kitas und Kantinen.
- ◆ Vermeidung von Müllverbrennung und Verwertung vor Ort; das langfristige Ziel ist, Transporte von Müll und die Entstehung von Abfall generell zu vermeiden; kurzfristig unterstützen wir bereits bestehende Maßnahmen, wie insbesondere die Kooperation mit der niederländischen Stadt Twente, wodurch die Transportwege des Abfalls verkürzt werden und die Abfallverwertungsanlagen besser genutzt werden.
- ◆ Die Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes: mehr Wiederverwertung von Abfall und höhere Recycling-Quoten; strenge Richtlinien zur Vermeidung nicht-recyclbarer Materialien und unnötiger Verpackungen.
- ◆ Die sofortige Einführung einer Verpackungssteuer.

5.3 Landwirtschaft ökologisch nachhaltig gestalten

Etwa die Hälfte des Stadtgebietes wird landwirtschaftlich genutzt. Die Linke setzt sich für eine möglichst ökologische, d.h. vor allem pestizidfreie

Landwirtschaft ein. Leider hat die Stadt Münster nur auf einen Bruchteil der Flächen direkten Einfluss. Dieser Einfluss soll jedoch weitestmöglich genutzt werden.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Pestizidfreiheit auf allen von der Stadt Münster an Dritte verpachteten Flächen; Verpflichtung der Pächter, Wild- und Insekten-Schutzstreifen einzurichten.
- ◆ Die Förderung von regionalen, saisonalen und biologischen Produkten.
- ◆ Vermehrte Aufklärung über den ökologischen Fußabdruck unserer Nahrungsmittel.
- ◆ Die Förderung von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere der solidarischen Landwirtschaft, zuungunsten der Großindustriellen Landwirtschaft.

5.4 Tierrechte stärken- Keine Profite mit Tierausbeutung!

Die Linke erkennt das Recht von Tieren auf ein leidfreies Leben an und setzt daher auf einen Ausbau des Tierschutzes auf allen Ebenen. Die derzeitige Massentierhaltung lehnen wir ab. Keine Gefangenschaft kann jemals artgerecht sein. Solange aber eine Abschaffung der Massentierhaltung auf Bundesebene noch nicht durchgesetzt worden ist, wollen wir auf lokaler Ebene alle Mittel nutzen, den Tierschutz zu verbessern und Missstände aufzudecken und abzustellen. So müssen Landwirt*innen in die Lage versetzt werden, den Umstieg zu einer tierleidfreien und idealerweise rein pflanzenbasierten Produktionsweise bewerkstelligen zu können. Mit dem derzeitigen Subventionssystem wird hauptsächlich der Trend zu einer Vergrößerung der Betriebe unterstützt. Das wollen wir zugunsten kleinerer und ökologischer wirtschaftender Betriebe ändern.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Beendigung der Massentierhaltung.
- ◆ Die Stadt Münster soll sich für eine Veränderung des Subventionssystems in der Landwirtschaft einsetzen.
- ◆ Ausbau des Tierschutzes: quälende Praktiken in der Tierhaltung gehören unterbunden; Transporte lebender Tiere müssen stark begrenzt und langfristig unterbunden werden.
- ◆ Um die Durchsetzung des Tierschutzgesetzes zu ermöglichen, sind die zuständigen Behörden, insbesondere die Veterinärämter, finanziell und personell besser auszustatten; Kontrollen müssen enger, kritischer und unangekündigt erfolgen.
- ◆ Keine Erweiterungsgenehmigungen für Mastanlagen und Schlachtfabriken.
- ◆ Mehr finanzielle Mittel für die Tierheime.

- ◆ Eine vollständige Beendigung von Tierversuchen; Forschungsergebnisse aus Tierversuchen sind nicht auf den Menschen übertragbar, dies wird untermauert von zahlreichen Studien; Alternativen zu Tierversuchen und die Forschung daran sind zu unterstützen; Einrichtungen wie beispielsweise das Tierversuchslabor »Labcorp« in Münster, in denen Tierversuche durchgeführt werden, wollen wir schließen bzw. so umbauen, dass sie in Zukunft vollständig ohne Tierversuche auskommen.
- ◆ Verpflichtung aller städtischen Einrichtungen, in denen Mahlzeiten angeboten werden, zur täglichen Bereitstellung bzw. zum Ausbau eines pflanzenbasierten Angebotes. Dieses soll spürbar günstiger angeboten werden, um den Einstieg in eine pflanzenbasierte Ernährungsweise zu erleichtern. Dafür sprechen neben Tierschutz und Klimaschutz auch Gesundheitsgründe und Gründe der globalen Ernährungssicherheit; die Produktion und der Konsum von tierischen Lebensmitteln müssen drastisch reduziert werden.
- ◆ Wildtierverbot in den in Münster gastierenden Zirkussen gemäß dem Vorbild anderer Städte; städtische Flächen dürften nicht an Zirkusse vermietet werden, die Wildtiere mitführen.
- ◆ Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten.
- ◆ Ein weiterer Umbau des Münsteraner Zoos gemäß dem »Masterplan Allwetterzoo« und eine deutliche Reduzierung des Tierbestandes zugunsten größerer Gehege und deutlich verbesserter Haltungsbedingungen; ein Zoo muss vorrangig eine Bildungseinrichtung sein, die Respekt vor Tieren und deren Bedürfnissen vermittelt; der Schwerpunkt der Arbeit des Zoos kann in Zeiten des größten bekannten Artensterbens nur der Erhalt der Artenvielfalt sein, der Fokus sollte deshalb auch stärker als bisher auf Auswilderungsprojekten liegen; keine Sonderveranstaltungen, wie beispielsweise »Nachts im Zoo«, die nur zur Generierung von finanziellen Mitteln dienen, aber das Leben der Tiere stören.

5.5 Für eine tierfreundliche und fortschrittliche Stadt: Veranstaltungen und Mobilität ohne Tierausbeutung!

Wir setzen uns dafür ein, dass Münster keine Veranstaltungen und Attraktionen mehr fördert, die auf der Ausbeutung von Tieren basieren. Dazu gehören Reitsportevents, wie das Turnier der Sieger und der Agravis Cup, ebenso wie Zirkusse mit Tieren und die Hundemesse. Stattdessen soll die Stadt gewaltfreie Alternativen unterstützen, die allen Beteiligten Freude bereiten. Sportveranstaltungen ohne Pferde und Zirkusse mit modernen, tierfreien Attraktionen passen besser zu einer Stadt, die ihre Traditionen bewahrt und sich zugleich zukunftsorientiert weiterentwickelt. Ebenso wollen wir erreichen, dass die rückschrittlichen und tierausbeuterischen Pferdekutschen aus dem Stadtbild verschwinden. Während selbst Metropolen wie New York immer wieder mit Kutschenunfällen und zusammengebrochenen Pferden Schlagzeilen machen, gibt es in Münster bereits heute tierfreundliche Alternativen: stilvolle E-Kutschen im Retrostil, die deutlich besser zum Image einer modernen und progressiven Stadt passen. Zudem stellen durchgehende Pferde eine Gefahr für Menschen dar

– ein Risiko, das Münster nicht weiter eingehen sollte. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die Fortschritt und Verantwortung verbindet – für Mensch, Tier und Umwelt.

5.6 Flächen gerecht und ökologisch nutzen

Im Sinne eines ökologischen Wandels muss sich die Flächennutzung in Münster an Umweltbelangen orientieren. Brachflächen und bereits bebaute Flächen sind besser zu nutzen. Eine Netto-Null-Versiegelung ist anzustreben. Insbesondere neue Industrie- und Gewerbeflächen sind nach sozialen und ökologischen Kriterien zu vergeben. Die intransparente Vergabe von Flächen nach Profitinteressen von Investoren, wie in der Vergangenheit oft geschehen, lehnen wir ab. Wir fordern, dass stattdessen die Menschen, die vor Ort leben, über den Umgang mit vorhandenen Brach- oder Freiflächen bestimmen, da sie die Betroffenen sind.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Statt großer Investoren sollten die Betroffenen über die Nutzung von Flächen und die Bebauung entscheiden.
- ◆ Vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Eigentümer*innen beziehungsweise Nutzer*innen zur Beseitigung von Altlasten.
- ◆ Die drastische Einschränkung des Freiflächenverbrauchs für Bauvorhaben; Nachverdichtungsmöglichkeiten sollen ausgenutzt werden; wo möglich und vertretbar sollen Gebäude aufgestockt und Dachgeschosse ausgebaut werden.
- ◆ Leerstehende Gebäude sollen nach Möglichkeit zuvorderst zu Wohngebäuden umgenutzt werden.
- ◆ Das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept muss sich an ökologischen Kriterien orientieren.
- ◆ Münster muss eine Stadt der kurzen Wege werden, in der Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit vor Ort stattfinden.
- ◆ Ausweisung von mehr Grünflächen und öffentlichen Räumen als Orte der Begegnung.
- ◆ Neue Einzelhandelszentren dürfen nur sehr restriktiv ausgewiesen werden.
- ◆ Renaturierung von Flächen und Gewässern; mehr Ausgleichsflächen schaffen.
- ◆ Urban Gardening-Projekten sollen Flächen zur Verfügung gestellt werden.
- ◆ Dächer von Bushaltestellen und ähnlicher Infrastruktur sind zu begrünen.
- ◆ Die Rieselfelder sollen komplett autofrei werden.



6 Selbstbestimmt, frei, bewegt – neue Mobilitätskonzepte durchsetzen

Eine an soziale und ökologische Kriterien ausgerichtete Verkehrswende in Münster ist dringend notwendig, damit unsere Stadt den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen gerecht werden kann und gleichzeitig die Klimaziele der Stadt erreicht oder übertroffen werden können. Um das zu ermöglichen, muss der Umweltverbund (die klimaschonenden Verkehrsmittel Bus, Bahn, Fahrrad und Fußverkehr) gestärkt und systematisch auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs attraktiver gemacht werden. Entgegen der Selbstdarstellung als Fahrradstadt werden weite Teile Münsters – insbesondere der Innenstadt – von Verkehrslärm und überfüllten Straßen geplagt. Gerade für viele Menschen mit geringem Einkommen, gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen ist es äußerst wichtig, dass es zuverlässige, barrierefreie und kostengünstige öffentliche Mobilitätsangebote in ihrer Stadt gibt. Mobilität bedeutet eben auch soziale Teilhabe. Deshalb betrachten wir als Linke Mobilität als Menschenrecht und damit auch als gesellschaftliche Aufgabe, die nicht privatisiert und damit der Profitlogik unterworfen werden darf. Wir streiten insbesondere dafür, sozio-ökonomische Mehrfach-Benachteiligung zu beseitigen. So sind es gerade die Menschen, die durch den Mietenswahn in Münster in die Außen-Stadtteile und Vororte verdrängt werden, die auf einen dicht getakteten, vorzugsweise kostenlosen ÖPNV angewiesen sind. In der sogenannten E-Mobilität sehen wir einen wichtigen Baustein für die Verkehrswende. Allein ist E-Mobilität aufgrund ihres Ressourcenbedarfs an z.B. Lithium und ihrer generellen Ökobilanz jedoch keine sinnvolle Antwort auf die Klimakrise. Eine langfristige Alternative könnte z.B. die Brennstoffzellentechnik sein. Eine Umstellung des derzeitigen Verkehrs vom Verbrennungs- auf den Elektromotor unter Beibehaltung des Vorrangs für den motorisierten Individualverkehr löst weder die aktuellen Umwelt- noch die Verkehrsprobleme. Gerade auch die Frage der Flächengerechtigkeit spielt in wachsenden Städten eine große Rolle und hängt eng mit der Verkehrspolitik zusammen. Wir als Linke Münster sprechen uns daher gegen den weiteren Ausbau des Straßennetzes für den motorisierten Individualverkehr aus. Teil einer Verkehrswende muss zwingend auch der Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) sein. In Zeiten des Klima Notstandes ist es unverständlich, dass die Stadt Münster mit dem Flugverkehr eine besonders umweltschädliche Form der Mobilität fördert. Vor allem da der FMO einen hohen Anteil der besonders schädlichen und unnötigen Inlandsflüge aufweist und lange Zeit nicht einmal kostendeckend betrieben werden konnte. Soweit die Maßnahmen zur Umsetzung der ökologisch und sozial notwendigen Verkehrswende in Münster nicht aus städtischen Haushaltsmitteln gedeckt werden können, setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für höhere finanzielle Zuweisungen an die Kommunen ein. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Kommunen innerhalb des föderalen Systems in Deutschland finanziell und politisch gestärkt werden müssen, um ihren zahlreichen wichtigen Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen zu können. Denn eines ist klar: Mobilität ist Menschenrecht!

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Einen Ausbau der B51 lehnen wir genauso ab, wie alle Straßenneubauten oder Erweiterungen, die nicht dem Umweltverbund dienen; Ausnahme dabei ist die Erschließung von Neubaugebieten.
- ◆ Wir fordern einen Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO).
- ◆ Wir begrüßen die geplante Reaktivierung der Strecke der westfälischen Landeseisenbahn (WLE) zwischen Münster und Sendenhorst und fordern die weitere Reaktivierung bis Beckum und Lippstadt.
- ◆ Die Pläne zum Ausbau des Albersloher Weges als Ausfallstraße, die zur Zerstörung der gewachsenen Strukturen im Bereich des alten Güterbahnhofs führen würden, lehnen wir ab.
- ◆ Umverteilung des öffentlichen Verkehrsraums zugunsten von Rad- und Fußwegen und Busspuren; Abbau von PKW-Parkplätzen zugunsten von Fuß-, Rad- und Busverkehr.

6.1 ÖPNV – Nahverkehr für alle, zuverlässig und fahrscheinfrei

Münster ist – gemessen an der Einwohnerzahl – die größte Stadt in Deutschland ohne Straßenbahn-, S- oder U-Bahn-System. Das Ergebnis: tägliche Staus auf unseren Straßen. Das Ziel der Linken in Münster ist deshalb ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie unentgeltlicher Nutzung. Auch die Vororte müssen ohne Umwege durch die Innenstadt miteinander verbunden werden. Nur so kann eine signifikante Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf den ÖPNV erreicht werden. Um das ÖPNV-Angebot in Münster auszuweiten, wollen wir im ersten Schritt die Taktung des jetzigen Bussystems deutlich erhöhen. Perspektivisch sollen dann, wo möglich und sinnvoll, Strecken für Oberleitungsbusse eingerichtet werden, die zu den umweltfreundlichsten Verkehrsmitteln zählen. Die Wiederherstellung bzw. Neueinrichtung von Haltepunkten an Strecken der Deutschen Bahn begrüßen wir. Ebenso setzen wir uns für eine größere Anzahl von ausgewiesenen Busspuren ein, um die Durchschnittsgeschwindigkeit der Busse zu steigern und eine zuverlässigere Taktung des Busverkehrs zu erreichen. Fahrpreiserhöhungen lehnen wir konsequent ab. Das eigentliche Ziel muss es sein, zu einem für alle unentgeltlich nutzbaren öffentlichen Nahverkehr zu kommen. Dabei stellt sich vor allem die Frage der Finanzierung. Wir sind keinesfalls der Meinung der anderen Parteien, dass ein solches Vorhaben nicht finanzierbar sei. Es gibt international zahlreiche Beispiele für Städte, in denen ein kostenloser ÖPNV erfolgreich eingeführt wurde und betrieben wird, z.B. die estnische Hauptstadt Tallinn. Geschätzte 50 Millionen Euro im Jahr würde das in Münster kosten. Es wäre lediglich eine Frage der Prioritäten.

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs darf keine Straftat sein. Wir setzen uns für die Beibehaltung der Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“ ein, indem die Strafverfolgung nach § 265a StGB dauerhaft ausgesetzt bleibt. Langfristig fordern wir die vollständige Abschaffung dieser Regelung auf Bundesebene. Das derzeitige System kriminalisiert in erster Linie Menschen, die sich kein Ticket

leisten können, und verstärkt soziale Ungleichheiten, anstatt nachhaltige Lösungen für eine faire und soziale Mobilität zu schaffen. Statt Geld und Ressourcen in Strafverfolgung und Inhaftierungen zu stecken, braucht es strukturelle Maßnahmen wie einen sozial gerechteren ÖPNV – perspektivisch in Form eines kostenfreien oder solidarisch finanzierten öffentlichen Nahverkehrs für alle.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, auf Bundesebene ein entsprechendes Paket zur Förderung des ÖPNV aufzulegen. Die Linke hat dazu bereits Konzepte vorgelegt und vorgerechnet, wie ein bundesweit kostenloser ÖPNV sauber durchfinanziert werden könnte. Allein eine Streichung der umweltschädlichen Subventionen für Diesel und Kerosin wäre bereits die halbe Miete. Der Bund könnte außerdem einen Fonds einrichten, um die Kommunen beim Wechsel auf einen unentgeltlichen ÖPNV zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Kommunen im föderalen System der Bundesrepublik grundsätzlich finanziell bessergestellt werden müssen. Eine weitere Finanzierungsoption wäre eine Nahverkehrsabgabe für lokale Unternehmen. Außerdem sind wir für die Erhöhung von Parkgebühren in der Innenstadt. Auch das sollte Teil der Verkehrswende sein. Die Möglichkeiten zur Finanzierung sind also vorhanden, was fehlt ist der politische Wille der etablierten Parteien.

In diesem Zusammenhang halten wir es darüber hinaus für sehr wichtig, dass die schleichende Privatisierung im Bereich von Bus und Bahn gestoppt und rückgängig gemacht wird. Verkehrsinfrastruktur gehört in öffentliche Hand und muss keinen Profit erwirtschaften. Eine Orientierung der Mobilitätsangebote an Markt und Profit führt erwiesenermaßen zu fatalen Ergebnissen. Die Preise steigen, die Infrastruktur verkommt, Löhne werden gedrückt. Profitieren tun nur die Konzerne und ihre Eigentümer. Ein Blick nach z.B. Großbritannien reicht, um diese Einsicht zu gewinnen. Die Linke steht für Verkehrsinfrastruktur in öffentlichem Eigentum und für gute Löhne für eine gut organisierte Belegschaft der Verkehrsbetriebe.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Unentgeltlicher ÖPNV; die Linke hat bereits Konzepte zur Finanzierung vorgelegt. Insbesondere sind umweltschädliche Subventionen für Diesel und Kerosin zu streichen. Eine Orientierung an den Städten, die bereits erfolgreich einen unentgeltlichen ÖPNV betreiben, wäre sinnvoll.
- ◆ Ticketpreiserhöhungen lehnen wir entschieden ab.
- ◆ Einführung des Deutschlandticket Sozial in Münster.
- ◆ Höhere Taktung und mehr Buslinien im ÖPNV – innerhalb Münsters, zwischen den Vororten und ins Umland; Ausweisung von Park & Ride-Plätzen außerhalb der Innenstadt; Ausweisung weiterer Busspuren für eine Beschleunigung des Busverkehrs.
- ◆ Münster soll sich für einen Ausbau des Schienennetzes und für mehr barrierefreie Bahnhaltepunkte einsetzen.
- ◆ Wir plädieren für die Einrichtung eines Systems von Oberleitungsbussen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden.
- ◆ Privatisierung von Verkehrsinfrastruktur lehnen wir ab.

6.2 Rad- und Fußverkehr in einer Stadt der kurzen Wege

Die Bereiche Rad- und Fußverkehr sind aufgrund ihrer ökologischen Vorteile zulasten des motorisierten Individualverkehrs auszubauen. Dazu gehört die Erweiterung des Rad- bzw. Fußweg-Netzes und ganz allgemein eine Neuaufteilung von Verkehrsflächen zugunsten des Umweltverbundes. Im Rahmen der Stadtplanung muss zukünftig darauf geachtet werden, dass sich Münster an dem Leitbild der »Stadt der kurzen Wege« orientiert, denn möglichst geringe Distanzen zwischen Wohn-, Arbeits-, Nahversorgungs- und Freizeitorten sind notwendig, um die Attraktivität des Rad- und Fußverkehrs deutlich zu steigern. Ein dringend zu lösendes Problem, gerade in Münsters Innenstadt, ist immer noch das Fehlen von Parkmöglichkeiten für Fahrräder. Eine weitere Umwidmung von existierenden PKW-Parkplätzen in Fahrradabstellmöglichkeiten wäre daher eine sinnvolle Maßnahme.

Den Trend zur Nutzung von Lastenrädern begrüßen und unterstützen wir, auch dafür braucht es aber breitere Radwege und mehr Abstellmöglichkeiten. Vorrangschaltungen für Fahrradfahrer*innen an Ampeln bzw. eine grüne Welle für Fahrradfahrer*innen sind trotz gegenteiliger Behauptungen möglich und somit einzurichten. Als positives Beispiel dient hier die Stadt Utrecht. Fußgängerampeln, die nach Betätigung schnellstmöglich grün werden, halten wir für einen weiteren Baustein einer ökologischen Verkehrswende.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Verbesserung der Radwege; breitere Radspuren, mehr Abbiegespuren, Reparatur kaputter Radwege, bessere Ampelschaltungen; umfangreicheres Radwegenetz.
- ◆ Verbesserung und Verbreiterung der Fußwege.
- ◆ Eine ausreichende Anzahl an Fahrradstellplätzen, auch für Lastenräder.
- ◆ Zusätzliche, dezentrale öffentliche Fahrradverleihstationen einrichten.
- ◆ Leitbild der »Stadt der kurzen Wege«.
- ◆ Bessere Integration und Verzahnung von Fuß- und Radverkehr mit dem ÖPNV, z.B. durch mehr Radstellplätze an Bushaltestellen.

6.3 Ja zur autofreien Innenstadt! Verkehrswende endlich richtig machen

Die Linke setzt sich für eine autofreie Innenstadt ein. Beispiele aus anderen Städten haben gezeigt, dass die Lebensqualität dadurch steigt, die Attraktivität der Innenstadt wächst und ökologische Schäden minimiert werden. Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Lieferverkehr, Menschen mit Handicaps, Einsatzkräfte und Handwerker*innen werden hierbei Ausnahmeregelungen getroffen. Viel zu oft sind innerstädtische Bürgersteige derzeit kaum noch benutzbar, weil abgestellte Autos Teile des Fußweges blockieren, welcher zusätzlich mit Fahrrädern und E-Rollern vollgestellt ist. Besonders in den Nebenstraßen ist dies ein Problem. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass private Pkw durch den sehr geringen zeitlichen Anteil, während dem sie tatsächlich genutzt werden, eine denkbar ineffiziente Flächennutzung gerade in der Innenstadt darstellen. Die autogerechte Stadt war

und ist ein eklatanter Irrweg, den es zu verlassen gilt. Wir streben daher kurzfristig die deutliche Reduzierung von Autoverkehr und Autoparkplätzen insbesondere in der Innenstadt an. In einem ersten Schritt soll der Bereich innerhalb des Promenadenrings autofrei werden, in einem zweiten Schritt dann der Bereich innerhalb des zweiten Tangentenrings, also der Ringstraßen. Das wird Emissionen und Lärm deutlich reduzieren und schafft mehr Platz in den derzeit ständig zugeparkten Innenstadtbereichen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Autofreie Innenstadt; innerhalb des Promenadenrings sofort, perspektivisch innerhalb des zweiten Tangentenrings.
- ◆ Bis zur Umsetzung der autofreien Innenstadt werden die Parkgebühren auf innerstädtischen Parkplätzen erhöht, um den Autoverkehr weniger attraktiv zu machen und zur Finanzierung des unentgeltlichen ÖPNVs beizutragen.
- ◆ Aus Umwelt- und Sicherheitsgründen soll mindestens in den nicht autofreien, aber dicht bebauten Stadtteilen, perspektivisch eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h gelten. Grundsätzlich ist aber der weitere Ausbau von Tempo 30 Zonen zu prüfen und durchzuführen.
- ◆ Kommunale Fahrzeugflotten sind weiterhin auf weniger umweltschädliche Antriebstechnologien umzurüsten, und perspektivisch zu reduzieren, bzw. wo sinnvoll durch Dienstfahräder zu ersetzen.

6.4 Pendel- und Lieferverkehr verlagern und reduzieren

Der Pendlerverkehr verursacht in Münster einen Großteil der täglichen Fahrten im motorisierten Individualverkehr. Auch hierbei kommt dem ÖPNV in Zukunft eine größere Bedeutung zu. Eine höhere Anzahl von Strecken verbunden mit einer dichteren Taktung wäre die Grundlage dafür, Menschen aus den Autos in den ÖPNV zu locken. Insbesondere weist der Schienenverkehr ungenutzte Potentiale auf. So sollte z.B. die Strecke Münster-Lünen-Dortmund komplett zweigleisig ausgebaut werden. Park & Ride-Plätze außerhalb der Innenstadt sind auszuweiten, umweltfreundliches Verhalten ist durch möglichst niedrige Fahrpreise zu belohnen. Das Problem des Pendlerverkehrs kann aber nicht allein in Münster gelöst werden, dazu gehört selbstverständlich eine enge Zusammenarbeit mit den umliegenden Kreisen bzw. Gemeinden. Ein weiterer Bereich, der zu den regelmäßigen Verkehrsinfarkten in Münster beiträgt, ist der zunehmende Lieferverkehr. Immer mehr Konsumgüter werden über das Internet bestellt und mit dem LKW geliefert. Täglich sind unterschiedlichste Paketdienste damit beschäftigt überhaupt erstmal einen Parkplatz zu finden, was häufig dazu führt, dass in zweiter Reihe geparkt und noch mehr Stau verursacht wird. Dieses chaotische Nebeneinander muss ein Ende haben. Mindestens ein Verteilzentrum, das die Pakete aller Paketdienste annimmt und dann mit wesentlich weniger Einzelfahrten weiterverteilt, muss pro Stadtteil eingerichtet werden. Von diesen Stadtteilpaketzentren aus wäre auch ohne Probleme eine Auslieferung per Lastenrad möglich. Auch für die Bestellung von Lebensmitteln wie z.B. Getränken muss gelten: Eine ökologisch optimierte Lieferung ist einer nur auf Geschwindigkeit ausgerichteten vorzuziehen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Wir wollen ein Schnellbussystem, das insbesondere die Vororte miteinander verbindet; die Verbindungen zwischen den Orten im Münsterland und Münster müssen durch höhere Taktung verbessert werden.
- ◆ Kompletter zweigleisiger Ausbau der Strecke Münster-Lünen-Dortmund; allgemein stärkerer Fokus auf die Schiene als effizientes und umweltfreundliches Verkehrsmittel.
- ◆ Einrichtung von Stadtteil-Paketzentren für den Lieferverkehr, um redundante Fahrten von Lieferdiensten zu reduzieren.

LEAVE
NO
OVER.
BEHIND

7 Sicherer Hafen Münster – Refugees welcome

7.1 Bleiberecht und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

In den letzten Jahren waren immer mehr Menschen gezwungen, aus ihren Heimatländern zu fliehen. Die Fluchtursachen sind vielfältig: Kriege, ökologische Katastrophen oder Krankheiten. Andere werden aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt. Allen diesen Menschen ist gemein, dass sie vor lebensunwürdigen Umständen oder sogar dem sicheren Tod flüchten. An vielen Fluchtursachen ist Deutschland nicht unschuldig, sei es die Beteiligungen an Kriegen, Waffenlieferungen, unfaire Freihandelsabkommen oder der Klimawandel. Es ist daher nicht nur unsere Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen und ihnen eine sichere Zuflucht zu gewährleisten, sondern ebenso ihnen ein integriertes und humanes Leben ohne gesellschaftliche Isolation zu ermöglichen. Anstatt dieses Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen zu verwirklichen, verfolgen Bundes- und Landesregierung eine Politik der Entrechtung und stellen Geflüchtete unter Generalverdacht. Ihre Bewegungsfreiheit wird durch Residenzpflichten und Wohnsitzauflagen eingeschränkt, sie haben Arbeitsverbote, erhalten nur eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung und erhalten Geld- oder gar Sachleistungen weit unterhalb eines menschenwürdigen Existenzminimums. Geflüchtete Menschen brauchen jedoch Perspektiven, sie brauchen Chancen auf Bildung und Existenzsicherung durch Arbeit. Hier kann und muss die Stadt Münster, soweit es innerhalb der kommunalen Möglichkeiten liegt, Vorbild innerhalb Deutschlands und Europas sein. Der Mythos von „beschränkten Aufnahmekapazitäten“ soll davon ablenken, dass durch jahrelange neoliberale Politik und Privatisierungen, insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Kassen der Kommunen leer sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist bedroht, allerdings nicht von Geflüchteten, sondern von einer Politik, die nur im Interesse der Reichen, Banken und Konzerne steht. Die Linke stand in den vergangenen Jahren an der Seite zahlreicher Initiativen, die sich gegen Rassismus und die inhumane Abschiebep Praxis und für Integration und Aufnahme geflüchteter Menschen engagiert haben. Mit Hilfe der Linken konnte die Zentrale Ausländerbehörde in Münster verhindert werden, deren Aufgabe es gewesen wäre, Abschiebungen durchzuführen, anstatt Perspektiven für Geflüchtete zu entwickeln. Außerdem wurde 2019 Münster durch unsere Unterstützung schließlich auch zu einem „Sicheren Hafen“ für aus Seenot gerettete Menschen erklärt – gegen den Widerstand von CDU und Grünen.

Wir bleiben dabei:

Seenotrettung ist kein Verbrechen! Kein Mensch ist illegal!

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Linke wird sich auf Bundes- und Landesebene gegen Abschiebungen einsetzen; Wir fordern ein Bleiberecht für alle geflüchteten Menschen sowie ein Recht auf Familiennachzug.
- ◆ Die Linke wird sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen, da dessen Leistungen

inhuman und diskriminierend sind. Stattdessen fordern wir, dass geflüchtete Menschen von Anfang an die gleichen Chancen auf Integration erhalten: durch den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungsangeboten und Weiterbildungen. Bis sie Arbeit finden, sollen sie dieselben Transferleistungen wie deutsche Staatsbürger erhalten, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

- ◆ Gewährleistung einer besseren medizinischen Versorgung und insbesondere psychologischer und psychotherapeutischer Betreuung, beispielsweise für Menschen mit traumatischen Erfahrungen, insbesondere auch Kinder und Jugendliche.
- ◆ Eine dezentrale Unterbringung aufgenommener Geflüchteter.
- ◆ Einfacher Zugang zu schulischer Ausbildung, Sprachkursen (auch mit kursbegleitender Kinderbetreuung) und weiteren Bildungsmöglichkeiten sowie Sport- und Freizeitangeboten.
- ◆ Mehr Personal und eine schnellere Antragsbearbeitung bei der Ausländerbehörde.
- ◆ Veröffentlichung von Informationen, Broschüren und Formularen in verschiedenen Fremdsprachen sowie in leichter Sprache.
- ◆ Ausbau der kostenlosen Rechtsberatung für Asylsuchende und Migrant*innen hinsichtlich Asyl- und Asylbewerberleistungsrechten, Heirat, Familie, Wohnen und Studium in Deutschland.
- ◆ Finanzielle und personelle Förderung von Projekten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sowie personelle und finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen; wir begrüßen es, dass sich so viele Menschen in Münster in der Geflüchtetenhilfe engagieren; eine Privatisierung der Geflüchtetenhilfe, wie bspw. das NesT-Programm, lehnen wir ab.

7.2 Integration: Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Münster

Migrant*innen haben das Recht, selbstbestimmt und ohne Diskriminierung zu leben. Dies kann nur gelingen, wenn wir alle unser Zusammenleben gemeinsam und gleichberechtigt gestalten. Die Realität sieht jedoch immer noch anders aus. Täglich werden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur von rechten Parteien und Gruppierungen, sondern auch durch die Medien geschürt. Die Unterdrückung und Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund drückt sich aus in alltäglicher Gewalt und Ausgrenzung, in niedrigeren Löhnen und geringeren Chancen auf sozialen Aufstieg. Fehlende Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Trennung in Wohnvierteln und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit erschweren die Integration. Geflüchteten und Migrant*innen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt durch Arbeitsverbote, Nachrangigkeitsregelungen und besondere Restriktionen erschwert.

Auch wenn der Münsteraner Stadtrat sich gegen die Einführung der ausgrenzenden „Bezahlkarte“ für Geflüchtete ausgesprochen hat, wird diese in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Münster dennoch ausgegeben. Wir befürworten die in Münster bereits gegründete Initiative „Münster sagt NEIN zur Bezahlkarte“, die die Betroffenen mittels eines

eingeführten Tauschsystems unterstützt. Es darf nicht, wie in anderen Bundesländern bereits angekündigt wurde, zur Kriminalisierung solcher Praktiken kommen.

Die Rechte von Migrant*innen stehen nicht im Gegensatz zu denen deutscher Staatsbürger*innen. Viele Menschen in Deutschland leben in Armut, sind auf Bürgergeld angewiesen oder der Lohn reicht nicht zum Leben. Aber keiner hätte auch nur einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten oder einwandern würde. Die Ursache für all diese Missstände, unter denen Migrant*innen und Geflüchtete ebenso wie Nicht-Migrant*innen leiden, ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es uns allen besser geht. Die Stadt Münster muss bessere Rahmenbedingungen für eine echte und nachhaltige Integration schaffen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Mehrsprachigkeit sollte nicht als Problem, sondern als Chance begriffen werden insbesondere an Schulen und Bildungseinrichtungen.
- ◆ Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen aus Nicht-EU-Ländern.
- ◆ Organisationen, in denen sich Migrant*innen selbst organisieren, sollen in politische Entscheidungen der Stadtverwaltung, der Ausschüsse und des Rates einbezogen werden; insbesondere der Integrationsrat ist politisch zu stärken und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten; der Integrationsrat soll Stimmrecht in allen Ausschüssen haben.
- ◆ Die Förderung interkultureller und antirassistischer Projekte und Veranstaltungen, insbesondere in der Jugendarbeit und an Schulen; Erhöhung der Fördermittel für Projekte und Maßnahmen im Bereich Migration und Integration.
- ◆ Willkommens- und Intensivklassen an Schulen; Einstellung von mehr Lehrkräften mit Deutsch als Zweit-/ Fremdsprache, Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Fachkräften.
- ◆ Kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge.
- ◆ Die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Stadt Münster; alle Bewerbungsverfahren bei der Stadt Münster und ihren Gesellschaften sollen anonym durchgeführt werden.



8 Für ein friedliches Münster gegen Militär, Krieg und Faschismus

8.1 Friedensstadt Münster?!

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Dieses Zitat des französischen Politikers Jean Jaurès hat nicht nur nichts von seiner Gültigkeit verloren, sondern erhält in diesen Tagen wieder traurige Aktualität. Offen und unverblümt liefern sich Industriestaaten einen Wettlauf um Ressourcen und geostrategische Vorteile. Krieg wird von bürgerlichen Parteien wieder als Mittel der Politik betrachtet, Konzerne gieren nach fetten Kriegsgewinnen. Während Gelder für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Arbeit fehlen, erreichten die Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt 2024 mit insgesamt 72 Milliarden Euro einen historischen Höchstwert. Zeitgleich betonte der Verteidigungsminister, dass der Verteidigungshaushalt auch in Zukunft weiter ansteigen müsse. Münster schmückt sich zwar mit dem Titel „Stadt des Westfälischen Friedens“. Die Realität ist aber eine ganz andere. Krieg beginnt (auch) hier in Münster. So ist Münster Sitz der NATO Speerspitze („Very High Readiness Joint Task Force“). Die Militarisierung der Gesellschaft geht auch an Münster nicht vorbei. Die Bundeswehr ist gern gesehener Gast auf Veranstaltungen und wirbt ungeniert Minderjährige zum Töten an. Sie führt auf Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch. Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller Jugendlichen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit findet auch in Münster mit schlafwandlerischer Selbstverständlichkeit statt. Nicht nur Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr sollen die Verbundenheit von Kommunen mit der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg. Die Bundeswehr gehört mit ihrem Verbrauch von fossilen Brennstoffen, Manöverschäden und Verseuchungen von Truppenübungsplätzen – auch hier in Münster – zu den größten Umweltsündern. Für uns ist klar: Münster muss wieder eine Stadt des Friedens werden. Frieden beginnt hier und jetzt.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Einführung einer Zivilklausel für die Stadt Münster sowie ihre Betriebe und Beteiligungen.
- ◆ Keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und Marketingzwecken; stattdessen Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Kooperation mit den Friedensgruppen in Münster.
- ◆ Umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr.

- ◆ Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern; Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Militaristen und Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen.
- ◆ Die Fläche der Manfred-von-Richthofen-Kaserne soll für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, statt weiterhin von der Bundeswehr genutzt zu werden. Wir lehnen jede zusätzliche Beanspruchung von Flächen in Münster, die der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr dienen soll, ab.
- ◆ Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur Herstellung von Rüstungsgütern betreiben.
- ◆ Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Städten und Gemeinden; eine Teilnahme von Repräsentant*innen der Stadt an Bundeswehrveranstaltungen lehnen wir ab.
- ◆ Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen.
- ◆ Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind, unter Beteiligung von Migrant*innen.
- ◆ Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Wir fordern ein Ende der repressiven Maßnahmen gegenüber den Protestierenden, die sich solidarisch mit den Menschen in Palästina zeigen und gegen den Krieg und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen auf die Straße gehen.

8.2 Kein Fußbreit dem Faschismus – für ein solidarisches Münster

Münster hat eine jahrelange Tradition antifaschistischer Proteste gegen Aufmärsche und Auftritte rechter Hetzer aufzuweisen. Ob NPD, ProNRW, Pegida oder andere Rassisten und Faschisten – sie alle haben in Münster stets lautstarken Gegenwind bekommen. In den vergangenen Jahren hat sich die extreme Rechte in Deutschland neu gruppiert. Widerstand gegen Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien zu leisten, heißt heute vor allem sich der in den letzten Jahren erstarkten AfD entgegenzustellen. Die AfD ist ein Sammelbecken für Nationalisten, Ewiggestrige und Neonazis und ermutigt durch ihre Hetze und Wahlerfolge rechte Gewalttäter dazu loszuschlagen. Die Erfolge der AfD hielten sich in Münster bisher in Grenzen. Dies ist vor allem den ungebrochen großen zivilgesellschaftlichen Protesten gegen ihre Veranstaltungen und öffentlichen Auftritte zu verdanken, die das Klima in der Stadt nach links verschoben haben und eindeutig zeigen: In Münster ist kein Platz für braune Hetze! Dies zeigte sich erneut in Form von 30.000 Gegendemonstrant*innen am AfD Neujahrsempfang 2024. Die Linke ist seit jeher Teil der Mobilisierungen gegen Rechts und steht konsequent an der Seite der Betroffenen gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und alle Formen von Diskriminierung und Verfolgung. Unsere Mitglieder engagieren sich

in Bewegungen und Bündnissen gegen rechten Hass und für eine solidarische und offene Stadtgesellschaft. Die Linke tritt dafür ein, sich den Wiedergängern des dritten Reichs stets dort in den Weg zu stellen, wo sie ihren Hass und ihre Gewalt verbreiten wollen – auf der Straße und in den Parlamenten. In den Parlamenten und Gremien wird Die Linke keinem Antrag der gesichert rechtsextremen AfD zustimmen und stets deren Hetze entlarven. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer). Als Sozialist*innen ist uns klar, dass Protest gegen Faschisten auf der Straße zwar unerlässlich ist, aber das Problem allein nicht beseitigen wird. Im Kapitalismus herrscht eine winzige Minderheit über den Großteil des gesellschaftlichen Reichtums. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und von sozialen Ungerechtigkeiten abzulenken, brauchen die Herrschenden die Spaltung der Menschen durch Ideologien, wie Rassismus und Sexismus. Der Kapitalismus erzeugt somit nicht nur die soziale Spaltung und Verzweiflung, die den Nährboden für den Faschismus bildet. Er heizt auch immer wieder Rassismus an und bietet rechter Hetze eine Bühne. Wollen wir die Gefahr des Faschismus' ein für alle Mal bannen, dann müssen wir den von Konkurrenz und Ungleichheit geprägten Kapitalismus überwinden und eine solidarische, demokratisch-sozialistische Gesellschaft aufbauen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Keine Zustimmung zu Anträgen der AfD; keine interfraktionellen Anträge unter Beteiligung der AfD.
- ◆ Unterstützung breiter gesellschaftlicher Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen öffentliche Auftritte und Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Gruppen.
- ◆ Keine Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Naziaufmärsche und rechtspopulistische Gruppen.
- ◆ Förderung lokaler antifaschistischer und antirassistischer Gruppen oder Initiativen und Projekte, welche Demokratie und ein solidarisches, interkulturelles Miteinander fördern sowie von Aussteigerprogrammen aus der rechtsextremen Szene und vernetzenden regionalen Angeboten, wie beispielsweise Mobim.
- ◆ Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen, sowie Freizeit- und Sportstätten.
- ◆ Rechten Ideologien den sozialen Nährboden entziehen durch eine sozialgerechte Stadtpolitik.



9 Gute Arbeit, gute Löhne, solidarische Wirtschaft

Politische Entscheidungen werden viel zu oft an Profitinteressen ausgerichtet. Ansätze solidarischen Wirtschaftens werden marginalisiert. Das gilt nicht nur auf Landes-, Bundes- und Europaebene, sondern auch im kommunalen Bereich. Entsprechend haben sich die Arbeitsbedingungen abhängig Beschäftigter verändert: Der Anteil der regulären Vollzeitbeschäftigung geht zurück. Arbeitsverhältnisse sind immer unsicherer und belastender geworden durch Befristungen und ständige Erreichbarkeit bis hin zur permanenten Abrufbarkeit mit 0-Stunden-Verträgen im Dienstleistungsbereich. Die Linke will gute und vor allem gut bezahlte Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Jeder Mensch, egal ob erwerbstätig oder nicht, soll sozial abgesichert sein. Beschäftigte müssen dazu in der Lage sein, ihr Leben zu planen. Wir kämpfen daher für reguläre, sichere Beschäftigungsverhältnisse. Diese dürfen nicht durch Leiharbeit, Zeitarbeit, Scheinselbstständigkeit, Endlos-Praktikaschleifen, 1-Euro-Jobs oder Mini- und Midi Jobs ersetzt werden. Ebenso ist uns Gleichberechtigung im Arbeitsleben ein Anliegen. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung und Alter muss gelten: Gleiches Entgelt und gleiche soziale Standards für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und Lohndumping. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe, mindestens jedoch 15 Euro pro Stunde sofort, 16 Euro ab 2026. Kommunal setzen wir uns entsprechend dafür ein, dass die Stadt Münster sowohl ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bietet als auch als Auftraggeberin vor allem ökologische und soziale Standards berücksichtigt. Wir wollen außerdem, dass die Stadt Münster soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz bei der Entwicklung der örtlichen Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Die Münsteraner Innenstadt ist einerseits ein Publikumsmagnet und entwickelt sich andererseits unter kapitalistischem Zwang in eine negative Richtung. Höchstmieten haben traditionelle Fachgeschäfte und (kreative) Handwerksbetriebe fast vollständig verdrängt zugunsten von Filialen großer Handelsketten und Konzerne. Die Folge der Verdrängung ist eine Banalisierung des Warenangebotes, welches sich von dem vergleichbarer Städte nicht mehr unterscheidet. Die Stadt Münster soll Möglichkeiten prüfen, kleinteilige Einzelhandelsflächen ähnlich einem Markt oder Basar im Verbund und außer Konkurrenz anzubieten und somit die Attraktivität der Innenstadt zu stärken und gute Arbeitsplätze zu schaffen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Existenzsichernde Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen mit angemessenen Vergütungen.
- ◆ Bei Vertragspartner*innen der Stadt müssen arbeitsrechtliche Normen und tarifliche Regelungen konsequent eingehalten werden.
- ◆ Betriebs- und Personalräte stärken.
- ◆ Keine Umgehung von Tarifverträgen durch Auslagerung von Dienstleistungen an externe (Billig-)Anbieter; insbesondere die Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit, Wachdienste, Fahrdienste, Friedhöfe, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen sind in die öffentliche Hand zurückzuführen.

- ◆ Keine Befristung ohne sachlichen Grund, weder bei der Stadtverwaltung noch bei Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist.
- ◆ Fachgeschäfte und Handwerksbetriebe sind durch angebotene Einzelhandelsflächen in der Innenstadt zu stärken.
- ◆ Kommunale Unternehmen müssen Nachhaltigkeit, Arbeitnehmer*innenbelange (insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und das betriebliche Gesundheitswesen besonders berücksichtigen; kommunale Unternehmen müssen eine Vorbildfunktion für andere Unternehmen haben.
- ◆ Eine langfristige Übernahmegarantie für Auszubildende der Stadt Münster und ihrer Gesellschaften.
- ◆ Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) lehnen wir ab.
- ◆ Bei der Neuansiedlung von Unternehmen auf städtischen Gewerbeflächen ist nach Möglichkeit tarifgebundenen Unternehmen der Vorzug zu geben; gleiches gilt für die Beachtung sozialer und ökologischer Standards in den Lieferketten dieser Unternehmen.
- ◆ Bei der Planung neuer Stadtquartiere ist auf eine gesunde Mischung von Wohnen und Arbeiten zu achten, um so das Verkehrsaufkommen durch lange Arbeitswege zu reduzieren; hierbei ist Kleingewerbe und Handwerk Vorzug vor großen Ketten zu gewähren.
- ◆ Bei allen Entscheidungen über die Entwicklungen der örtlichen Wirtschaft muss der Klimaschutz, entsprechend dem ausgerufenen Klimanotstand, ein vorrangiges Kriterium sein.
- ◆ Wir fordern, dass Rat und Verwaltung die Gründung und Entwicklung gemeinwohlorientierter Genossenschaften sowie kollektiv organisierter Unternehmen aktiv unterstützen. Dies soll durch gezielte Beratung, die Vergabe von Zuschüssen und den erleichterten Zugang zu Krediten erfolgen.
- ◆ Keine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.
- ◆ Verkaufsoffene Sonntage lehnen wir aufgrund der starken Belastung der Beschäftigten ab.
- ◆ Eine Verpflichtung der Sparkasse Münsterland Ost, keine Kreditverträge und damit Kundenbeziehungen u.a., an andere Finanzdienstleister oder Inkassounternehmen zu verkaufen.
- ◆ Kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe sind stärker zu unterstützen.
- ◆ Die zeitnahe Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert werden, dass kleinere Betriebe nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten.
- ◆ Die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen (Teilung des Gesamtleistungsumfangs bei großen Aufträgen) bei Investitionen und Auftragsvergaben (gewerbebezogene Fachlosvergabe).



10 Für eine feministische Stadt - Emanzipatorische Kämpfe verbinden!

In Münster kämpfen starke Frauenbewegungen seit Jahrzehnten für Gleichstellung. Auch die erste Homo-sexuellen-Demo Deutschlands fand 1972 hier statt. Im Kampf gegen sexuelle und geschlechtliche Diskriminierungen haben wir gemeinsam schon viel erreicht. Doch auch im Jahr 2024 bleibt immer noch viel zu tun. Frauen verdienen noch immer wesentlich weniger als Männer, leisten noch immer den Großteil der Hausarbeit, pflegen öfter ihre Angehörigen und leisten den Großteil der Arbeit, wenn es um die Erziehung der Kinder geht. Und auch Personen aus der LGBTIQ-Community erfahren noch immer vielfältige Diskriminierungen im Alltag. Da ist Münster keine Ausnahme. Als Linke sind wir der Überzeugung, dass geschlechtliche Vielfalt und Emanzipation ein besseres Leben für uns alle bedeuten. Lasst uns Pionier*innen für Toleranz und Gleichstellung sein!

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Alle Menschen in Münster sollen sich unabhängig von ihrem Geschlecht sicher und frei entfalten können.
- ◆ Diskriminierte Lebensentwürfe und Familienmodelle müssen gleichberechtigt und selbstbestimmt gelebt werden können.
- ◆ Frauenberatungsstellen in Münster sind finanziell und personell deutlich besser auszustatten.
- ◆ Die Stadt Münster muss für eine ausreichende Finanzierung der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen sowie anderer Einrichtungen der sexuellen Bildung und Prävention sorgen. Dazu gehören auch Angebote wie sexuelle Bildung, Paar- und Sexualberatung sowie Beratung für trans- und inter-Personen.
- ◆ Frauenhäuser in Münster benötigen eine stärkere finanzielle Unterstützung, um mehr Schutzplätze für Frauen und Kinder schaffen zu können. Mindestens ein weiteres Frauenhaus ist notwendig.
- ◆ Die Stadt muss Maßnahmen ergreifen, um die Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch deutlich zu verbessern. Sie soll sich dafür einsetzen, dass mehr Gynäkolog*innen Abbrüche vornehmen – unter anderem durch Aufklärung über medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche, Beratung zu bürokratischen Hürden, Vernetzung engagierter Ärzt*innen, Supervisionsangebote und eine öffentlich zugängliche Informationsseite beim Gesundheitsamt. Außerdem soll sich die Stadt beim Land dafür einsetzen, dass auch in der Universitätsklinik Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.
- ◆ Initiativen, die sich für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen, sollen durch die Stadt unterstützt werden.
- ◆ Die Stadt Münster soll das Gesetz zum Schutz vor sogenannten Gehsteig-Belästigungen konsequent durchsetzen. Auch an Wochenenden und Feiertagen dürfen keine Mahnwachen durch Abtreibungsgegner*innen vor Praxen oder Beratungsstellen stattfinden.

- ◆ Münster soll Vorreiterin für eine paritätische Besetzung kommunaler Gremien, insbesondere des Stadtrats, werden und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalen Ehrenamt ergreifen.
- ◆ Die Verwaltung der Stadt Münster ist paritätisch zu besetzen.
- ◆ Die Stadtverwaltung soll Jobsharing und weitere Modelle für Führung in Teilzeit aktiv fördern, um geteilte Care-Arbeit zu ermöglichen.
- ◆ Die Stadt Münster soll die gesellschaftliche Aufwertung von Care-Arbeit vorantreiben. Pflege, Erziehung und soziale Arbeit – insbesondere in städtischer Verantwortung – müssen besser bezahlt und personell besser ausgestattet werden.
- ◆ Die Schulsozialarbeit ist gezielt auszubauen, um gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und gegen starre Geschlechterrollen vorzugehen.
- ◆ Die Anwendung einer geschlechtsneutralen und inklusiven Schriftsprache in der Verwaltung ist weiter auszubauen.
- ◆ Verhütungsmittel sollen für junge Menschen und Geringverdienende kostenlos bereitgestellt werden.
- ◆ Die im Prostituiertenschutzgesetz vorgesehene Zwangsberatung ist abzulehnen. Stattdessen sind Selbsthilfeprojekte wie „Marischa“ personell und finanziell zu stärken sowie bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten aktiv zu unterstützen.
- ◆ Die Stadt Münster soll öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen zu Themen wie Schwangerschaftskonfliktberatung und häusliche Gewalt durchführen – vergleichbar mit früheren Kampagnen, etwa zum Umgang mit Alkohol.
- ◆ Die Zahl der Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Frauen ist zu erhöhen, da die Plätze im Gertrudenhause nicht ausreichen.
- ◆ Frauen, die vor häuslicher Gewalt fliehen und keinen Platz in einem Frauenhaus finden, sollen kurzfristig auf Kosten der Stadt in Hotels untergebracht werden können.
- ◆ Die Stadt Münster muss bei der Stadtplanung die Bedarfe von Menschen mit Care-Verantwortung mitdenken und sich langfristig an der Idee der „15-Minuten-Stadt“ orientieren.



11 Bildung und Kultur für eine lebenswerte Stadt

11.1 Gute Schulbildung unabhängig vom Geldbeutel

Die Linke ist die Partei der gleichen, gerechten und nachteilsausgleichenden Bildungschancen für alle. Bildung ist ein Grundrecht: Sie muss öffentlich verantwortet und finanziert werden. Ziel unserer Bildungspolitik ist die Gemeinschaftsschule. Privatisierungen lehnen wir ab. Die Linke steht für die inklusive Schule für alle. Derzeit scheitert diese jedoch an zu wenig finanziellen Mitteln, zu wenig Lehr- und Fachkräften, einer fehlenden Barrierefreiheit und viel zu großen Schulklassen. Derzeit werden Kinder in jungem Alter nach kapitalistischer Verwertungslogik ausgesiebt und auf verschiedene Schulformen aufgeteilt. Statt gemeinsamem, kooperativem Lernen stehen Konkurrenz und Durchsetzungsfähigkeit im Vordergrund. So wird die soziale Spaltung der Gesellschaft fortgesetzt und reproduziert. Laut der OECD verfügt das deutsche Bildungssystem im europäischen Vergleich über die geringste soziale Durchlässigkeit. Nur durch längeres gemeinsames und kooperatives Lernen können die ungleichen Startbedingungen auf Grund des Elternhauses ausgeglichen und die Heranwachsenden auf ein solidarisches und verantwortliches gesellschaftliches Miteinander vorbereitet werden. Auch möchten wir Kinder aus finanzschwachen Familien unterstützen, denn eine gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die zur Verfügung gestellten Gelder im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets sind bei weitem nicht ausreichend.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Bei Neugestaltung der Schulgebäude, wird sich an den Erkenntnissen moderner Pädagogik (Lernräume für Gruppen- und Projektarbeit, Differenzierungsräume, moderne Sporthallen, Begegnungs- und Beratungsräume, Räume für Inklusion, ausreichend Außenbereiche) orientiert und den Anforderungen der Barrierefreiheit (insbesondere Einbau von Aufzügen, Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen, Höranlagen) entsprechend geplant, um zukünftig eine vollkommene Schul-Wahlfreiheit für Schüler*innen mit Behinderung zu ermöglichen.
- ◆ Die digitale Infrastruktur muss auf den modernsten Stand ausgebaut werden.
- ◆ Ein Materialfonds an jeder Schule für Schüler*innen aus ärmeren Familien.
- ◆ Die Einflussnahme von Konzernen und konzernnahen Organisationen (z.B. Bertelsmann Stiftung oder Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) auf Unterrichtsinhalte lehnen wir ab.
- ◆ Alle Schulen brauchen ein ausreichendes Ganztagsangebot; hierbei favorisieren wir den gebundenen Ganzttag.
- ◆ Schulen dürfen nur durch die Stadt selbst errichtet werden; Miet-Modelle lehnen wir ab.
- ◆ Neue Schulen dürfen nur als Grund- oder Gesamtschulen konzipiert werden.

- ◆ Umstrukturierung der bestehenden Hauptschule Coerde sowie des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und Realschule zu Gesamtschulen zum Zwecke der Chancengleichheit.
- ◆ Jede Schule braucht ein multiprofessionelles Team aus Schulsozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*innen und Schulpsycholog*innen.
- ◆ Die Mehrsprachigkeit von Kindern muss positiv in den Unterricht einbezogen und gewürdigt werden.
- ◆ Jede Schule braucht eine gute Versorgung mit kostenfreiem und gesundem Schulmittagessen. Kostenfreie Schulessen sind Teil des Kampfes gegen Kinderarmut; gesund zu essen gehört zur Bildung und Förderung von Kindern.
- ◆ Das Schulessen muss bevorzugt aus biologischem Anbau, regional und saisonal sein; aus ökologischen Gründen ist das Angebot von Fleisch auf ein Minimum zu reduzieren; täglich muss mindestens ein vegetarisches sowie ein veganes Angebot vorhanden sein; auf religiöse Essensvorschriften, sowie Nahrungsmittelunverträglichkeiten ist Rücksicht zu nehmen.

11.2 Studis aller Fächer vereinigt euch – für Hochschulen jenseits der Profitlogik

Viele tausend Studierende leben und arbeiten in Münster. Sie prägen das Stadtbild und tragen zur kulturellen Vielfalt der Stadt bei. Die Linke will alle Hochschulen in Münster, nicht nur die Uni, ausbauen, fördern und mehr Menschen das Studium ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte. Allen Studierenden muss die eigenständige inhaltliche Schwerpunktsetzung und der Zugang zu Hochschulabschlüssen gewährt werden. Bildung, Lehre und Forschung sollen eine Einheit bilden und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist notwendig, damit die Hochschulen nicht am Tropf der Wirtschaftsförderung hängen und der damit einhergehenden Einflussnahme von Unternehmen unterliegen. Rüstungsforschung hat an der Hochschule nichts zu suchen. Stattdessen sollen Bildung und Wissenschaft im Dienst der Menschen zur sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Wir wollen neue Freiräume für kritische Wissenschaft erkämpfen und erhalten. Hochschulpolitik ist größtenteils Ländersache, trotzdem wollen wir uns auch auf kommunaler Ebene für die Studierenden einsetzen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Eine weitere Demokratisierung der Hochschulen; studentische Vertretungen sind zu stärken.
- ◆ Eine bessere Finanzierung der Studierendenwerke, um die Studierenden finanziell zu entlasten und die Qualität dieser Einrichtungen zu sichern. Die Stadt Münster soll sich aktiv für eine Verbesserung der Finanzierung einsetzen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk oder einem Zusammenschluss der Uni-Städte in NRW.

- ◆ Ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende; die Stadt muss, mit Hilfe der Wohn+Stadtbau, das Studierendenwerk bei der Schaffung kostengünstigen Wohnraums unterstützen; Münster braucht umgehend 1000 neue Wohnmöglichkeiten für Studierende.
- ◆ Keine Einflussnahme von Konzernen, Rüstungsforschung und Bundeswehr an der Uni.
- ◆ Eine Verbesserung der BAFÖG-Förderung für finanziell bedürftige Studierende; unter anderem durch die Einführung des Elternunabhängigen BAFÖG sowie ein Vorantreiben der Digitalisierung. Das monatelange Warten auf BAFÖG-Bescheide muss ein Ende haben!
- ◆ Eine Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der Hochschulen.
- ◆ Umfassende Barrierefreiheit der Hochschulen in Münster.

11.3 Bildung kennt kein Alter – Erwachsenenbildung stärken

Lernen endet nicht mit dem Abschluss der Ausbildung oder des Studiums. Wir wollen Weiterbildung und lebenslanges Lernen als öffentliche Aufgabe und individuelles Recht. Ein wichtiger Baustein dafür in kommunaler Verantwortung ist z.B. das Bildungsangebot der Volkshochschule (VHS) und der Musikschulen. Insbesondere auf interkulturelle Bildung und die Förderung von Integration ist zu achten.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Den Erhalt und Ausbau der VHS.
- ◆ Kostenlose Nutzung der VHS für Inhaber*innen des Münster-Passes.
- ◆ Verbesserung und Ausbau der Integrationskurse für Menschen mit internationaler Geschichte.
- ◆ Gebührenfreie, öffentliche Angebote für allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung.
- ◆ Eine bedarfsdeckende Förderung bedürftiger Erwachsener in Ausbildung.

11.4 Kulturelle Freiräume verteidigen, statt Leuchtturmprojekte fördern

Eine solidarische und vielfältige Gesellschaft benötigt kulturelle Freiräume für Lebensentwürfe außerhalb der egoistisch-kapitalistischen Leistungsgesellschaft. Momentan arbeiten die meisten Kulturschaffenden jedoch unter finanziell und räumlich prekären Bedingungen. Darüber hinaus förderte Münster in den vergangenen Jahren mit Vorliebe einige wenige Leuchtturmprojekte, während kleinere Kulturstätten, insbesondere solche mit interkulturellem Schwerpunkt, ums Überleben kämpfen. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger weniger Wohlhabender sein, sondern an Kultur müssen alle Menschen teilhaben können – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht oder ethnischer Herkunft. Aufgabe der Stadt Münster sollte es sein, die Voraussetzungen für eine breite und blühende Kulturlandschaft zu schaffen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Förderung kultureller Vielfalt, insbesondere der freien Kunst-, Kultur-, und Musikszene, statt einiger weniger Leuchtturmprojekte; Förderung insbesondere der bisher benachteiligten Theater und Kulturstätten, wie z.B. des Kleinen Bühnenbodens, des Theaters Titanick und der Freien Künstlergemeinschaft Schanze e.V., sowie des Pumpenhauses.
- ◆ Festanstellung von Künstler*innen und Lehrer*innen an Schulen und Volkshochschulen statt ständiger Befristungen und des Einsatzes von Honorarkräften.
- ◆ Kostenloser Eintritt zu allen kommunalen Kultureinrichtungen, inklusive Theater, sowie kostenloser Zugang zu Musikschulen und Volkshochschule für Inhaber*innen des Münster-Passes.
- ◆ Mehr Stadtteilkulturangebote in allen Stadtteilen; Aufstockung des Personals und der finanziellen Mittel der Stadtteilkulturzentren; Aufstockung statt Kürzung der finanziellen Mittel sowie Planungssicherheit, insbesondere für Bennohaus, Gleis 22, Hawerkamp, B-Side und Soziokultur Achtermannstraße e.V. (vormalig cuba e.V.).
- ◆ Ausreichende Förderung von Selbstverwaltung nicht-kommerzieller kultureller Räume, z.B. der B-Side.
- ◆ Förderung interkultureller Veranstaltungen.
- ◆ Einrichtung eines Kulturrates als gemeinwohlorientiertes Organ, der die Kulturschaffenden an der Arbeit des Rates und der Ausschüsse, insbesondere bei der Verteilung finanzieller Mittel für die freie Kulturszene, beteiligt.
- ◆ Regelmäßige Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen mit regionalen Künstler*innen.
- ◆ Vermehrte Prüfung des Ankaufs von Kunstwerken regionaler Künstler*innen durch die Stadt.
- ◆ Kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek; eine Stadtteilbibliothek in jedem Stadtteil sowie Ausbau des Bücherbusses.
- ◆ Altersgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche.
- ◆ Stellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene; Erhalt der bestehenden Räume.
- ◆ Aufstockung des Personals und der finanziellen Mittel der Villa ten Hompel.
- ◆ Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen Kulturstätten, Kulturschaffenden und Schulen; mehr Kulturprojekte insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, wie Kinderhaus, Coerde und Berg Fidel, sowie an den dortigen Schulen.



12 Demokratie selbst machen

12.1 Echte Demokratie von unten – Im Parlament und auf der Straße

Demokratie ist mehr, als wählen zu gehen. Wahlen sind wichtig, aber viel zu oft führen sie eben nicht dazu, dass die Ansichten und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigt und in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Ob Sozialabbau (Bürgergeld), Kriegseinsätze der Bundeswehr oder umweltzerstörende Politik im Sinne der Konzernlobby – die Beispiele in denen Demokratiedefizite in unserer Gesellschaft dazu führen, dass sich die Partikularinteressen der Superreichen und der Konzerne durchsetzen, sind zahlreich. Der Kampf um mehr demokratische Teilhabe und um mehr Transparenz staatlichen Handelns ist immer auch ein Kampf von Unten gegen Oben. Gerade deshalb stehen wir als Linke für die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Wir müssen unsere Wirtschaft demokratisieren, damit unser Wohlstand gerecht unter denen verteilt wird, die ihn erwirtschaften. Und wir müssen Politik und Verwaltung demokratisieren, um zu verhindern, dass weiterhin ein Filz aus Wirtschafts-Lobby und Karrierepolitiker*innen an den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei regiert. Erreichbar ist dieses Ziel nur durch einen umfassenden Umbau unserer Gesellschaft auf vielen Ebenen. Dazu gehört zum Beispiel die deutliche Ausweitung der Rechenschaftspflicht von Mandatsträger*innen, insbesondere der Regierenden, gegenüber den Wähler*innen. Wir wollen, dass jederzeit leicht ersichtlich ist, ob Wahlversprechen und Regierungshandeln tatsächlich im Einklang stehen. Dazu gehört auch die Dezentralisierung von Medienmacht. Deshalb stehen wir als Linke für die Förderung von Bürger*innenmedien, die oft viel kritischer als die Leitmedien das Handeln der Herrschenden hinterfragen. Gerade die Kommunalpolitik bietet Perspektiven für demokratische Teilhabe. Vor Ort werden viele Themen verhandelt, die die Menschen direkt in ihrem Alltag betreffen. Deshalb muss das kommunale Mandat gestärkt und seine ehrenamtliche Ausübung attraktiver und besser mit Familie, Beruf und Freizeit vereinbar werden. Damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können und Partizipation vor Ort überhaupt möglich ist, braucht es generell starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen. Deshalb fordern wir als Linke die Aufwertung der Kommunen innerhalb des föderalen Systems in Deutschland. Darüber hinaus findet Politik jedoch auch und gerade außerhalb der Parlamente statt. So haben wir 2019 in Münster erlebt, dass durch Druck aus der Bewegung, insbesondere durch die „Seebrücke Münster“, die Schwarz-Grüne Ratskoalition mit Hilfe eines Bürgerbegehrens dazu gebracht werden konnte, Münster zum „Sicheren Hafen“ zu erklären. Damit konnte eine Forderung, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragen wird, auch gegen den Willen der Ratskoalition durchgesetzt werden. Wir als Linke begrüßen ausdrücklich derartiges außerparlamentarisches Engagement und werden uns auch zukünftig an solchen Initiativen beteiligen und diese auf vielfältige Weise unterstützen.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Eine transparente Verwaltung: Das Informationsfreiheitsgesetz muss in Münster konsequent umgesetzt werden, um das Recht der Einwohner*innen auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen zu stärken; darüber hinaus müssen diese verpflichtet werden, zentrale Informationen, wie Verträge der öffentlichen Hand oder interne Gutachten aktiv online zu veröffentlichen.
- ◆ Die Beibehaltung der kommunalen Stichwahlen, bzw. den Stopp ihrer Abschaffung; der Wegfall eines zweiten Wahlgangs bei Oberbürgermeisterwahlen ist undemokratisch und benachteiligt kleinere Parteien.
- ◆ Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums; Rekommunalisierung von Flächen, Wohnraum und öffentlichen Einrichtungen; demokratische Kontrolle setzt öffentliches Eigentum voraus.
- ◆ Schaffung einer barrierefreien Verwaltung – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude.
- ◆ Herausgabe aller Schriftstücke der Verwaltung auch in Leichter und einfacher Sprache.
- ◆ Auch Menschen aus nicht EU-Mitgliedsländern sollen Bürgeranträge stellen und an Bürgerbegehren teilnehmen können.
- ◆ Stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden, Vereinen und anderen Vertreter*innen zivilgesellschaftlichen Engagements.
- ◆ Die Stadt soll Maßnahmen ergreifen um die Einwohner*innen proaktiv über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen zu informieren.
- ◆ Bürger*innenversammlungen zu allen wichtigen kommunalpolitischen Themen.
- ◆ Die Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Probleme im Umgang mit der Verwaltung anbringen können.
- ◆ Eine dauerhafte Verfügbarkeit von Aufnahmen der Ratssitzungen im Internet; möglichst viele Einwohner*innen sollten die Gelegenheit bekommen die Ratssitzungen zu verfolgen.

12.2 Bürgermedien – Die vierte Gewalt demokratisch und von unten

Die Linke setzt sich für lokale stadt- und stadtteilbezogene Berichterstattung ein. Öffentlich-rechtliche, insbesondere regionale und lokale Medien, in denen auch Bürger selbst zu Wort kommen können, sollen gestärkt werden. Sie bilden eine Gegenöffentlichkeit zu den Massenmedien, die sich in der Hand weniger großer Konzerne befinden. Die große Macht einiger weniger Medienkonzerne ist eine Gefahr für die Demokratie. In Bezug auf Münster bewerten wir die monopolartige Stellung der konservativen Verlegerfamilie Hüffer bei der lokalen Berichterstattung als Eigentümerin von Westfälischen Nachrichten, Münstersche Zeitung und Radio Antenne Münster als problematisch. Mit dem Medienforum und dem Bennohaus hat Münster bereits zwei hervorragende Institutionen, die

für ihre Programme weit über Münster hinaus bekannt sind. Dies ist nur möglich, weil sich Menschen ehrenamtlich bzw. weit über ihre dortige Anstellung hinaus persönlich engagiert haben. Die personell und finanziell prekäre Situation in beiden Institutionen wollen wir ändern.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Mehr Personalstellen sowie mehr finanzielle Mittel für das Medienforum Münster.
- ◆ Antenne Münster sollte mehr Sendezeit – auch zu bevorzugten Zeiten – für den Bürgerfunk zur Verfügung stellen.
- ◆ Mehr Personalstellen sowie mehr finanzielle Mittel für das Bennohaus bzw. den Arbeitskreis Ostviertel e.V.
- ◆ Neuschaffung weiterer Medienprojekte in anderen Stadtteilen.

12.3 Digitalisierung sozial gerecht und demokratisch nutzen – Technologie nicht den Konzernen überlassen

Im Bereich der Digitalisierung erleben wir in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte. Eine solche Entwicklung birgt Chancen und Risiken. Auf der einen Seite profitieren viele Menschen von den modernen Kommunikationsmöglichkeiten, dem grenzenlosen Zugang zu Informationen und dem Komfort, den die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen ermöglicht. Andererseits leiden aber auch viele Menschen unter der ständigen Beschleunigung, der Unübersichtlichkeit und dem Verlust der Kontrolle über die eigenen Daten und die Privatsphäre. Wir als Linke betrachten Digitalisierung daher nicht nur als wirtschaftlichen Standortfaktor, sondern ganz besonders auch als soziale Frage. Wir treten ein für eine fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft. Aber für eine demokratische und demokratisch organisierte Digitalisierung, von der alle Menschen gleichermaßen profitieren und die nicht an den Profitinteressen von Konzernen ausgerichtet ist. Trotz der enormen Bedeutung der digitalen Infrastruktur kommt der Ausbau in Deutschland jedoch seit Jahren kaum voran. Vor allem in den Bereichen Netzabdeckung, Breitbandausbau und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen wird der Rückstand zu anderen Ländern immer größer. #Deshalb fordern wir ein Investitionsprogramm für einen zeitgemäßen Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung sozialer Schieflagen. So muss unter der Prämisse gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen zu wollen gerade auch die digitale Anbindung ländlicher Regionen gefördert werden. Verhindert werden Verbesserungen in diesem Bereich nicht nur durch den fehlenden politischen Willen der etablierten Parteien, sondern gerade auch durch die Profitlogik der Digitalkonzerne. Gleichwertige Lebensverhältnisse kann es im Kapitalismus nicht geben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass digitale Infrastruktur in öffentlichem Eigentum verbleibt oder in dieses übergeht. Gerade auf kommunaler Ebene bietet die Digitalisierung der Verwaltung große Chancen, insbesondere für Menschen, die nicht sehr mobil sind, Kinder erziehen, Angehörige pflegen, im Schichtdienst arbeiten oder durch Armut von gesellschaftlicher Teilhabe teilweise ausgeschlossen sind. Gerade für diese Personengruppen, aber auch für die meisten anderen Menschen, ist es oft

schwierig weite Anfahrten und lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen, um notwendige Behördengänge zu erledigen. Die digitale Kommune muss aber nicht nur für alle einfach zugänglich sein, sondern auch einen ganz besonderen Wert auf Datenschutz legen. Die zahlreichen Skandale der letzten Jahre in diesem Bereich haben das Vertrauen vieler Menschen in IT-Systeme erschüttert. Um dieses Vertrauen zurückzugewinnen muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass Datenschutz in der kommunalen IT höchste Priorität genießt. Außerdem muss jede Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte, insbesondere private Konzerne, unterbunden werden. Eine Ausnahme davon kann lediglich gemacht werden, wenn anonymisierte Daten, die von öffentlichem Interesse sind, für „OpenData“ Projekte zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll Münster die Verwendung von Open Source Software vorantreiben. Dadurch würde die Stadt nicht nur hunderttausende Euro an Lizenzkosten sparen, sondern auch von den höheren Sicherheits- und Datenschutzstandards von Open Source Software profitieren. Außerdem könnte so die Abhängigkeit der Stadt von einzelnen Digitalkonzernen verringert oder gar beendet werden. #Gegen welche Widerstände solche Projekte durchgesetzt werden müssen, hat das Ringen um das weltweit viel beachtete „Limux“ Projekt in München gezeigt. Dieses wurde 2017 auf enormen Druck von Microsoft hin von der CSU eingestellt. So haben sich Konzerninteressen wieder einmal gegen technologischen Sachverstand, Datenschutz und ökonomische Vernunft durchgesetzt. Damit die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft von der ganzen Stadtbevölkerung mitgetragen werden kann und alle Menschen von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren können, sollte die Stadt dafür sorgen, dass lokal kostenlose IT-Weiterbildungsangebote bereitgestellt und beworben werden. Insbesondere müssen unsere Schulen technologisch besser ausgestattet werden und digitales Lernen muss von Anfang an integralem Bestandteil der Schulbildung sein, um den Kindern früh die Grundkenntnisse zu vermitteln, die notwendig sind, um sich kompetent und mit kritischem Blick in unserer digitalen Welt zurecht zu finden.

12.4 Smart City – Die digitale Stadt von morgen darf niemanden zurücklassen

Smart City ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Mit Smart City ist ein Entwicklungskonzept gemeint, das darauf abzielt, Städte und Gemeinden effizienter, ökologischer und sozial inklusiver zu gestalten. Sie ermöglichen zum Beispiel vernetzte und emissionsarme Verkehrsangebote von Tür zu Tür, eine Reduzierung des Lieferverkehrs von Paketdiensten oder die effiziente Speicherung von erneuerbaren Energien. Aber nicht alles, was smart ist, ist deswegen automatisch gut. Es kann auch ein Einfallstor für Großkonzerne und Datenräuber sein. Deswegen müssen die Kommunen dafür sorgen, dass die Interessen der Einwohner*innen immer im Fokus stehen. Smart-City Projekte sind kein Selbstzweck und müssen in jedem Einzelfall auf Sinnhaftigkeit geprüft werden. Außerdem dürfen sie keine Menschen aus finanziellen Gründen oder wegen mangelnder Kenntnisse ausschließen. Werden externe Unternehmen beauftragt, muss außerdem gemäß Datenschutzgrundverordnung genau festgelegt werden, wo und unter welchen Umständen erhobene Daten verarbeitet werden und wer auf sie Zugriff hat.

Keinesfalls dürfen erhobene Daten zum Eigentum der Unternehmen werden. Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart City-Projekten, die für die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten. Senioren, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen alle von solchen Projekten profitieren können.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Schnelles Internet für Alle; dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und Unternehmen, der Ausbau von zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk.
- ◆ Den Verbleib beziehungsweise die Überführung der digitalen Infrastruktur in öffentliche Hand; der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land gleich durch die Kommune erfolgen.
- ◆ Smart City Projekte in Städten und Gemeinden, die die Lebensumstände der Menschen verbessern und niemanden zurücklassen.
- ◆ Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen rund um IT-Kompetenz und Infrastruktur, wie z.B. "Verein Bürgernetz" oder "Freifunk".
- ◆ Umfassenden Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre Daten; der kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit.
- ◆ Die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können.
- ◆ Eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in den Kommunen.
- ◆ Kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit alle etwas von der digitalen Kommune haben können.
- ◆ Die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten.
- ◆ Eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalem Raum; denn die Stadt ist keine Geldanlage, sondern der Ort, an dem die Menschen leben.
- ◆ Verteidigung der Netzneutralität auf allen Ebenen, ein demokratisches und vielfältiges Internet ist nur möglich, solange es keine kostenpflichtigen digitalen "Überholspuren" gibt.

12.5 Religion und Staat trennen, religiöse Minderheiten schützen

Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten und das Recht eines jeden Menschen, sich zu einer Weltanschauung oder Religion zu bekennen. Allerdings darf gleichfalls niemand, der sich nicht oder anders bekennt, in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Grundrechte und Arbeitnehmer*innenrechte müssen auch in den Einrichtungen von Kirchen und Religionsgemeinschaften Geltung haben - auch das Betriebsverfassungsgesetz und das Streikrecht. Die Linke befürwortet die institutionelle Trennung von Staat und Kirche.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Dass alle Träger, die staatliche Mittel erhalten, das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und einen nicht diskriminierenden Umgang mit Arbeitnehmer*innen gewährleisten.
- ◆ Die Beendigung der Diskriminierung von Konfessionslosen durch kirchliche Arbeitgeber*innen.
- ◆ Dass jede öffentlich geförderte Einrichtung, insbesondere der Schulunterricht, frei wird von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme ist.

12.6 Ehrenamtliches Engagement stärken, Ausbeutung verhindern

Ehrenamtliches Engagement finden wir insbesondere für Kinder und Jugendliche im Sport und im schulischen Bereich, im Umwelt- und Tierschutz, der Geflüchtetenhilfe sowie in der Alten- und Krankenbetreuung. Die von Menschen im Ehrenamt geleistete Arbeit verdient gesellschaftliche Anerkennung. Kritisch sehen wir jedoch die Verschiebung gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten ins Ehrenamt. Das Ehrenamt darf kein Ersatz für regulär bezahlte Arbeitsplätze sein. Gerade dort wo Ehrenamtliche, z.B. durch Mehrfachanforderungen von Beruf und Ehrenamt, überlastet sind, müssen öffentliche Stellen zur Entlastung geschaffen werden. Den Missbrauch Ehrenamtlicher als kostenlose Arbeitskräfte lehnen wir ab. Auszeichnungen können keine Entschädigung für geleistete Arbeit sein. In Bereichen, die nur als Ehrenamt sinnvoll zu organisieren sind, muss die Stadt unterstützend tätig werden, um den bürokratischen Aufwand für Ehrenamtliche zu minimieren.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Stadt Münster muss überall dort, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit derzeit unbezahlt durch Ehrenamtliche geleistet wird, prüfen, ob reguläre Stellen geschaffen werden können. Ehrenamt darf kein Lückenfüller für staatlichen Rückzug sein.
- ◆ Zur Vermeidung von Überlastung durch Mehrfachbelastungen (Beruf, Familie, Ehrenamt) fordern wir den Ausbau unterstützender Strukturen: etwa durch Koordinierungsstellen, Fortbildungsangebote und finanzierte Aufwandsentschädigungen.
- ◆ Die Stadt Münster soll gezielt Projekte fördern, die ehrenamtlich Engagierte von bürokratischem Aufwand entlasten – etwa durch digitale Verwaltungsunterstützung, zentrale Ansprechpartner*innen und vereinfachte Förderverfahren.
- ◆ Für gemeinwohlorientiertes Engagement – insbesondere in Jugend-, Umwelt- und Flüchtlingsarbeit – müssen ausreichend öffentliche Räume, Materialien und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ehrenamt braucht Infrastruktur.



13 Demokratisch planen, gerecht finanzieren

13.1 Kommunale Finanzen stärken, statt Münster kaputt zu sparen

Münster steht vor der Herausforderung, in den nächsten Jahren massive Investitionen zu stemmen – von der Schaffung von Wohnraum über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bis hin zur Anpassung an den Klimawandel und der Verbesserung des Bildungswesens. Doch die Finanzmittel, die die Stadt dafür zur Verfügung hat, sind weit von dem entfernt, was notwendig ist. Während die Bundesregierung und die Landesregierung die kommunalen Haushalte weiterhin mit unzureichenden Mitteln entlasten, müssen Städte wie Münster immer häufiger auf ihre Reserven zurückgreifen und sich weiter verschulden.

Zu Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2014 lag die Verschuldung der Stadt Münster bei etwa 745 Millionen Euro. Bis Ende 2022 ist diese auf etwa 907 Millionen Euro angestiegen. Münster belegt damit Platz 11 der am höchsten verschuldeten Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Diese Entwicklung birgt erhebliche Risiken für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt. Denn eine derartig wachsende Verschuldung kann zu einer sogenannten Haushaltssicherung führen. In diesem Fall werden die finanziellen Defizite einer Kommune entweder durch das Land ausgeglichen oder durch Kreditaufnahmen gedeckt. Der Nachteil ist jedoch, dass Kommunen ihre Handlungsfähigkeit verlieren, da der Haushalt streng kontrolliert wird. Zu den ersten Einsparungen gehören häufig freiwillige Investitionen in Kultur, Sport und soziale Projekte – Bereiche, die besonders die Schwächeren in der Gesellschaft betreffen. Um die kommunalen Haushalte langfristig zu stabilisieren, ist es nach unserer Auffassung der falsche Weg, ausschließlich auf Sparmaßnahmen zu setzen. Diese führen oft zu der Verteuerung oder Schließung wichtiger kommunaler Einrichtungen und Infrastruktur, was insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen oder solche, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, hart trifft. Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden kann nur eine gerechte Steuerpolitik helfen. Die Linke hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das die Armen und die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extremen Reichen holen würde. Konkret umfasst unser Steuerkonzept die Einführung einer Millionärssteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht. Diese Maßnahmen könnten bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro jährlich zusätzlich in die Staatskasse bringen. Ein weiterer Vorschlag ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer sogenannten Gemeindefinanzsteuer. Bei dieser Steuer werden alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune erfasst und direkt besteuert – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte Kommunen jährlich etwa 25 Milliarden Euro ein.

Doch es gibt auch konkrete Sparpotentiale hier in Münster. Der dramatisch überschuldete Flughafen Münster/Osnabrück wies zwischen 2006 und 2022 Verluste von rund 120 Mio. Euro auf. Diese mussten durch Steuergelder ausgeglichen werden, um eine drohende Insolvenz zu verhindern. Auch das nunmehr dritte (!), enorm kostenintensive Finanzierungskonzept wird nicht verhindern, dass der FMO vom Bund der Steuerzahler völlig zurecht als „teures Experiment zugunsten der Steuerzahler“ bewertet wird. Wir befürworten daher

das Vorhaben der Initiative „FMO Ausstieg jetzt“, den FMO in einen Energiepark für alle umzuwandeln und endgültig Schluss zu machen mit dem sinnlosen Verprassen von Steuergeldern für einen unwirtschaftlichen und selbstredend klimaschädlichen Flughafen Münster/Osnabrück.

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen, sowie sinnlosen kommunalen Ausgaben und ungenutzten Einkommensquellen fordern wir als Die Linke Münster eine gerechtere Verteilung der Bundes- und Landesmittel. Diese müssen zwingend unbürokratisch und nachhaltig sein und dürfen nicht durch strikte, vom Bund auferlegte Sparmaßnahmen zu einer maßgeblichen Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Die ständige Bedrohung durch eine Haushaltssicherung muss abgeschafft werden, ebenso wie das Korsett der Sparhaushalte und die durch und durch neoliberale Schuldenbremse. Nur auf diesem Wege können die Kommunen ihren vielfältigen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge endlich gerecht werden.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent.
- ◆ Eine nachhaltige, unbürokratische Alternative zum Stärkungspakt, der eine Selbstverwaltung der Kommunen gewährleistet, anstatt ihnen strikte Sparzwänge aufzuerlegen.
- ◆ Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen.
- ◆ Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer; bis dahin Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf das Niveau vergleichbarer Städte.
- ◆ Den Ausstieg aus dem Flughafen Münster-Osnabrück (FMO).
- ◆ Keine Anhebung der Grundsteuer B, solange diese über die Betriebskosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden kann.
- ◆ Keine Finanzierung von Prestige-Objekten wie VIP-Zelten auf Veranstaltungen für die »Schönen und Reichen« durch die Stadtkasse.
- ◆ Die Linke Münster wird keinen Kürzungen von Sozialleistungen, keinen Kürzungen bei progressiven Vereinen und Initiativen und keinem Personalabbau bei der Stadt Münster zustimmen.

13.2 Ein neuer Stadtteil für Münster!? Wachstumsschmerz oder Aufbruch zu neuen Ufern?

Münster ist eine wachsende Stadt. Dieses Wachstum wird mittelfristig dazu führen, dass Münster einen neuen Stadtteil benötigt, um die übermäßige weitere Nachverdichtung und Versiegelung der bestehenden Stadtteile zu vermeiden und der eskalierenden Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Nachverdichtungen dürfen insbesondere aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes und der Lebensqualität der Einwohner*innen nur mit dem gebotenen Augenmaß stattfinden. Um die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten, sollte ein neuer Stadtteil mit möglichst wenigen Einfamilienhäuser

auskommen. Mehrfamilienhäuser sind platzsparender, energetisch sinnvoller und ermöglichen im Gegenzug mehr Grünflächen für alle Einwohner*innen. Eine gute Anbindung an den (insbesondere schienengebundenen) ÖPNV und eine allgemeine Ausrichtung auf autoarmes Wohnen hält Die Linke für unabdingbar. Die Verkehrsinfrastruktur ist vorrangig für Fußgänger*innen, Radfahrende und den ÖPNV zu planen. Um unnötige Wege zu vermeiden und nicht noch mehr Pendler*innen zu generieren, sollte dieser Stadtteil keine reine Schlafstadt sein, sondern vielmehr auch über die nötige Infrastruktur verfügen (insbesondere Handwerk, kleine Supermärkte und Geschäfte für den täglichen Bedarf, Arztpraxen, soziale Zentren, Sportstätten, Kitas und Schulen). Arbeiten und Wohnen sollten in unmittelbarer Nähe zueinander stattfinden. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass die Fehler des sozialen Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre nicht wiederholt werden. Bei großen und größer werdenden Städten besteht die Gefahr, dass Frischluftschneisen zugebaut werden. Wir werden daher keinem neuen Stadtteil zustimmen, der die Frischluftzufuhr in Münster einschränkt. Um ein bezahlbares Mietniveau zu garantieren, sollten die Grundstücke dieses Stadtteils grundsätzlich im Eigentum der Stadt verbleiben, die Bebauung sollte durch die Wohn+Stadtbau vorgenommen werden. An genossenschaftliche Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser wollen wir Grundstücke in Erbpacht vergeben. Grundsätzlich muss ein solcher neuer Stadtteil unter Beteiligung der Münsteraner Bürger*innen konzipiert werden.

13.3 Leben, Arbeiten und Wohnen in der Region – Das Münsterland

Die Linke. Münster sieht in der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit einen Weg zur Überwindung der wachsenden Gegensätze zwischen der Stadt Münster und dem Münsterland zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen. Die kommunale Politik in Münster und den Münsterlandkreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf ist zu großen Teilen von Standortkonkurrenz geprägt. Diese produziert vereinzelt Gewinner, aber auch Verlierer. Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile in anderen erkaufte werden. Ein Beispiel für kontraproduktives Nullsummenspiel-Denken stellt die Kontroverse um die geplante Gesamtschule Roxel dar. Statt ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Gesamtschulen zu schaffen, führen Münster und Havixbeck einen unnötigen Streit auf Kosten der Schüler*innen. Wie dringend notwendig eine engere Zusammenarbeit der Stadt Münster mit den anderen Kommunen des Münsterlandes ist, machen die stetig steigenden Pendelbewegungen beim Berufsverkehr und die problematische Situation des Öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Aber auch im Hinblick auf die regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbände mit Arbeitsteilung zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung) ist dies geboten. Zudem ist eine interkommunale Zusammenarbeit in Bezug auf kommende Klimafolgen notwendig. Aber auch der Bau schneller Internetleitungen, welche die Voraussetzung für den 5G-Ausbau in der Fläche sind, kann ein Beitrag sein, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit z.B. von kommunalen Zweckverbänden oder anderen politischen Zusammenschlüssen

muss dabei durch das Land NRW gestärkt werden. Die Rolle der politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. Die Linke. Münster setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökologischen und sozialen Zielsetzungen basiert. Dazu gehört die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z.B. gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln zu können. Ebenso gehört dazu die Erweiterung der Einspruchsmöglichkeiten von Nachbarkommunen beispielsweise beim Bau oder der Erweiterung von Projekten wie Einkaufszentren, die die Interessen der Nachbarkommunen berühren. Ein weiterer Baustein ist die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihren regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Darüber hinaus ist es erstrebenswert, im Rahmen solidarischer Landwirtschaft Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der Region zu initiieren und zu unterstützen. Generell bleibt festzustellen, dass sich die Aufgaben der Daseinsvorsorge immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises bewältigen lassen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft regionale Kooperation zwingend erforderlich. Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und setzt sich stattdessen für Zusammenarbeit ein, die über die Grenzen einzelner Stadtteile und Gemeinden hinausgeht.

Dafür steht Die Linke in Münster:

- ◆ Interkommunale Kooperation statt Standortkonkurrenz.
- ◆ Ausstattung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln. Insbesondere muss eine schnelle Bearbeitung von Anträgen gewährleistet werden, was derzeit oft nicht der Fall ist.

[1] Angebotsmieten: 2013-23: 8,86 zu 12,28 – Erhöhung um 38,6 %; 2020-23: 10,72 zu 12,28 – Erhöhung um 14,55224%;
durchschn. qm-Preise bei den Kalt-Angebotsmieten (<https://www1.wdr.de/nachrichten/data/grafik-der-woche-sozialwohnungen-mietpreise100.html>)

[2] (<https://www1.wdr.de/nachrichten/daten-mieten-und-wohnungsbau-nrw-100.html>; Datenstand: 15. Mai 2022.)

[3] (<https://www1.wdr.de/nachrichten/data/grafik-der-woche-sozialwohnungen-mietpreise100.html>)

Du willst mitmachen?

Dann komm zu unseren Aktiventreffen – immer montags ab 18 Uhr im Linken Zentrum, Achtermannstraße 19 in 49143 Münster.

Für Updates folg uns auf Instagram: [@dielinke_muenster](#) oder schau auf unserer Homepage vorbei: www.die-linke-muenster.de.

Wir freuen uns auf dich!

14 Jetzt Mitglied werden!



Die Linke

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname* _____

meinen Eintritt in die Partei Die Linke, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei Die Linke, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Straße* _____

Hausnummer* _____

Geburtsdatum* _____

PLZ* _____

Ort* _____

Telefonnummer _____

Bundesland* _____

E-Mail-Adresse _____

Soziale Netzwerke (Instagram, X, Facebook etc.) _____

Beruf _____

Tätig als _____

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher?* _____

Politische Interessen (Themenfelder) _____

Die Angaben werden von der Partei Die Linke in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentliche Bekanntmachung bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

*) Pflichtfelder

Ich möchte meinen Mitgliedsbeitrag bequem abbuchen lassen!

Mit dieser Bankeinzugsermächtigung berechtere ich die Partei Die Linke, bis auf Widerruf Zahlungen des Mitgliedsbeitrages von unten genanntem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut angewiesen, die auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen kann, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangt werden. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.*

Name, Vorname des Mitglieds

Straße

Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ

Ort

Bundesland

Name, Ort des Geldinstitutes/der Bank

IBAN

BIC

Der abzubuchende Mitgliedsbeitrag für **Die Linke** beträgt _____ Euro/Monat.

Die Abbuchung soll ab Monat _____ erfolgen.

Der Jahresbeitrag für die **Europäische LINKE (EL)** beträgt _____ Euro (Mindestbeitrag 6 Euro), und ist jeweils im Monat Mai abzubuchen.

Die Bank ist zur Einlösung nicht verpflichtet, wenn keine Deckung vorhanden ist.

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Ort, Datum

Unterschrift des Mitglieds

Bitte bei dem zuständigen Kreis- oder Landesverband abgeben oder einsenden an:
Partei Vorstand der Partei Die Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bei Fragen zur Mitgliedschaft bitte wenden am: mitglieder@die-linke.de oder 030 24009 555

*) Mandatsreferenz und Gläubiger-Identifikationsnummer zum Lastschriftverfahren werden nachgereicht

Für ein Münster, das allen gerecht wird!